58
1800 Pfr. Schlunk
Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Horst Heiden
Zur Charakteristik einer multilateralen Atomstreitmacht

Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Wie soll es weitergehen in Deutschland?

Dr. Ernst Schwarz
Das Werk der Parzen

Dr. Wolfgang K. H. Fischer
Metaphysik und Recht

2,50 DM IX. Jahrgang März 3/64

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Februar 1964 . . . S. 179

Berichte und Kommentare
Bonn, Berlin und deutsche Entspannung
Baut Bonn an der Atombombe?
Der milde Strauß
Zypern den Zyprioten S. 182
Die Lage
Paul B. Neuhöffer
Zwischenbilanz und Ausblick S. 195

Horst Heiden
Zur Charakteristik einer multilateralen Atomstreitmacht S. 203
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Wie soll es weitergehen in Deutschland? S. 209
Dr. Ernst Schwarz
Das Werk der Parzen S. 213
Hans Wirtz
Reform oder Strukturwandel? S. 219
Dr. Wolfgang K. H. Fischer
Metaphysik und Recht S. 228

Aus der Wirtschaft S. 234
Fernsehspalte
Versäumnisse und Verfälschungen S. 237
Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 238
Buchbesprechungen
Ilse Staff, Justiz im Dritten Reich
Die Politikum-Reihe des J. Fink Verlags
Klaus Mann, Der Wendepunkt
Neue Filmpublizistik
Neuerscheinungen S. 239

Dokumente zum Zeitgeschehen
Erhards Brief an Chruschtschow
Erklärung des Ökumenischen Rates
Aus Golo Mann's Vortrag in Rom
Prof. Heinrich Vogels Brief an Ludwig Erhard S. 253

deutsche Behörden legalisieren soll. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz, den Landesämtern, dem Bundesnachrichtendienst und dem militärischen Abschirmdienst des Verteidigungsministeriums wird das Recht eingeräumt, eine Überwachung zu beantragen. — Am 28. 2. stellt Oberlandesgerichtspräsident a. D. Max Silberstein seinen im Auftrag der Bundesregierung angefertigten Bericht über die Praktiken des Verfassungsschutzamtes dem Bundeskanzleramt zu.

— Ost-West-Beziehungen. Der Bundeskanzler läßt in Moskau sein vom 18. 2. datiertes Antwortschreiben auf die Neujahrsbotschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten überreichen. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

29. 2. — Polen. Das Außenministerium erläutert den diplomatischen Vertretungen verschiedener Staaten in Warschau die von Parteisekretär Gomulka am 28. Dezember 1963 angekündigten Entspannungsvorschläge für Mitteleuropa. Das polnische Memorandum empfiehlt das Einfrieren der Rüstungen auf dem gegenwärtigen Stand, den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Warschauer Pakt und NATO, die Errichtung kernwaffenfreier Zonen und verstärkten zwischenstaatlichen Handel.

Berichte und Kommentare

Bonn, Berlin und deutsche Entspannung

Seit 1948 hat Berlin nicht mehr aufgehört, Krisenpunkt und Krisensymbol zu sein. Bis 1949 war es die erste große internationale Berlin-Krise, die die Welt in Atem hielt und schließlich mit dem Jessup-Malik-Abkommen zwischen Sowjetunion und USA ihr Ende in einem modifizierten Status quo fand. Diese Modifikationen betrafen nicht das globale Gleichgewicht USA—Sowjetunion, sondern „nur" das Zusammenleben der Deutschen im Osten und Westen Deutschlands und Berlins. Zwei Währungen in Deutschland, zwei getrennte Stadtverwaltungen in Berlin: das war die deutsche Bilanz nach Abschluß dieser ersten, eigentlich nur international beigelegten Berlin-Krise.

Von 1950 bis 1958 gab es, wenn man von der UNO-Debatte im Herbst 1951 in Paris mit West-Berlins Bürgermeister Reuter und DDR-Außenminister Bolz als Hauptkontrahenten absieht, de facto nur eine innerdeutsche Berlin-Krise, die auf Grund der günstigeren wirtschaftlichen Start- und Konkurrenzbedingungen des Westens zu Lasten der DDR ging. Das bis 1949 einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiet Groß-Berlins und seiner brandenburgischen Umgebung wurde im Zuge der einseitigen und fast ausschließlichen Westorientierung der Bundesrepublik und in seinem Gefolge auch West-Berlins Schritt um Schritt getrennt. Das kostete die ostdeutsche Wirtschaft viele neue Investitionen im Industrie- und Verkehrswesen, wozu in Zeiten stalinistischer Zuspitzungen noch spürbare Verluste an qualifizierten Spezialisten und Fachkräften traten, vor allem 1952/53. Nach der Ablehnung des Wiedervereinigungs-Angebotes der Sowjetunion vom März 1952 durch Bundesregierung und Westmächte, vor allem aber nach Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO (1955) schwanden die Hoffnungen auf eine inner-

deutsche Annäherung und damit auch auf eine Verständigung über Berlin zwischen Bonn und Ost-Berlin immer mehr. Die Nichteinbeziehung West-Berlins in das neue westdeutsche Wehrpflichtgesetz zeigte indessen ebenso wie die Nichtbeteiligung der Westberliner an den Bundeswahlen, daß eine „Lösung" des Konfliktes durch volle Eingliederung West-Berlins in die Bundesrepublik nicht im Sinne und Interesse der drei West-Alliierten lag, denen nach Erreichen des Atomgleichgewichts durch die Sowjetunion (1953/54) und nach Abschluß der Kriege in Korea (1953) und Indochina (1954) jede internationale Zuspitzung Berlins wegen unangenehm sein mußte. Zur Zeit der Lösung der Österreich-Frage (1955), die in einer Phase relativer internationaler Entspannung möglich war, gab es trotz der schon weitgehend ausgeprägten deutschen Zweistaatlichkeit ernste Versuche zur Vermeidung einer endgültigen Teilung Deutschlands, z. B. den erst später bekanntgewordenen Konföderationsplan des ehemaligen Bundesfinanzministers Schäffer, der an der Beibehaltung des Kalten Krieges scheiterte.

Es ist in diesen Tagen und Wochen nach der vorläufigen Unterbrechung der Berliner Passierschein-Verhandlungen interessant und geradezu aktuell, sich diese gesamtdeutschen Aktivitäten der Jahre 1955 bis 58 ins Gedächtnis zu rufen. Trotz des bundesdeutschen NATO-Beitritts und der anschließenden Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt erschien die damit angedeutete Separatentwicklung der zwei deutschen Staaten noch nicht als endgültig; der Widerstand in den beiden kleineren Koalitionsparteien der CDU/CSU, in FDP und BHE, wurde 1956 so groß, daß eine Ablösung Adenauers bei der Bundestagswahl von 1957 durchaus möglich und kalkulierbar war. Die vorübergehende Verschärfung des internationalen Spannungszustandes aus Anlaß der Krisen um Suez und Ungarn konnte der Kanzler noch rechtzeitig zur Rettung seiner Kalte-Kriegs-Koalition und zur Parteispaltung von BHE und FDP ausnutzen. Nach gewonnener Wahl (1957) setzte Adenauer alles daran, seinerseits die internationale Spannung auf die zur Beibehaltung seiner Kanzlerschaft notwendige Höhe zu bringen: er drückte gegen schwerste Widerstände mit seiner absoluten Mehrheit im Bundestag den Beschluß zur Bundesatomrüstung durch (März 1958).

Damit wurde die (aufgrund der bis dahin noch vertretbaren gesamtdeutschen Hoffnungen und Aussichten) in der innerdeutschen Schwebe gehaltene Berlin-Frage auf das internationale Parkett zurückbefördert: Chrustschows Note vom November 1958 zeigte den drei Westmächten, daß sie ihren Bonner Bundesgenossen zu eigenmächtig hatten werden lassen.

Diesmal dauerte die internationale Berlin-Krise etwa drei Jahre. Ihre Höhepunkte und Hauptverhandlungen sahen wieder USA und SU in einsamer und höchstverantwortlicher Gipfelhöhe: als Partner im Gegenüber in Genf 1959 (mit beratenden Teilnehmern aus Bonn und Ost-Berlin), Camp David 1959, Paris 1960, Wien 1961. Dieses Wiener Gespäch zwischen Kennedy und Chrustschow führte analog der Lösung von 1949 zu einem modifizierten Status quo. Offenbar konnte der sowjetische Premier den Präsidenten von der Defensivität der Aktion des 13. August schon im voraus überzeugen; an der Stellung der Westmächte in Berlin änderte sich auch in der Tat nichts. Der Verlierer war die Bundesregierung, deren Vertreter und Freunde seit 1958 nichts unversucht gelassen hatten, die Internationalisierung der Berlin-Krise zur lähmenden Schwächung des ostdeutschen Wirtschaftssystems auszunutzen. Die Abschließung der Grenzen in und um Berlin beendete die Einwirkungen und Auswirkungen dieser negativen Politik. Mit dieser weiteren Modifikation des internationalen Status quo, die praktisch zu Lasten der Bewohner bei-

der Teile Berlins ging, war die zweite große Berlin-Krise beendet. Die zweite „infranationale" Phase begann für das Berlin-Problem.

Erst nach dem Ende der Kuba-Krise vom Oktober 1962 wurde die Entwicklungstendenz dieser neuen Phase vollends deutlich. Es hatte sich gezeigt, daß auch ohne ein neues Abkommen (wie es nach Art des Jessup-Malik-Abkommens hätte erwartet werden können) zwischen USA und SU ein stabiler, international garantierter modus vivendi für West-Berlin erreichbar und haltbar war. Jetzt war es — wie nach 1949 — wieder Sache der Deutschen, diesmal speziell auch der Westberliner, den wiedergewonnenen Gleichgewichts- und relativen Friedenszustand auszunutzen oder aber — seine positiven Chancen zu versäumen. Vor dieser Alternative zeigte sich nun seit Anfang 1963 mehr und mehr, daß die neue Situation auch eine neuartige innerdeutsche Berlin-Krise bedeutete; diesmal zu Lasten Adenauers. Schon die nach dem 13. August 1961 abgehaltene vierte Bundestagswahl hatte seine Stellung durch den Verlust der absoluten Mehrheit geschwächt. Beilegung der Kuba-Krise und Mißerfolg der Anti-„Spiegel"-Aktion zerschlugen sein altes Rezept der „Rettung durch Verschärfung" („Die Lage war noch nie so ernst"). So konnte seine Westberliner CDU-Fraktion zwar den Bürgermeister Brandt vom Gespräch mit Premierminister Chrustschow geradezu wegboxen (Januar 1963), um ihre Kampfstellung gegen die „sogenannte Dreistaatlichkeit" zu demonstrieren, nicht aber die für West-Berlin sehr wichtige Parlamentswahl vom 17. Februar 63 ohne schwere Einbußen überstehen. Damit führte die Berlin-Krise auch zur Kanzlerkrise in der bundesdeutschen Innenpolitik.

Moskauer Teststopvertrag und Einrichtung des „heißen Drahtes" Washington—Moskau signalisierten den Fortgang der internationalen Entspannung. Wie würde sich diese positive Entwicklung in Deutschland und speziell in Berlin auswirken?

Es ist naheliegend und verständlich, daß der Westberliner Senat den Geist der Entspannung für die Berliner als die in der jetzigen Lage Betroffensten fruchtbar machen wollte und will. Da die Grenze in Berlin nur für Ausländer und Bundesbürger, nicht aber für Berliner beider Stadtteile passierbar ist, sollte zuerst diese menschliche, große Teile der Bevölkerung treffende Problematik gemildert werden. Schon mehrere Monate vor der Passierscheinregelung vom 17. Dezember 63 hatten die Bürgermeister Brandt und Albertz in sehr verklausulierten Formulierungen auf die Notwendigkeit solcher Entspannungsschritte in Berlin hingewiesen. Nahezu jedesmal waren sie von CDU und Bundesregierung zu Halb- oder Dreivierteldementis gedrängt worden. Jedesmal aber blieb ein harter Rest eigener Position im Interesse Berlins übrig, den der Westberliner Senat keinesfalls preiszugeben gewillt ist.

Um dieses unabdingbare Minimum an Entspannungswillen und Verständigungsbereitschaft West-Berlins geht es jetzt bei den Kontroversen zwischen Bonn und Berlin. Die CDU/CSU — vor allem ihr harter Flügel mit Adenauer und Strauß — möchte die Praktizierung eines beispielhaften Entspannungsvorganges strikt unterbinden, weil sie schon seine Existenz, mehr noch aber seine Rückwirkungen auf die Bundespolitik fürchtet. Insofern sind die Verflechtungen, die zwischen dem Bund und West-Berlin bestehen, für ihre Position immer belastender geworden. Als Auswege bieten sich ihr eine „Disziplinierung" des Senats von West-Berlin oder doch wenigstens die Ausschaltung seiner Einwirkungsmöglichkeiten auf die Bundespolitik an. Dieser zweite Weg, auf dem die große Bonner Regierungspartei ihre Positionen für den Bundeswahlkampf 1965 zu verstärken hofft, ist für sie nach der Wahl Willy Brandts zum Bundesvorsitzenden der SPD besonders wichtig. Inwieweit

der dabei geführte Vorstoß gegen die Personalunion von SPD-Kanzlerkandidat und Regierendem Bürgermeister mit der Abwehr der Dreistaatentheorie (und -praxis) in Einklang zu bringen ist und bei welcher Gelegenheit diese Abwehr doch vielleicht einmal opportunitätshalber abgebrochen wird, kann schon die nahe Zukunft zeigen. Vorläufig erhofft sich die CDU/CSU von der Disziplinierungsmethode noch vollen Erfolg.

Die Rücktrittspläne der Westberliner Senatoren Arndt und Schiller stehen damit in einem indirekten Zusammenhang: beide kommen aus der Bundespolitik und möchten im Falle einer wachsenden Differenzierung zwischen Bonn und Berlin keinesfalls den Konnex mit ihrem politischen Mutterboden verlieren. Sobald sich zeigte, wie die CDU/CSU diese Entwicklung im Westberliner Senat zugunsten ihrer Disziplinierungstaktik auszunutzen gedachte, versuchte Brandt mit einigem Erfolg, dieses Thema aus dem öffentlichen Gerede verschwinden zu lassen. Sein Vorschlag vom 28. Februar 1964, ein neues Gremium zur Schaffung oder Gewährleistung der Gemeinsamkeit zwischen Bonn und Berlin zu bilden, soll die CDU zwar sanft, aber immerhin auf ein Minimum an Rücksichtnahme auf die Westberliner Belange festlegen, um auf diesem Wege die vielberufene Verbindung Bonn—Berlin einmal zum Nutzen der Berliner einzusetzen; darüberhinaus soll die quasi-Konförderativität dieses Gremiums aus Vertretern der Bundesregierung und des Senats sowie der drei Fraktionen eine Überstimmung der Westberliner Vertreter durch die CDU verhindern. Punkte der Verbindung wie der Differenzierung zwischen Bonn und West-Berlin werden also von beiden Positionen dazu benutzt, ihre entspannungsfeindliche oder entspannungsfreundliche Konzeption in der innerdeutschen Entwicklung zur Geltung zu bringen.

Daß der Entspannungskurs sich in Berlin nach dem weihnachtlichen Besuchsplebiszit durchsetzen wird, steht — auch nach den jüngsten Äußerungen US-Botschafters McGhee — fast völlig außer Zweifel. Die Verbindungen West-Berlins mit der Bundesrepublik werden sich in dem Maße entwickeln, in dem die Berliner Entspannungstendenz für die Bundesrepublik bestimmend wird. Insofern ist die gegenwärtige Berlin-Lage nur für die Vertreter und Fortsetzer des Kalten Krieges als Krisensituation zu bezeichnen. Der neue Charakter, den West-Berlin nach dem allmählichen Übergang zur Befolgung der Entspannungstendenzen in der Welt angenommen hat, sollte für alle Verantwortlichen in Deutschland Ansporn sein, diese verheißungsvollen Ansätze auf dem Verhandlungs- und Verständigungswege für alle Deutschen fruchtbar zu machen.

Klaus Ehrler

Baut Bonn an der Atombombe?

Die westdeutsche „National-Zeitg" beschäftigt sich neuerdings in verstärktem Maße mit dem Bonn-Pariser Konsultierungsvertrag. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß diese Unverbesserlichen in der westdeutsch-französischen Zusammenarbeit eine Chance sehen, der Bundesrepublik zur Stellung einer Großmacht zu verhelfen. Deutlich wies der Herausgeber der „National-Zeitung", Dr. Frey, in einem Interview mit dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Chaban-Delmas, auf die „Grenzen der französischen Leistungskraft" hin. Er deutete die Möglichkeit an, daß sich Frankreich und die Bundesrepublik beim Aufbau der französischen Atomstreitmacht „sinnvoll ergänzen" könnten.

Chaban-Delmas äußerte sich demgegenüber zurückhaltender: „Denn Europa ist stark, wenn die deutschen und die französischen Kräfte zusammenkommen. Wenn wir unsere Möglichkeiten auf wirtschaftlichem, wissen-

schaftlichem, kulturellem und überhaupt jedem Gebiet miteinander vereinen, so ergibt das eine gewaltige Potenz."

Nach diesem Interview brachte die „National-Zeitung" eine neue Schlagzeile: „Ich klage Bonn an!" Frey versprach, in dem Artikel eine „Abrechnung" zu halten. Diese „Abrechnung" beschränkte sich auf eine heftige Attacke der amerikafreundlichen Politik Bonns. Frey: „Wir müssen eine neue Außenpolitik machen. An der Seite Frankreichs. In Kontakt mit China." Der Untertitel des Artikel sprach ebenfalls für sich: „Rettet de Gaulle Deutschland?"

Wodurch werden diese Großmacht-Ambitionen der Ewig-Gestrigen geweckt? Entbehren sie wirklich jeder Grundlage? Oder ist in der französisch-westdeutschen Zusammenarbeit nicht vielleicht doch ein dunkler Punkt enthalten, der bisher geflissentlich übergangen wurde?

Die Frage, ob die Bundesrepublik an der Entwicklung der französischen Kernwaffen beteiligt ist, hat sich seit Abschluß des westdeutsch-französischen Vertrages immer zwingender gestellt. Unzählige Anschuldigungen und Dementis trugen nicht zur Klärung der Sachlage bei. Rein formal hat die Bundesrepublik zwar den absoluten Verzicht auf Kernwaffen erklärt, während die Realitäten zunehmend den Verdacht begünstigen, daß es um die Auslegung dieser Erklärung doch anders bestellt sei.

Sicher, die Bundesregierung erklärte durch die Person des Bundeskanzlers auf der Londoner Neunmächtekonferenz, daß sich Westdeutschland verpflichte, auf seinem Gebiet keine Atomwaffen, chemische oder biologische Waffen herzustellen. Der Nachdruck liegt indes auf einem Satzteil: „Auf ihrem Gebiet." Folgerichtig schlösse dieser Passus nicht aus, daß die Bundesrepublik Atomwaffen auf einem anderen Gebiet, etwa — nehmen wir mal an — auf dem Gebiet Frankreichs herstelle.

Darüber hinaus wird häufig übersehen, daß eine freiwillige Verzichterklärung noch lange keine vertragliche Verpflichtung bedeutet. Insofern mußte man dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" recht geben, wenn es jüngst schrieb: „Vertraglich ist aber ein Verzicht, der auch den Besitz von Kernwaffen und die Verfügungsgewalt über sie einschließen würde, von der Bonner Regierung nirgendwo fixiert worden."

Wie kam es zu dieser einseitigen Verzichterklärung Bonns? Sehr richtig erkannte Bundeskanzler Adenauer, daß mit der Londoner Neunmächtekonferenz dem Brüsseler Pakt „jede Spitze genommen" wurde. Jenem Brüsseler Pakt, der sich einst zum Ziele setzte, „alle Schritte zu unternehmen, die sich für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik als notwendig erweisen."

Allerdings wurde dem Brüsseler Pakt nicht aus reiner Germanophilie die „Spitze" genommen. Die Westmächte legten es zunehmend darauf an, den westdeutschen Teilstaat in ihr Lager zu ziehen. Ursprünglich hatte sich die Bundesrepublik sogar unter weit einschneidenderen Bedingungen (die ihr etwa die Verfügungsgewalt über die westdeutschen Truppen vorenthielten) an der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" beteiligt. Sie würde noch heute und bis zum Ende unseres Jahrhunderts an dieser eingegangenen Verpflichtung kleben, wenn die Ratifizierung der EVG-Verträge nicht in letzter Stunde am Nein der französischen Nationalversammlung gescheitert wäre.

Nach dem Schiffbruch der EVG-Verträge luden die Signatarstaaten der zuvor gegen eine deutsche Wiederbewaffnung gerichteten Westeuropäischen Union die Bundesrepublik ein, selbst Mitglied dieses Paktes zu werden. Im Oktober 1954 wurde der Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union in den Pariser Verträgen besiegelt. Gleichzeitig trat die Bundesrepublik in die NATO ein, der sie ursprünglich nur im Rahmen eines kollek-

tiven Beitritts der EVG angehören sollte.

Damals, zu den Pariser Verträgen, erklärte die Bundesrepublik ausdrücklich, „auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische oder biologische Waffen herzustellen."

Die Bundesrepublik schien sich indes nicht lange mit dieser Erklärung zufrieden zu geben. Sie forderte die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Der Weg der Bonner Politik begann unglaubwürdig zu werden. Bundeskanzler Adenauer, der drei Jahre zuvor den feierlichen Verzicht erklärt hatte, versuchte, den tödlichen Ernst der Lage zu verharmlosen: „Ich glaube nicht, daß der Besitz solcher Waffen uns der Gefahr einer atomaren Vergeltung aussetzen würde."

Man mochte dieses Treu-und-Glauben-Bekenntnis Adenauers beschmunzeln, mochte das darin enthaltene „Credo quia absurdum" bespötteln. Tatsache war, daß die Bundesrepublik schlagartig in das Schußfeld der sowjetischen Mittelstreckenraketen gerückt war. Seitdem wären die Zentren der Bundesrepublik im Falle eines Krieges einem plötzlichen sowjetischen Atomschlag ausgesetzt.

Die immer wiederkehrende Forderung des damaligen Verteidigungsministers Strauß nach Atomwaffen machte viele Leute hellhörig. Der frühere Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Reinhold Maier, erhob vor der Bundespressekonferenz in Bonn schwerwiegende Bedenken gegen eine mögliche Umstellung der westdeutschen Atomforschung von friedlichen auf kriegerische Zwecke. Scharfe Kritik übte Dr. Maier an der mangelhaften Unterrichtung des Parlaments und der deutschen Öffentlichkeit über einschneidende Maßnahmen auf dem „todernsten" Gebiet der Atomwaffen durch die Bundesregierung. Mit einer Handbewegung habe die Bundesregierung frühere Zusicherungen weggewischt, nach denen auf die atomaren, chemischen und biologischen Waffen verzichtet werde.

Dieser sensationellen Erklärung des FDP-Bundesvorsitzenden begegnete die Bundesregierung mit folgender Feststellung:

1. Die Bundesrepublik Deutschland habe in den bestehenden Verträgen auf die Herstellung von Atomwaffen Verzicht geleistet.

2. Die Bundesregierung sei niemals an deutsche Atomwissenschaftler mit dem Ansinnen herangetreten, ihre Forschungen auf andere als auf friedliche Ziele zu richten.

Indes appellierten zwei Tage später führende westdeutsche Atomwissenschaftler an die Bundesregierung, auf Atomwaffen zu verzichten, und erklärten ihre Weigerung, an entsprechenden Rüstungsvorhaben mitzuwirken.

Sollte der alte „Fuchs" aus dem Remstal sich also wirklich so getäuscht haben?

Die Atomwissenschaftler ließen es bei einer Erklärung nicht bewenden. Sie zerpflückten einige delikate Einzelheiten, mit denen die Bundesregierung bis dahin die Öffentlichkeit — ob bewußt oder ungewollt, bleibe dahingestellt — irregeführt hatte. Zum Beispiel kommentierten sie einen Satz Adenauers: „Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie." Die Atomwissenschaftler: „Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben . . . Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat."

Der Schock saß. Die Bundesregierung ließ sich Zeit und übte Dementis. Einen Monat später versicherte Adenauer auf der Bonner Tagung des Nordatlantikrates: „Die Bundesrepublik hat sich in den Protokollen von 1954 zum Brüsseler Vertrag freiwillig verpflichtet, weder Atomwaffen noch chemische Waffen herzustellen. Sie hat sich einer strikten, dauernden Kontrolle auf diesem Gebiet, ja darüber hinaus noch auf dem

gewisser konventioneller Waffen unterworfen, z. B. schwerer Bomber und weitreichender gelenkter Geschosse."

Auf diesen Verzicht folgte ein zweiter. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklärte, die Bundesregierung habe auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und beabsichtige nicht, von dem Verzicht abzugehen.

Dieses zweite Dementi hatte einen besonderen Hintergrund. Die Erklärung wurde im Zusammenhang mit einem Artikel abgegeben, den der französische 4-Sterne-General der Luftwaffe Chassin in der westdeutschen Zeitschrift „Wehrkunde" veröffentlicht hatte und in dem vorgeschlagen worden war, daß die Bundesrepublik Atomwaffen in eigener Regie herstellen solle, da die dem Eisernen Vorhang nahegelegenen und geo-strategisch besonders gefährdeten Länder der NATO atomar selbstständig sein müßten.

Allein der Umstand, daß dieser französische Vorschlag in die Spalten einer solch offiziellen Zeitschrift wie der „Wehrkunde" gelangen konnte, mochte nachdenklich stimmen.

Die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen und den französischen Streitkräften ist bis heute ein unklares Kapitel. Gelegentliche Verlautbarungen sprechen von gemeinsamer Rüstungsforschung, insbesondere zur Entwicklung von Raketenwaffen. Der westdeutsche Verteidigungsminister Strauß besuchte im Jahre 1957 gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Bourgès-Manoury die französischen Übungsbasen für Raketengeschosse in Colomb-Béchar in der Sahara und besichtigte verschiedene Typen gelenkter Geschosse. Es wurde vereinbart, daß die beiden Länder in — wie es vorsorglich hieß — Übereinstimmung mit den Verträgen eine gemeinsame Forschung und Entwicklung moderner Waffen in Erwägung ziehen würden.

Das nächste Jahr brachte schon greifbarere Resultate. Verteidigungsminister Strauß und sein französischer Kollege Chaban-Delmas unterzeichneten am 1. April 1958 eine Konvention, die dem militärischen Forschungsinstitut von Saint-Louis (Haut-Rhin) ein französisch-westdeutsches Statut verlieh. Dieses Institut befaßte sich angeblich insbesondere mit Problemen der Ballistik, der Aero-Dynamik, der Physik und der Chemie von Explosivstoffen.

Am folgenden Tag sah sich die Bonner Regierung zu einem neuen Dementi genötigt: „Pressemeldungen, die von angeblichen französischen Äußerungen über eine Beteiligung an einer französischen Atomwaffenproduktion berichten, entsprechen nicht den Tatsachen."

Dieses Dementi schoß haarscharf an der wirklichen Sachlage vorbei: Ein Institut, das sich — nach offizieller Angabe — „insbesondere mit Problemen der Ballistik, der Aero-Dynamik und der Elektronik beschäftigt", ist — schlichter gesagt — ein Institut zur Raketenforschung. Und Raketen sind es, die Frankreich zur Beförderung seiner Atombomben braucht!

Der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums wußte noch anderes zu dementieren: „Die Vereinbarungen im Rahmen des sogenannten Rüstungsdreiecks (Frankreich, Italien, Bundesrepublik) beziehen sich auf gemeinsame Forschungen und Entwicklungen mit dem Ziel einer standardisierten Produktion. Eine deutsche Beteiligung an der französischen Atomwaffenproduktion wurde auch im Rahmen dieses Dreiecks nicht vereinbart oder zugesichert."

Dieser zitierten Vereinbarung ging eine Einladung des westdeutschen Verteidigungsministers voraus, bei der Großbritannien bewußt übergangen wurde. Die Londoner „Times" glaubte den Grund hierfür zu wissen: Frankreich erhoffe die finanzielle und technische Hilfe der Bundesrepublik bei seinem Bestreben, die vierte Kernwaffenmacht zu werden. Im übrigen sei die Bonner Besprechung ohne Zustimmung der WEU erfolgt.

Doch das Bundesverteidigungsmini-

sterium beschwichtigte: Atomwaffen würden in die Zusammenarbeit der drei Staaten nicht einbezogen. Die Bundesrepublik bleibe bei ihrem freiwillig eingegangenen Verzicht.

Die Gerüchte wollten indes nicht verstummen. Am 14. August 1959 veröffentlichte der britische „Daily Herald" eine Meldung, daß Wissenschaftler der Bundesrepublik an der Herstellung französischer Kernwaffen mitarbeiteten und daß die Bundesregierung außerdem Frankreich finanzielle Hilfe leiste.

Dann — am 13. Februar 1960 — explodierte die erste französische Atombombe. Ungeachtet weltweiter Proteste begrüßte die Bundesregierung die Herstellung der Bombe durch Frankreich — als — wie es hieß — eine Stärkung der militärischen Kraft eines Verbündeten.

Die Explosion der Sahara-Bombe rief die UN-Vertretung Guineas auf den Plan: Die Bundesrepublik Deutschland sei technisch und finanziell an der Produktion der französischen Bombe beteiligt. Ein guinesisches Traktat wurde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Verteilung an die UN-Mitglieder übermittelt.

Ein neues Licht auf die westdeutsch-französischen Beziehungen warf eine Verlautbarung des amerikanischen Präsidenten Kennedy im Jahre 1962: Die USA seien nach wie vor gegen eine Ausbreitung von Kernwaffen und hätten diesen Standpunkt auch in ihrem Abrüstungsvorschlag zum Ausdruck gebracht. Die Vereinigten Staaten würden so lange an dieser Politik festhalten, bis die Erfordernisse der nationalen Sicherheit eine Änderung notwendig machen würden.

Das hieß mit anderen Worten: Von seiten der USA konnten die Franzosen bei der Herstellung ihrer Bombe mit keiner Unterstützung rechnen.

Das einzige Land, auf das Frankreich nun noch bauen mochte, war die Bundesrepublik. Lübke und Adenauer reisten nach Frankreich. De Gaulle schüttelte seinerseits die Hände Dutzender von Westdeutschen. Die deutsch-französische Aussöhnung konnte nicht anders: Sie mußte kommen.

Und mit der Aussöhnung kam ein Vertrag, der die militärpolitische Zusammenarbeit beider Länder bis in Einzelheiten festlegte. Von Beschränkungen, die der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Rüstung auferlegt wären, stand in dem Vertrag nichts. Dafür hatte de Gaulle den Geist des Vertrages zuvor auf seiner in anderem Zusammenhang berühmt gewordenen Pressekonferenz vom 14. Januar vergangenen Jahres erläutert: Es habe keine große Mühe gemacht, ein Einvernehmen für eine praktische Intensivierung der Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und dem der Verteidigung zu finden, da — wie de Gaulle unterstellte — die Regierung in Bonn und Paris genau dasselbe dächten.

Die Sowjetunion interpretierte den Vertrag anders. In einer Note an die Bundesregierung monierte sie: „Hinter der Fassade großspuriger Phrasen von einer historischen Aussöhnung, wie sie beim Abschluß des französisch-westdeutschen Vertrages ausgesprochen wurden, verbirgt sich nichts anderes als ein detailliert ausgearbeitetes Programm zur Verschmelzung der Streitkräfte der BDR und Frankreichs."

Die Sowjetunion blieb mißtrauisch. Im Oktober vergangenen Jahres protestierte sie in Bonn und Paris gegen ein Abkommen zwischen Siemens-Schukkert und dem französischen Atomenergie-Kommissariat, das die Beteiligung der deutschen Firma an Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf dem — wie es hieß — Gebiet der friedlichen Atomenergienutzung in Gestalt des Baues von Reaktoren vorsah.

Wenn der Begriff „friedliche Nutzung der Atomenergie" an und für sich nicht schon zwiespältig ist, so ist er es frühestens in Frankreich. Zwar bauen auch die staatlichen Elektrizitätswerke bei Chinon drei Atomkraftwerke, die im Prinzip den britischen ähneln. Das britische Atomkraftwerk Calder Hall war

jedoch bezeichnenderweise ursprünglich als Anlage für Atomsprengstoffe geplant, bei der elektrischer Strom gerade als Nebenprodukt anfiel. Wo liegen die Grenzen zwischen dem französischen Atomvorhaben bei Chinon und ausgesprochenen Rüstungszentren wie Pierrelatte, Cadarache und Marcoule? Wieweit spielt die deutsch-französische Forschungsarbeit in Saint-Louis in dem ganzen Komplex eine Rolle?

Niemand weiß das außer dem General de Gaulle. In jedem Falle wird man eine Sentenz aus dem offiziösen „NATO-Brief" beherzigen: „Das Atomprogramm Frankreichs hängt eng mit seiner Rüstungsindustrie zusammen."

Auch eine andere Einrichtung, der man von vornherein den Kredit einer Gemeinnützigkeit im friedlichen Sinne einräumt, könnte einer näheren Überprüfung vielleicht nicht standhalten. Die Europäische Atomgemeinschaft forciert zur Zeit die Untersuchungen über den Bau von atomgetriebenen Handelsschiffen. Atomgetriebene Unterseeboote sind es, die Frankreich zur — vorläufig noch — absolut sicheren Installation von Mittelstreckenraketen braucht. Daneben fungiert EURATOM als Beschaffungsstelle für Uran. Werden die Uran-Lieferungen durch EURATOM an Frankreich überwacht? Im Vertrag über die Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft steht: „Die Überwachung erstreckt sich nicht auf Stoffe, die für Verteidigungszwecke bestimmt sind, soweit sie sich im Vorgang der Einfügung in Sondergeräte für diese Zwecke befinden oder soweit sie nach Abschluß dieser Einfügung gemäß einem Operationsplan in eine militärische Anlage eingesetzt oder dort gelagert werden."

EURATOM unterstützt durch Assoziierungsverträge mit Westdeutschland und Frankreich ein Programm, das den Bau einer gemeinsamen deutsch-französischen Aufbereitungsanlage für Plutonium in Karlsruhe vorsieht. Diese Anlage wird benötigt, sobald der zweite größere Plutonium-Versuchsreaktor im französischen Forschungszentrum von Cadarache arbeitet. Die Forschungen in Cadarache wiederum werden zur Verwirklichung der „Force de frappe"-Pläne benötigt.

Cadarache ist eine Art von atomarem Versuchslabor, in dem neben Franzosen auch Deutsche, Italiener, Holländer und Belgier arbeiten. Sie werden von EURATOM bezahlt. In Cadarache wird unter anderem auch der Motor für das geplante französische Atom-Unterseeboot entwickelt.

Die Grenzen zwischen „friedlicher" und „militärischer" Atomforschung — soweit es sie überhaupt gibt — verschwimmen. Gibt es diese Grenzen wenigstens auf dem Gebiet der Raketenforschung? Die westdeutsche „Waffen- und Luftrüstungs AG" schien nicht dieser Meinung zu sein. Sie stellte ihre Arbeit stillschweigend ein, wie es hieß mit Rücksicht auf die politischen Schwierigkeiten, die der Bundesregierung durch die Aktivität der Gesellschaft entstanden seien. Diese entstanden in der Tat, denn die Sowjetunion hatte bei den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs Beschwerde erhoben.

Doch ist es wirklich nur die üble Nachrede der Sowjets, wenn die westdeutsch-französische Freundschaft in den Verruf kommt? Bundesaußenminister Schröder hat darüber im Bundestag bemerkenswerten Aufschluß gegeben. Auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Mommer, ob der Fall Argoud, die Ablehnung Großbritanniens in der EWG durch Frankreich und die Anerkennung Pekings nicht den Wert des westdeutsch-französischen Freundschaftsvertrages berührten, erwiderte der Bundesaußenminister, das Parlament habe seinerzeit den Vertrag praktisch einstimmig gebilligt. Es sei aber für die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht förderlich, wenn — wie Schröder meinte — zu viele Details dieser Zusammenarbeit in aller Öffentlichkeit erörtert würden. Udo Leuschner

Der milde Strauß

Die im folgenden einzeln wiedergegebenen Sätze, die Franz Joseph Strauß beim diesjährigen Aschermittwochstreffen der CSU im bayrischen Vilshofen gesprochen hat (und die auf jeden Fall festgehalten und der Nachwelt überliefert zu werden verdienen), rücken die Behauptung des „Spiegel", es habe sich beim obengenannten Anlaß diesmal um den „mildesten Strauß" gehandelt, „den ich je hörte" (Peter Brügge), in ein etwas schwarzes Licht. (Als wenn einer nicht auch mit gesenktem Tonfall brutal sein könnte . . .) Aber mit dem „Spiegel", nebenbei gesagt, stimmt im Augenblick ohnehin etwas nicht: seine über mehrere Wochen hingedehnte Bemühung um ein „differenzierteres Hitlerbild" (was nur, wenn vielleicht auch ungewollt, auf ein postumes Relativieren und Interessantmachen des Bösen hinauslaufen kann) scheint auch sonst in manchem Punkt seinen sonst so klaren Blick, hoffentlich nur vorübergehend, getrübt zu haben.

Was Strauß da sagte, bezog sich auf die, wie er es nannte, „nonkonformistischen Literaten" — womit er offenbar eine besondere Spezies der von ihm ganz allgemein gehaßten und vielgeschmähten „Linksintellektuellen" meinte. Schon hier nimmt sowohl die Anmaßung wie auch die Dekouvrierung ihren Anfang: Denn haben wir nicht in Sonntagsreden und anderen erlauchten Worten hochstehender Persönlichkeiten immer wieder eingeschärft bekommen, in einer Demokratie m ü s s e man geradezu nonkonformistisch sein, am Konformismus müsse eine Demokratie unweigerlich zugrundegehen? Herr Strauß also hält davon nichts; in seinen Augen haben gerade diejenigen schön brav konformistisch zu sein, die, wären sie es, im gleichen Augenblick als solche zu existieren aufhören würden: die Literaten. Es schwebt ihm ein Schriftstellertyp vor, der sich nur in der Couleur von dem unterscheidet, den Funktionäre wie Kurella und Sindermann (allem Anschein nach schon gegen die Wünsche Ulbrichts) für die DDR fordern. Wirklich, ein feiner Demokrat

„Wer bei uns lebt, soll sein Land nicht schlechtmachen . . ." Wen meint Herr Strauß eigentlich? Schade, daß ihm keine Namen einfielen. Meint er Schriftsteller wie Böll, Kuby, Kästner, Geißler, Hochhuth, Hubalek, Opitz und so weiter und so fort? Wer von all diesen macht eigentlich „sein Land schlecht", nur weil er gegen die gegenwärtige Regierung und gegen die herrschenden Mächte dieses Landes ist? Haben Heinrich und Thomas Mann und ein Kurt Tucholsky seinerzeit „ihr Land schlechtgemacht"? O ja, die Nazis behaupteten das (und die Deutschen glaubten es ihnen), inzwischen aber ist erwiesen, daß das Gegenteil wahr war: die Mann's und Tucholsky (jetzt nur stellvertretend für alle ihresgleichen gemeint) haben für ihr Land und ihr Volk in der Welt und bei der Menschheit mehr Ehre eingelegt als die Millionen, die sie jagten und schmähten. Und nun kommt der Parteivorsitzende der Christlich-sozialen Union daher und wärmt die gleiche alte, abgestandene Giftsuppe wieder auf. Und wieder wird es Leute geben, die von dem Hexentrank schlürfen (wir geben uns da keinen Illusionen hin). Sie sollen sich aber über eines klar sein und bleiben: Keines der Männer, an die der Redner von Vilshofen gedacht haben mag, braucht unser Volk sich vor der Welt zu schämen (wird auch das wieder erst die Geschichte erweisen?); hingegen schämen wir uns eines Franz Joseph Strauß, und zwar nicht erst seit Aschermittwoch 1964. Auf sein Konto kommt ein gut Teil Schuld an jener, gelinde gesagt, Reserve, die unserem Lande in West und Ost noch immer und schon wieder entgegengebracht wird. Seine Mannen um ihn her mögen ihn bewundern und ihm huldigen: stärker sind doch, das wird man erleben, d i e Kräfte, die für Ernüchterung und Entdämonisierung Deutschlands

Sorge tragen, über alle Demagogie Strauß'scher Provenienz hinweg.

„Wenn er es hier unerträglich findet, wem es hier nicht paßt, der kann rausgehen aus Deutschland . . ." (Man hat schon besseres Deutsch gehört.) Auch das ist Geist vom Nazigeist, auch das hat man früher schon einmal gehört, auch das ist pure Hetze und Aufruf zur Volkshetze: Jagt sie hinaus, die Literaten, die Intellektuellen, die Nonkonformisten, die Nestbeschmutzer, die Atomwaffengegner, die Friedenskämpfer, die Neutralisten, die Sozialisten, vergrault ihnen das Leben, bis sie von selber gehen . . . Das könnte Herrn Strauß so passen. Schlimm genug, daß etliche ohnehin schon gegangen und andere nach dem Krieg aus der Emigration wohlweislich gar nicht erst wiedergekommen sind (weil sie ahnten, daß in Deutschland eines Tages wieder einer so etwas öffentlich fordern würde). Aber man möge versichert sein: ein nochmaliger Ausverkauf deutscher Intelligenz wird nicht stattfinden. Auch die im Ausland lebenden deutschen Literaten gehören heute zu uns, zum Bewußtsein des Inlandes, und diesen wesentlichen ideellen Unterschied zum Dritten Reich wird kein noch so inniger Wunsch nach Purifikation im Geiste des Biersaals von Vilshofen mehr aus der Welt schaffen. Wie wäre es demgegenüber aber, Franz Joseph Strauß seinerseits ginge? Für Deutschland und die deutsche Demokratie wäre es auf alle Fälle besser. Besitzt er nicht ohnehin schon eine Villa an der Mittelmeerküste, und hat er nicht vorgesorgt, daß er im Falle des Falles im Ausland weit weniger darben müßte, als mancher verdiente emigrierte deutsche Antifaschist es mußte? Na also.

„Es wird sich dann herausstellen, ob es für diese Literaten außerhalb der Bundesrepublik noch ein Land gibt, wo sie mit ihren geistigen, halbgeistigen und ungeistigen Produkten mehr verdienen können als hier . . ." Vor diesem Satz verschlägt es einem einfach die Sprache. Er ist durch und durch gemein und eines Mannes mit Abitur, wer er sonst auch immer sei, unwürdig. Man kann ihn nur immer wieder lesen — und weinen. Armes Deutschland!

J. W.

Zypern den Zyprioten

Die vorherrschende Methode bundesdeutscher Berichterstattung über die Zypernkrise läßt die eigentlichen Ursachen dieses Konflikts bewußt in den Hintergrund treten. Unverhüllt tendenziöse Schilderungen der fraglos beklagenswerten blutigen Auseinandersetzungen zwischen dem griechischen und dem türkischen Bevölkerungsteil der Insel wollen den Eindruck erwecken, Erzbischof Makarios habe mutwillig den inneren Frieden der Insel zerstört und — beeinflußt von kommunistisch orientierten Beratern — eine gegen den Westen gerichtete internationale Krise vom Zaun gebrochen. In Wirklichkeit hat es auch vor dem Ausbruch offener Feindseligkeiten weder einen inneren Frieden auf Zypern gegeben, noch ist die politische Aktivität des um außenpolitische Neutralität bemühten Ethnarchen von feindseligen Absichten und Gefühlen gegen den Westen bestimmt. Zyperns Staatsoberhaupt handelt unter einem politischen Zwang, der sich aus der Unzulänglichkeit der Londoner Verträge herleitet, die im Februar 1959 die völkerrechtliche und konstitutionelle Grundlage der Inselpolitik bildeten.

Das Abkommen von London, dem die griechisch-türkischen Vereinbarungen von Zürich unmittelbar vorausgegangen waren, stellt einen Kompromiß dar, der vor fünf Jahren — nach einer Periode opferreicher Befreiungskämpfe gegen die britische Vorherrschaft — ein beachtlicher und zufriedenstellender Erfolg zu sein schien, in den Jahren seit der Staatsgründung jedoch den Beweis seiner politischen Tragfähigkeit nicht

erbringen konnte. Das gilt sowohl für seinen außenpolitischen Teil wie auch für die Bestimmungen, die die innere Struktur des Präsidialregimes normieren.

Formal garantiert der Vertrag die staatliche Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Inselrepublik, konkret jedoch sieht er eine Reihe entscheidender Einschränkungen vor:

1. Den drei Garantiemächten des Londoner Abkommens — Großbritannien, Griechenland und der Türkei — wird das Recht eingeräumt, im Falle eines Verstoßes der Regierung gegen die Verfassung „für die Einhaltung des Vertrages Sorge zu tragen. Wenn eine gemeinsame Aktion sich als unmöglich erweist, behält sich jede der garantierenden Mächte das Recht vor, eine Aktion mit dem alleinigen Ziel zu unternehmen, den Stand der Angelegenheiten wiederherzustellen, der durch den Vertrag festgesetzt ist." Dieser Passus räumt damit den drei Mächten ein kollektives und auch ein individuelles Interventionsrecht ein, falls sich die gewählte Regierung eines — nach ihrer subjektiven Auffassung — Verstoßes gegen den Vertrag schuldig macht. Da Einzelaktionen ausdrücklich zugelassen sind, braucht also auch nur eine der Garantiemächte der Auffassung zu sein, daß ein Vertragsbruch vorliege. Das ist ohne Zweifel eine schwerwiegende Einschränkung der Souveränität der Republik Zypern, die den Keim eines internationalen Konflikts in sich trägt: würde doch in der Praxis die Intervention eines der Garantiestaaten mit großer Wahrscheinlichkeit die Gegenaktion eines anderen nach sich ziehen. (In der Tat lassen die Spannungen zwischen Athen und Ankara heute diese von den Gegnern des Londoner Kompromisses schon vor Jahren geäußerten Befürchtungen als weitgehend bestätigt erscheinen.)

2. Der Türkei und Griechenland wird im Londoner Abkommen das Recht zur Stationierung militärischer Kontingente auf Zypern eingeräumt.

3. Unter britischer Hoheit verbleiben zwei Gebiete mit einem Gesamtausmaß von 99 Quadratkilometern, und zwar die Militärbasen von Akrotiri (bei Limassol) und Dhekelia (bei Nikosia). Die britischen Rechte schließen den Gebrauch dieser Gebiete ohne Einschränkung und zypriotische Einmischung ein, sowie die Möglichkeit, fremde Personen von diesen Gebieten fernzuhalten, ferner die Benützung von Häfen und Straßen zum Transport von Militär sowie die Fortdauer besonderer Rechte bei der Benutzung des Hafens Famagusta, die Benutzung des Flugfeldes von Nikosia, der außerhalb der Enklaven gelegenen Truppenübungsplätze, die uneingeschränkte Überfliegung Zyperns und andere Vorrechte, die die Souveränität der Regierung in Nikosia wesentlich einschränken.

Nicht minder krisenfördernd ist die innere Verfassung der Insel. Ihr neuralgischer Punkt sind jene Normen, die das Verhältnis der griechischen Bevölkerungsgruppe — sie macht rund 80 Prozent der mehr als eine halbe Million zählenden Gesamtbevölkerung aus — zur türkischen Minderheit festlegen. In den Züricher Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei ist der interessante Versuch unternommen worden, die Rechte der Minderheit durch die Einräumung verfassungsmäßiger Vollmachten zu sichern, die viel weitgehender sind, als es der zahlenmäßige Anteil der Türken an der Bevölkerung vermuten läßt. So stellen die 18 Prozent Türken 30 v. H. der Staatsbeamten, 40 v. H. der zypriotischen Armee und 30 v. H. der Abgeordneten im Parlament. Von ausschlaggebender Bedeutung aber ist das Vetorecht des türkischen Vizepräsidenten, der damit jeden Beschluß des Ministerrats (sieben Griechen, drei Türken) zu Fall bringen kann.

Eine solche verfassungsrechtliche Konstruktion mag geeignet sein, in einem politisch spannungsfreien Raum die Lebensrechte der Minderheit wirksam zu garantieren. Im Falle Zyperns aber hat

sie das Gegenteil bewirkt: die griechische Majorität hegt gegen die ihre besonderen Rechte zur Obstruktion in der Staatsverwaltung und den Gemeinderäten nutzende türkische Bevölkerungsgruppe den Verdacht, daß es sich bei ihr in Wirklichkeit um eine Fünfte Kolonne der Türkei handele. Dieser Argwohn läßt sich auch kaum von der Hand weisen. Es ist bekannt, daß es in den politischen Kreisen Ankaras schon seit langem eine starke Gruppe gibt, die nicht an einer Integration der beiden Bevölkerungsteile Zyperns interessiert ist, sondern die Teilung der Insel — lange vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten — in zwei selbständige Staaten anstrebte. Und es erhärtet den Verdacht der griechischen Zyprioten, daß der gegenwärtige Regierungschef in Ankara, Ismet Inönü, zur Zeit des Londoner Vertragsschlusses Chef der Opposition gegen Menderes, im Jahre 1959 das Abkommen abgelehnt und statt dessen eine Teilung der Insel befürwortet hat. Die Forderung des türkischen Vizepräsidenten Kütschük nach Separation der Griechen und Türken resultiert also keineswegs so zweifelsfrei aus den in den letzten Monaten begangenen Bluttaten, sie korrespondiert vielmehr mit einer seit Jahren starken politischen Strömung in der Türkei, die inzwischen zur amtlichen Politik Ankaras geworden ist, und kann durchaus deren Bestandteil sein. Es versteht sich dann jedoch von selbst, daß Staatspräsident Makarios nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, mit allen Mitteln um die verfassungsmäßige Einheit des Staates zu kämpfen. (Seine Haltung gewinnt dadurch an Integrität, daß er seinerseits einen Anschluß an Griechenland nicht anstrebt und derartigen Strömungen im griechischen Lager entschlossen entgegentritt.)

Objektive Beobachter sind sich darüber einig, daß die Kernfrage der inneren Befriedung Zyperns in dem Interventionsrecht ausländischer Mächte zu sehen ist. Kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die türkische Minderheit ihre unverhältnismäßig großen Sondervollmachten darum so forciert gegen die Staatsinteressen einsetzte, weil sie sich durch die türkische Militärmacht geschützt glaubte, an deren Interventionsbereitschaft nach dem Auslaufen der Flotte aus Iskenderun am 15. Februar ja auch nicht mehr gezweifelt werden kann. Daß es den USA noch einmal gelang, eine Aggression dieser Art zu verhindern, ist kein Argument gegen die berechtigte Forderung von Erzbischof Makarios, dieses Interventionsrecht abzuschaffen. Auch der inzwischen mit der Zypernfrage befaßte Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird sich einer Garantie der Unantastbarkeit des Staatsgebietes seitens ausländischer Mächte nicht verschließen können. Das aber bedeutet faktisch eine entscheidende Änderung des Londoner Abkommens zugunsten der Souveränität Zyperns. Ob und in welchem Maße es im Falle des Inkrafttretens einer solchen internationalen Garantie dann noch nötig ist, die innerpolitischen Rechte der türkischen Minderheit zu beschneiden, ist eine sekundäre Frage und kann späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Makarios vertritt den Standpunkt, daß sich dieses Problem dann auch ohne ausländische Mitsprache regeln läßt, und er kann sich dabei auf eine die staatliche Einheit befürwortende Gruppe unter den türkischen Zyprioten stützen.

Und noch eine zweite Garantie bedarf der internationalen Sanktionierung: der Schutz vor einem Eingreifen der NATO in die inneren Angelegenheiten der Insel. Obwohl das neutrale Zypern selbstverständlich nicht Mitglied des Atlantikpakts ist, haben Großbritannien und die USA in der ersten Phase der Krise heftige Versuche unternommen, eine NATO-Eingreiftruppe auf der Insel landen zu lassen. An der entschiedenen Haltung von Makarios ist dieses Vorhaben vorerst gescheitert. Hier aber müssen im Interesse der staatlichen Stabilität klare Verhältnisse geschaffen werden. Das politische

Schicksal Zyperns darf auf keinen Fall den militärischen Interessen der USA und Großbritanniens untergeordnet werden, die die Insel als Kernstück ihrer strategischen Planung im östlichen Mittelmeer betrachten.

Noch glaubt London, auf seine Inselstützpunkte nicht verzichten zu können, die als Hauptbasis für die der CENTO unterstellte englische Luftwaffenkampfgruppe dienen und gleichzeitig den Mittelpunkt der NATO-Frühwarneinrichtungen im östlichen Mittelmeer und des militärischen Funknetzes bilden, das Großbritannien mit Afrika und Asien verbindet. Für die USA schließlich geht die Bedeutung der Zypernkrise noch weiter: der Streit zwischen Griechenland und der Türkei um die Insel stellt die militärische Kontrolle eines wichtigen Teiles der NATO-Südflanke in Frage. Ohne stabile Verhältnisse im Gebiet von Marmara-Meer, Ägäischem Meer und Bosporus hätte der Operationsplan der amerikanischen Sechsten Mittelmeerflotte, die ja die Funktion der in der Türkei und Italien aufgelassenen Raketenbasen mit übernommen hat, jede feste Grundlage verloren. Das aber würde in erster Linie den Verlust politischer Einflußmöglichkeiten in diesem Gebiet bedeuten, das ja durch den absehbaren Fortfall der US-Basen in Libyen, auf den sich Washington neuerdings einrichten muß, ohnehin überaus labil geworden ist.

Diese Änderung der Lage sollte für Washington und London Anlaß sein, Überlegungen hinsichtlich einer Neuordnung ihres Engagements im Sinne einer friedlichen und krisenfesten Regelung anzustellen. Sie darf jedoch nicht zu einem verschärften Druck auf Zypern führen und das legitime Recht dieses Staates auf selbständige Entwicklung dem strategischen Kalkül der NATO-Mächte unterordnen. Hier darf von der UN-Mehrheit ein klares Votum zugunsten Zyperns erwartet werden.

H. H.

Die Lage

Paul B. Neuhöffer

Zwischenbilanz und Ausblick

I.

Eine erste Bilanz nach knapp fünf Monaten Regierungszeit unter dem neuen Kanzler ist, wenn man nach den Ergebnissen fragt, wenig erfreulich. Weder kann die Regierung auf außenpolitische Erfolge, noch auf Erfolge in der Deutschland-Politik hinweisen. Ihre Europa-Politik, wichtiger Teil der außenpolitischen Bemühungen Bonns, scheint verfahrener denn je. Künstliche Belebungsversuche sind offenbar nicht imstande, die vielschichtigen Interessengegensätze zu beheben. Die Hallstein-Doktrin, nach wie vor eiserner Bestandteil des außenpolitischen Konzepts der Bundesregierung, büßt an Wirksamkeit mehr und mehr ein. Als weitgehend stabil erweist sich nach wie vor die Wirtschaft. Aber auf sie als politi-

schen Faktor bauen, mit ihrer Hilfe politische Ziele durchsetzen zu wollen, die nicht mehr in die Zeit passen, dürfte sich auf die Dauer als Fehlkalkulation erweisen. Auf innenpolitischem Gebiet fehlt es an einer vorausschauenden Gesamtreform des Bildungs- und Schulwesens, an Mitteln zur Hebung des wissenschaftlichen, kulturellen, sozial- und gesundheitspolitischen Niveaus. So erweist sich immer mehr, daß die Bundesrepublik den drängenden außen- und innenpolitischen Erfordernissen nur dann gerecht werden kann, wenn sie sich von einer Konzeption abwendet, die unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Je länger sie zögert, Schritte in die weltpolitische und deutsche Wirklichkeit zu tun, um so kritischer dürfte ihre Lage werden.

•

Dabei hatte es gar nicht so schlecht angefangen. Erhards Ankündigung, eine „Politik der Mitte" zu verfolgen, wurde in weiten Kreisen des In- und Auslandes mit Zustimmung aufgenommen. Die deutsche Politik „flexibler" zu gestalten, sich eines „neuen Stils" und „neuer Methoden" zu bedienen — all das entsprang durchaus der richtigen Erkenntnis, daß es in einer Welt, die zu neuen Ufern drängt, für die deutsche Politik unmöglich wird, auf Formen des Kalten Krieges zu beharren, von denen sich allenfalls in den 50iger Jahren politische Erfolge erhoffen ließen.

Gewiß hat der neue Bundeskanzler nie versprochen, die Ziele der Adenauerschen Politik aufzugeben. Mit seiner Forderung nach Wiederherstellung eines „Deutschland in den Grenzen von 1937" (vgl. Regierungserklärung vom Oktober 1963) bekannte er sich ausdrücklich zu ihnen. Auch seine jüngste Antwort an Chrustschow vom 26. Februar (vgl. Dokumentationsteil dieses Heftes) kann nur als Zustimmung zur Konzeption seines Vorgängers gewertet werden. In diesem Brief bekennt sich Erhard dazu, „die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nicht mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen", um dann festzustellen: die „Hauptursache der Spannungen in Europa" liege in der „künstlichen Teilung Deutschlands ... Dieser gefährliche Zustand kann nur beseitigt werden, wenn dem deutschen Volk endlich das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird ..." (Es soll hier nicht näher auf die anderen, durch die Regierungserklärung vom Oktober 1963 bekannten Leitgedanken eingegangen werden; es geht uns an dieser Stelle lediglich darum, die jüngste Position der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung und der deutschen Ostgrenzen zu umreißen.) Was Erhard ändern wollte, waren nicht die Ziele der uns seit 15 Jahren bekannten Politik — es waren die Methoden. Aber dieser beabsichtigte Methodenwechsel hatte aufhorchen lassen. Wir, die wir oft genug gesagt haben, daß es nicht nur um andere Methoden, sondern um die Neuorientierung und Neuformulierung deutscher Politik schlechthin geht, sahen und sehen in einem „neuen Stil", sollte er sich durchsetzen, durchaus Möglichkeiten und Ansätze für eine schrittweise Umorientierung der deutschen Außen- und Innenpolitik.

Immerhin war mit der Errichtung von Handelsmissionen in einigen Hauptstädten des Ostblocks ein Schritt getan worden, der es verdiente, beachtet zu werden. Die Tschechoslowakei antwortete, ohne dazu aufgefordert zu sein, mit einer ersten Öffnung ihrer Grenzen, zunächst nach Österreich und nunmehr auch zur Bundesrepublik. Etwa zu gleicher Zeit machte die DDR das Angebot einer Passierscheinregelung für die Weihnachtstage. Die Folge war, daß in der Bundesrepublik ein zähes Ringen zwischen den Befürwortern und Gegnern einer Passierscheinregelung einsetzte. Unterstützt von einer breiten öffentlichen Meinung konnten sich schließlich die Kreise um Brandt, Dehler, Mende, Schröder und Erhard gegenüber den Barzel, Guttenberg, Krone, Lemmer, Adenauer und Strauß

durchsetzen. Damit war neben der Errichtung von Handelsmissionen ein zweiter Schritt getan, der außerhalb der Bundesrepublik nur positive Resonanz fand und in beiden Teilen Deutschlands (besonders in Berlin) von der großen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt wurde. Ermuntert durch diese Entwicklung, machte die FDP den Vorschlag zur Bildung gesamtdeutscher „technischer Kommissionen", ein Gedanke, der auch im anderen Teil Deutschlands auf fruchtbaren Boden fiel. Ohne Zweifel waren das alles gute Ansätze, aus denen sich Zug um Zug, sozusagen durch eine Technik der kleinen Schritte in Richtung Logik und Vernunft, allmählich eine neue Politik hätte formen lassen.

Umso erstaunter war die deutsche und internationale Öffentlichkeit, bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen für eine Passierscheinregelung zu Ostern aus dem Munde Erhards zu hören: „Bis hierhin und nicht weiter!" Sollte mit diesen markigen Worten die „Politik der Bewegung" hier schon ihre Grenzen finden — ihr Spielraum schon abgesteckt sein? Wenig später erfuhr dann die Öffentlichkeit durch den Kanzler, daß es zu einer Wiederholung der Regelung von Weihnachten nicht kommen dürfe. „Die Zeit" vom 21. Februar 1964 kommentiert diese Kehrtwendung sehr treffend mit den Worten: „... Die Gesetze der politischen Logik schließen es aus, daß Weihnachten gut gewesen sein kann, was Ostern schlecht sein soll."

Was also ist für Erhard der Anlaß gewesen, nunmehr hinter der von ihm selbst gebilligten Weihnachtsregelung zurückzubleiben? Der Krebsgang wäre noch zu verstehen, wenn aus Washington, London oder Paris eine Art Aufforderung ergangen wäre, eine andere Position zu beziehen. Aber das genaue Gegenteil war und ist der Fall. Die Alliierten billigten im Dezember und billigen auch heute die Weihnachtsregelung. Sie sind, wie unzweifelhaft feststeht, auch an analogen Regelungen zu Ostern und Pfingsten interessiert. Schon in Texas hatte Präsident Johnson Erhard bedeutet, daß er deutsche Vorschläge und deutsche Schritte zur Entspannung erwarte. Die amerikanische Haltung gegenüber einer Passierscheinregelung zu Ostern findet unmißverständlich ihren Ausdruck in einer bemerkenswert offenen Rede des Bonner USA-Botschafters McGhee, die dieser wenige Stunden vor dem endgültigen Nein am 17. Februar vor der „Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik" in Bad Godesberg gehalten hat. Den Kern der Ausführungen McGhees entnehmen wir der „Saarbrücker Zeitung" vom 19. 2. 64, einem der wenigen Blätter, die über diese Rede berichtet haben: „Vor Mitgliedern des Bundeskabinetts, des Diplomatischen Korps und des Parlaments setzte sich der Botschafter, der zum engsten Mitarbeiterstab von USA-Präsident Johnson zählt, sehr temperamentvoll für dauernde anhaltende West-Ost-Kontakte ein, weil selbst die Lösung kleinerer Streitfragen den Boden für spätere größere Übereinstimmungen bereiten könne ... Keine Kontakte ermöglichen keine Lösung. Keine Lösungen versteiften die Situation und erhöhten die Kriegsgefahr ... Diese Folgerung zwinge den freien Westen jetzt, seine Beziehungen zur östlichen Welt von Grund neu zu überdenken ..."

Erhard empfing McGhee auch am gleichen Tage zu einem Gespräch unter vier Augen. Spätestens bei dieser Begegnung dürfte er davon unterrichtet worden sein, daß er bei seiner Kehrtwendung das amerikanische Placet nicht finde. Der britische „Observer" beurteilt die durch das Bonner Nein entstandene Situation weitgehend richtig, wenn er feststellt: „Unter dem Druck der Bonner Bundesregierung (wir fügen hinzu: die wiederum unter dem Druck des „Kartells der Unbelehrbaren" steht, d. V.) haben sich die Westberliner Behörden geweigert, für ein Osterabkommen mit den Ostdeutschen die gleichen Bedingungen zu akzeptieren, die sie für den Weihnachtsverkehr angenommen hatten. Dies ist sehr schade, und zwar aus humanitären wie aus politischen Gründen. Keine der Be-

dingungen des letzten Abkommens ging über das Maß an de facto-Beziehungen zu den ostdeutschen Behörden hinaus, das durch die Realitäten des heutigen Deutschland gerechtfertigt wird. Auch gehen die Bedingungen nicht weit über das hinaus, was es in Wirklichkeit auf anderen Gebieten, wie etwa in den Handelsverhandlungen, schon gibt. Insgesamt gesehen, ist die westdeutsche Entscheidung ein unmöglicher Schritt nach rückwärts."

•

Die Erkenntnis, daß erstens in Bonn die „Hartnäckigen" und „Uneinsichtigen" sich wieder durchzusetzen vermochten, denen schon die Weihnachtsregelung nicht paßte, weil sie in ihr Gefahren für ihren gesprächs- und entspannungsfeindlichen Kurs sahen, und daß zweitens eine Besserung des innerdeutschen Klimas nur dann möglich sein wird, wenn der Einfluß des Geistes der 50er Jahre zurückgedrängt wird, — diese Erkenntnis scheint uns für die Öffentlichkeit und gleichermaßen für alle verantwortlichen, konstruktiven Kräfte inner- und außerhalb der Parteien die wichtigste zu sein, die es aus dem Hin und Her der Passierscheindiskussion zu ziehen gilt. Von der Wirksamkeit derer, die eine „Politik der Bewegung", der innerdeutschen Entspannung und Annäherung wünschen, wird es entscheidend abhängen, ob die Verhandlungen, die zwischen dem Berliner Senat und der DDR-Regierung Anfang April wieder aufgenommen werden, erfolgreich verlaufen, und ob über eine Besuchsregelung hinaus der Weg zu weiteren innerdeutschen Gesprächen und Abmachungen offen bleibt. Wir glauben, die Mehrheit in unserem Land ist bereit, humanitäre und politische Regelungen zu befürworten, die für den einzelnen wie für die Allgemeinheit von Nutzen sind. Aber nur wenn sich dieser Wunsch der Öffentlichkeit in den nächsten Wochen genügend manifestiert, wird es möglich sein, die Bundesregierung zu einem Einlenken zu bewegen. Dies ist allerdings die Voraussetzung für ein Gelingen der Verhandlungen im April. (Vgl. dazu den Kommentar von Klaus Ehrler in diesem Heft.)

Viel dürfte in diesen Wochen auch davon abhängen, ob Willy Brandt mit seiner Mannschaft bereit ist, die Gunst der Stunde wahrzunehmen, ob der neue Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei den Mut und die Kraft findet, eine vernünftige und zeitgemäße Politik nicht nur zu erörtern, sondern auch durchzusetzen, ob er sich freimachen kann von dem hemmenden Einfluß Wehners und Erlers, und ob er sich schließlich über Fragen der Passierschein-Regelung hinaus all jenen Fragen zuwendet, denen die deutsche Politik nicht mehr länger ausweichen darf. Wir zweifeln nicht daran, daß die Öffentlichkeit eine in sich logische und zuendegedachte Politik des „Wandels durch Annäherung" gutheißen und mittragen wird. Denn wie in anderen Ländern, so empfindet man auch bei uns, daß die Entspannungspolitik der Großmächte die Sicherheit erhöht hat. Es ist daher nur logisch, wenn die deutsche Öffentlichkeit nunmehr auch erste Garantien für den Frieden und die Sicherheit in Deutschland erwartet. Nach Lage der Dinge sind dazu möglichst viele Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands notwendig.

Die jetzt in Gang gekommene Diskussion hat aber auch noch eine andere Seite. Sie wirkt hinein in den in diesem Jahr beginnenden Wahlkampf für die Bundestagswahl 1965. Alles was gegenwärtig diskutiert wird, sind letztlich Fragen unserer politischen Zukunft. Und nur wenn „das dumpfe Schweigen über unausgesprochene Probleme nicht ewig andauert" („Kölner Stadtanzeiger" v. 2. März 1964), nur wenn die Tabus der deutschen Politik offen angesprochen werden, könnte aus diesem Wahlkampf ein Bundestag hervorgehen, dessen Zusammensetzung eine Politik der Entspannung ermöglicht. Auf dieses Ziel hin den Wahlkampf zu führen, ist Aufgabe aller Parteien, besonders jener Männer in SPD und

FDP, die sich seit langem darüber im klaren sind, daß eine Verlängerung der „alten Politik" nur zu weiteren Rückschlägen führen kann (s. zum Thema Bundestagswahlen 1965: Prof. Dr. Harold Rasch, „Die Bundesrepublik und Osteuropa", S. 131 ff.).

Es wäre sicherlich falsch, aus der Kehrtwendung des Bundeskanzlers in der Passierscheinfrage resignierende Schlußfolgerungen zu ziehen. Trotz aller Beschwörungen derjenigen, die durch den Lauf der internationalen Entwicklung in Bedrängnis geraten sind, ist die Politik seit wenigstens einem Jahr auch bei uns in Bewegung gekommen. Diese Bewegung — das läßt sich prophezeien — kann erst zur Ruhe kommen, wenn wir dem Sicherheits-Bedürfnis unserer Nachbarn in West und Ost durch eigene Garantien für den innerdeutschen Frieden entsprochen haben. All das, was sich dem Beschauer in diesen Wochen und Monaten bietet: das Auf und Ab des Kräftespiels, das Vor und Zurück der Meinungen — erweist sich bei näherem Zusehen als Teil eines unumgänglich gewordenen Gärungsprozesses mit all seinen wechselnden Höhen und Tiefen. Was bei uns mit der zunehmenden öffentlichen Diskussion über eine Anpassung der deutschen Politik an die internationale Entwicklung im letzten Jahr in Gang gekommen ist und in Fragen des Moskauer Abkommens, der Hallstein-Doktrin und jüngst der Passierschein-Regelung zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hat — dies alles ist vergleichbar mit Wehen, die dem Durchbruch einer friedenserhaltenden Konzeption und damit der Abkehr von einer ganzen Tradition deutscher Außenpolitik notwendigerweise vorausgehen. So gesehen, stehen wir nicht nur am Wendepunkt einer 15jährigen Entwicklung, sondern auch am Wendepunkt einer mindestens 50jährigen deutschen Politik verfehlter Hoffnungen und selbstzerstörerischer Anmaßung. Die Chance der Neubesinnung, die uns 1945 gegeben war, haben wir — nicht allein durch unsere Schuld — im wesentlichen vertan. Jetzt stehen wir in einem Prozeß, der uns gleichermaßen durch die weltpolitische Entwicklung wie durch die innerdeutsche Friedlosigkeit aufgezwungen wird, uns aber die seinerzeit ungenutzte Chance erneut bietet.

Die längst überfällige Neuorientierung wird sich nicht im Selbstlauf und nicht von heute auf morgen vollziehen. Worum es jetzt geht, ist eine Politik der schrittweisen Korrekturen, die erste Hinwendungen zur Vernunft vollzieht, das Fundament für weitere Gespräche und Abmachungen legt und somit Konfliktsituationen künftighin ausschließt und das Leben in Deutschland erleichtert. Konflikte lassen sich heute nur noch durch Verhandlungen und Kompromisse lösen. — Politiker, die von Entspannung nichts hören wollen, wissen sehr wohl, daß auch bei uns die Menschen beginnen, nachdenklicher zu werden. In zunehmende Enge getrieben, sehen jene nur den Ausweg, sich enger zusammenzuschließen, um mit Hilfe einer Art Konzentration der restaurativen Kräfte den notwendigen Fortgang der Entspannung aufzuhalten. Es ist nicht zufällig, daß sich zur gleichen Stunde, in der die Befürworter einer Passierscheinregelung unter Druck gesetzt werden, der Ordinarius für politische Wissenschaften Prof. Golo Mann den Angriffen der Vertriebenenverbände ausgesetzt sieht, weil er in einem Vortrag in Rom (Auszüge des außenpolitischen Teils dieser Rede veröffentlichen wir in den Dokumenten dieses Heftes) die Oder-Neiße-Grenze eine gegebene Tatsache nannte. Und es verwundert kaum, daß zur gleichen Stunde, da CDU-Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag durch eine Anfrage gegen die „Äußerungen" von Golo Mann protestieren, eine andere Gruppe von CDU-Abgeordneten im Bundestag eine „kleine Anfrage" einbringt, derzufolge die Bundesregierung prüfen soll, ob es nicht an der Zeit sei, im In- und Ausland eine Aufklärungskampagne zur Rehabilitierung des Ex-Bundesministers Theodor Oberländer durchzuführen. Gerstenmaier fährt zu Franco, um „Europa neu zu beleben", Ernst Lem-

mer wird zum Minister des überflüssigen Vertriebenenministeriums erkoren, Wehner und Erler veranstalten in Bad Godesberg einen „Europa-Kongreß der Sozialdemokraten", um dort den französischen Politiker Jean Monnet ein Plädoyer für die „Bildung einer gemeinsamen Behörde für eine europäisch kontrollierte Atommacht" halten zu lassen. In dieses Bild paßt es, daß zur gleichen Stunde, in der sich die Theologen Prof. Heinrich Vogel, Präses Scharf und Bischof Kunst bei Erhard für eine Passierscheinregelung verwenden, Strauß in Vilshofen all diejenigen auffordert, das Land zu verlassen, „denen es hier nicht mehr paßt".

Der FDP-Abgeordnete Dr. Kohut hat die Öffentlichkeit zu Recht daran erinnert, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik nur dann geändert werden kann, wenn der Einfluß der „Abendländler in Bundesregierung und Parlament" weitgehend beseitigt wird (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 27. Februar 1964). Noch hat die Abrüstungs- und Entspannungspolitik nicht jenen Grad an Festigkeit erreicht, der nötig wäre, um allen Angriffen ihrer Gegner gewachsen zu sein. Die internationale Entwicklung allein ist nicht imstande, unsere Politik auf neue Bahnen zu führen; sie kann auf die Geschehnisse bei uns immer nur mittelbar einwirken. In der Bundesrepublik wird es deshalb des solidarischen Zusammenwirkens aller bedürfen, denen es mit Wiedervereinigung, Frieden, Demokratie und Freiheit ernst ist.

II.

Niemand erwartet, daß die Bundesrepublik ohne jeden Übergang aus den in 15 Jahren geschaffenen Tatsachen heraustritt. Der Umweg, den die Geschichte in diesen 15 Jahren gemacht hat, um zur Vernunft zurückzufinden, läßt sich mit einem Federstrich nicht ausräumen. Aber die Bundesrepublik muß endlich einen Anfang machen. Es gibt in der heutigen Welt neue Tatsachen, die nicht länger übersehen werden können und deren Mißachtung verhängnisvoll wäre.

Carl Friedrich v. Weizsäcker hat in seiner vielbeachteten Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels gesagt: „Der Weltfriede ist notwendig, denn die Welt der vorhersehbaren Zukunft ist eine wissenschaftlich-technische Welt." Diesem Satz liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die waffentechnische Entwicklung militärische Lösungen nicht mehr gestattet. Adenauers Konzeption ging umgekehrt davon aus, den Westen zu militärischen Mammutleistungen zu bringen, um die in den 40er Jahren geschaffenen Tatsachen Schritt um Schritt rückgängig zu machen. Sebastian Haffner schrieb über diese Konzeption, von der die bundesdeutsche Politik bis in die heutigen Tage hinein geprägt ist: „Das alles ... hat eine gemeinsame Wurzel: Adenauers berühmte alte Fehlspekulation auf einen dritten Weltkrieg zwischen West und Ost. Wenn wirklich der dritte Weltkrieg bevorstünde — und überlebt werden könnte —, dann würde nämlich alles plötzlich stimmen: Es wäre dann logisch, die DDR als nichtvorhanden zu behandeln, die Russen nach Kräften zu reizen, die Amerikaner zur Härte aufzustacheln, auf Kosten jeder langfristigen Friedensplanung zu rüsten, die Geheimdienste wichtiger zu nehmen als die Demokratie, ja sogar die Nazis wieder zu beschäftigen: die hätten ja dann sozusagen nachträglich recht behalten" (vgl. „Stern" Nr. 7 v. 16. Februar 1964).

Mit der Fähigkeit beider Großmächte, sich gegenseitig selbst zu vernichten, hat diese Konzeption ihr unwiderrufliches Ende gefunden. Heute gilt das Wort von Karl Jaspers: Frieden ist die beste Freiheitspolitik! Diesem Gedanken können wir unsererseits nur hinzufügen: Frieden ist auch die beste Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik. Frieden ist auch die beste Innenpolitik.

Die Hindernisse, die einer deutschen Friedenspolitik im Wege stehen und in den Zeiten des Kalten Krieges geschaffen wurden, gilt es beiseite zu räumen. Das

ist der Anfang, der heute gemacht werden muß. Die deutsche Politik muß sich frei machen von den hemmenden Positionen, die nur im Rahmen der Adenauerschen Konzeption einen Sinn hatten, aber heute den Weg zu einer elastischen Entspannungspolitik verstellen und deshalb auch in den Mittelpunkt wachsender Auseinandersetzungen rücken.

Eines der Haupthindernisse besteht darin, daß die Bundesregierung bis heute keine eigenen Vorschläge für einen deutschen Beitrag zur „Strategie des Friedens", also für eine realisierbare Deutschland-Politik, ausgearbeitet hat, obwohl beim USA-Besuch des Bundeskanzlers vereinbart worden war, daß Bonn die Initiative ergreifen soll. Der Entspannungsbeitrag der Deutschen besteht, so schwierig das ist, in einem Abbau der Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten — und in einem Beitrag zur Abrüstung. Denn nur aus Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen, die sich im deutschen Raum vollziehen, ergeben sich reale Möglichkeiten zur Wiederannäherung und späteren Wiedervereinigung Deutschlands. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist nicht nur vom deutschen Interesse her notwendig. Auch für die Großmächte wird ein Minimum an Entspannung in Deutschland zu einer immer zentraleren Frage. Denn ohne einen garantierten Friedenszustand in Deutschland wird es für die Großmächte schwierig, wenn nicht gar unmöglich, weitere Übereinkommen in Richtung Abrüstung zu treffen. In einer Welt, für die ein Krieg ausgeschlossen ist, kann eine zentraleuropäische Macht es sich nicht länger leisten, einen eigenen Beitrag zur Beseitigung von Krisenherden und Gefahrenmomenten zu verweigern.

Als weiteres Hindernis für eine zeitgemäße Politik erweist sich immer aufs neue die Hallstein-Doktrin. Diese ominöse Doktrin wird nun auch dazu herangezogen, eine Passierscheinregelung für Ostern auf der Basis von Weihnachten zu blockieren, weil, wie es heißt, in der Welt sonst der Eindruck entstehen könnte, die Bundesregierung selbst leiste der „Drei-Staaten-Theorie" Vorschub. Obwohl es in Bonn wohl kaum jemanden gibt, der dieser Doktrin nicht zunehmende Sterilität nachsagt, versucht man, mit ihrer Hilfe jeden Gedanken an eine atomwaffenfreie Zone hinwegzudiskutieren. Eine atomwaffenfreie Zone, so sagt man, würde die „Anerkenntnis der Zone einschließen" und damit die Spaltung Deutschlands vertiefen. Die Verfechter einer solch fragwürdigen Argumentation stellen sich offenbar gar nicht die Frage, ob die bestehende deutsche Spaltung in einem atomwaffenfreien deutschen und mitteleuropäischen Raum nicht viel eher überwindbar sein würde als in einem konventionell oder womöglich atomar gerüsteten Deutschland.

Albrecht v. Kessel stellt fest: „Zur Erreichung der drei lebenswichtigen Ziele jeder deutschen Außenpolitik, die Erhaltung des Friedens, die Überwindung der deutschen Teilung und die Einigung Europas im Rahmen des westlichen Bündnisses, hat sie (gemeint ist die Hallstein-Doktrin, d. V.) wohl kaum beigetragen." (Vgl. „Die Welt" v. 26. 2. 64). Es läßt sich wohl schon heute prophezeien, daß diese Doktrin uns mehr und mehr selbst isolieren wird. Das Schicksal der Regierung Tschiang-kai-schek in Taipeh, mit der sich die Bundesregierung immer verbunden gefühlt hat und die sich nunmehr von einer Großmacht des Westens hat trennen müssen, sollte uns Warnung genug sein.

Neuerdings wird die Hallstein-Doktrin auch auf die Oder-Neiße-Grenze angewandt. Eine Anerkennung dieser Grenze, die ja ohnehin unvereinbar ist mit dem Programm der „Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937", käme, so heißt es, schon deshalb nicht in Frage, weil damit zugleich die Ostgrenze der DDR anerkannt würde, was notwendigerweise ein Stück Anerkenntnis der DDR selbst beinhalte. Mit juristischen Spitzfindigkeiten dieser Art hofft

man offenbar, sich den Weg für den „deutschen Rechtsanspruch" nicht zu verbauen und zugleich Polen für Einkreisungsmanöver gegenüber der DDR interessieren zu können. Wir können in der Frage der Oder-Neiße-Grenze nur das unterstreichen, was Dr. Immanuel Geiss in den „Deutsch-Polnischen Heften" Nr. 12/1963 zu diesem Thema gesagt hat:

„... Gewaltverzicht und Revisionsanspruch sind logisch und praktisch unvereinbar, wir müssen uns für das eine oder für das andere entscheiden. Der Gewaltverzicht zieht notwendig die Anerkennung nach sich, die Aufrechterhaltung des Revisionsanspruches notwendig die Gewaltanwendung, früher oder später."

Als geradezu entscheidendes Hindernis für die Neugestaltung deutscher Politik erweist sich die immer wieder erhobene Forderung nach Beteiligung an der multilateralen Atommacht (vgl. dazu den Aufsatz von Horst Heiden in diesem Heft). Es ist bezeichnend genug, daß außer der Bundesrepublik kein anderer europäischer Staat ernsthaftes Interesse an diesem Projekt zeigt. Eine multilaterale Atommacht, deren militärischer Wert nach übereinstimmender Auffassung gleich Null ist und die die Bundesrepublik mindestens acht Milliarden kosten soll, würde, wenn nicht unmittelbar, dann doch mittelbar die Zahl der Atommächte vermehren. Es steht außer Frage, daß die Bundesrepublik damit in den Vorhof der atomaren Rüstung eintreten würde, wodurch mit Sicherheit das weltpolitische Klima empfindlich gestört, die deutsche Verhandlungsposition gegenüber den Staaten des Ostens verschlechtert und die Wiederannäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands in weite Ferne gerückt würde. — Die Bundesrepublik ist mit ihren 420 000 Soldaten schon heute die stärkste konventionelle Militärmacht in Westeuropa. Unsere Bundeswehr ist mit Geräten ausgerüstet, die Kernwaffen tragen können. Die Sprengköpfe für diese Trägerwaffen befinden sich zwar in amerikanischer Hand, aber auch hier könnten sich (und hierauf arbeitet die gegenwärtige Bonner Konzeption in ihrem Kern hin) jederzeit neue Konstellationen ergeben. Nichts vermag daher unsere Befürchtungen zu zerstreuen, daß die Bundesrepublik, würde sie an einer multilateralen Atommacht beteiligt sein, dann erst recht darauf hinarbeitete, echte Atommacht zu werden. Bei den Bemühungen Bonns, atomar ins Spiel zu kommen, kann auch nicht übersehen werden, daß die Bundesregierung mit einigem Erfolg versucht, Differenzen zwischen Paris und Washington auszunutzen mit dem doppelten Ziel, den Westen auf eine Politik der Härte zurückzuführen und zugleich näher an den atomaren Hebel heranzukommen.

Eine Bundesregierung, die sich auf die Wirklichkeit der Gegenwart besinnt, müßte der Welt heute als erstes ein Zeichen deutschen Entspannungs- und Abrüstungswillens geben. Nach Lage der Dinge könnte sie nichts besseres tun, als von dem Projekt der multilateralen Atommacht abzurücken. Damit würde sie zugleich ein Zeichen für ihre Bereitschaft geben, Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen in Mitteleuropa und in Deutschland nicht länger zu blockieren. Eine entsprechende bundesdeutsche Offerte, etwa an die Genfer Abrüstungskonferenz, könnte den dortigen Bemühungen neuen Auftrieb verleihen und den sowohl von den USA wie von der Sowjetunion angestrebten Vertrag über eine Nichtweitergabe von Kernwaffen an dritte Länder der Realisierung näher bringen. Mit einer atomaren Verzichterklärung würde auch jene Vertrauensgrundlage geschaffen, die für die Verbesserung unserer Beziehungen zum Osten und für das innerdeutsche Klima so nowendig ist.

*

Eine ernsthaft auf Entspannung und Wiedervereinigung gerichtete Politik wäre zugleich für die innere Entwicklung unseres Staates in jeder Beziehung

vorteilhaft. Sie würde unsere junge Demokratie freimachen von allen obrigkeitsstaatlichen Tendenzen und dem weitgehend erloschenen parlamentarischen Leben neue Impulse verleihen. Sie würde die Mittel freimachen für unsere Forschungs- und Bildungsbemühungen, für die Sanierung unseres Gesundheitswesens sowie für alle anderen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben unseres Staates. Was für ein modernes Exportland, das auf der Höhe der Zeit bleiben will, notwendig ist, könnten wir ohne Schwierigkeiten aufbringen. Mit einem auf friedlichen Leistungswettbewerb gerichteten Kurs wäre unsere Stabilität insgesamt anzuheben. Und vor allem: unserer Jugend wäre ein positives Ziel gegeben.

(Abgeschlossen am 3. März.)

Horst Heiden

Zur Charakteristik einer multilateralen Atomstreitmacht

Das innere Zerwürfnis der NATO hat — neben einer Reihe eklatanter außenpolitischer Gegensätze — eine sehr wichtige strategische Komponente. Der Streit der Atlantikpaktstaaten über die Militärpolitik des Bündnisses hat dazu geführt, daß die NATO seit geraumer Zeit ohne eine für alle Mitgliedsländer verbindliche strategische Konzeption ist. Es gelang weder der NATO-Ratstagung in Ottawa im Mai 1963 noch der Dezembertagung des Ministerrats in Paris, die längst fällige NATO-Direktive MC 100/1 zu verabschieden. Formell müßte sich das Bündnis im Falle eines Krieges auf die MC-70-Direktive aus dem Jahre 1956 stützen. Über den Anachronismus dieser Richtlinie aber bestehen innerhalb des Paktes ebensowenig Meinungsverschiedenheiten wie darüber, daß sich im Ernstfall keiner der Staaten an diese noch auf der Doktrin von der massiven Vergeltung basierende Direktive gebunden fühlt. Man wird zugeben müssen, daß dieser Zustand sehr stark mit der immer wieder beschworenen „Bedrohung aus dem Osten" kontrastiert. In Wahrheit geht die Auseinandersetzung um die neue strategische Konzeption der NATO ja auch nicht so sehr um die Erarbeitung einer wirkungsvollen Defensivtaktik gegen etwaige Aggressionen, sondern weit mehr um eine neue machtpolitische Struktur innerhalb der NATO.

Die Initiative zu dieser seit Jahren geführten, von einer Lösung immer weiter entfernt erscheinenden Diskussion ist nicht von den Vereinigten Staaten ausgegangen. Im Gegenteil: die Regierung in Washington hat sehr widerstrebend davon Kenntnis genommen, daß einige Paktstaaten große Anstrengungen unternehmen, um der politisch ausgeübten, aber militärisch begründeten Vorherrschaft der USA in der NATO zu entrinnen. In den fünfziger Jahren hat der Hinweis auf das gewaltige atomare Potential der Vereinigten Staaten genügt, um Großbritannien, Frankreich und die Deutsche Bundesrepublik von der Notwendigkeit „freiwilliger" politischer Unterordnung zu überzeugen — das aber hat sich spätestens mit dem Beginn der sechziger Jahre geändert. Vor dem Hintergrund einer kraftvollen wirtschaftlichen Genesung und späteren Expansion Westeuropas ist — unter dem Druck und mit Unterstützung der USA — auch das militärische Potential Englands, Frankreichs und vor allem das der Bundesrepublik in eine Größen-

ordnung hineingewachsen, die das latent ohnehin vorhandene Streben nach eigener machtpolitischer Geltung wieder an die Oberfläche treten ließ. Nicht minder typisch als die mit dem Namen de Gaulle verwobene rigorose französische Machtpolitik ist für diesen Prozeß der Anspruch Bonns auf eine führende Position in Kontinentaleuropa. Die waffentechnische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die herrschende politische Ideologie in diesen Staaten — auch hier unter dem bestimmenden Einfluß der amerikanischen Lehrmeinung — die Inkarnation der eigenen machtpolitischen Stärke in dem Besitz und der Verfügungsgewalt über Atomwaffen sah und sieht. So sehen sich die USA heute vor die eminent schwierige Aufgabe gestellt, die Folgen ihrer früheren Europapolitik bekämpfen und ihre atomare Hegemonie innerhalb des Westens gegen den Zugriff ihrer Verbündeten verteidigen zu müssen. Sie tun das sowohl aus der Sorge um den Bestand ihrer Führerrolle im westlichen Bündnis als gewiß auch aus der Einsicht heraus, daß das Entstehen nationaler Atommächte innerhalb der NATO den Frieden außerordentlich gefährden und damit auch das Sicherheitsrisiko für die Vereinigten Staaten selbst unerträglich verschärfen würde. Bei der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma ist — Schritt für Schritt — der Plan einer multilateralen Atommacht der NATO entstanden. Er ist das am heißesten umstrittene militärische Projekt der letzten Jahre, das nicht allein Gegenstand einer heftigen strategischen Fehde innerhalb der NATO wurde, sondern auch die angebahnte Entspannung zwischen West und Ost ernstlich belastet.

Die Frage, was eigentlich unter dem Plan einer multilateralen Atomstreitmacht zu verstehen sei, kann nicht ohne einen Rückblick auf seine sehr verworrene Entstehungsgeschichte beantwortet werden.

Eine Kette wichtiger politischer und militärischer Ereignisse gab Ende der fünfziger Jahre den unmittelbaren Anstoß für Überlegungen in Richtung auf eine scheinbar kollektive Atommacht: Großbritannien war mit dem Aufbau nuklear bewaffneter Kampftruppen soweit fortgeschritten, daß es im Sinne des amerikanischen MacMahon-Gesetzes „atomarer Partner" der USA wurde und damit wissenschaftliche und technische Hilfe bei der Produktion von Atomwaffen erhielt. De Gaulle stürzte die Vierte Republik und proklamierte den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht für Frankreich, die das Land befähigen sollte, sich von fremder Bevormundung zu lösen und „die ihm zukommende Rolle" in der Weltpolitik zu spielen. Die Amerikaner begannen damit, atomare Mittelstreckenraketen auf europäischem Gebiet zu stationieren und die NATO-Landstreitkräfte im Mittelabschnitt mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Ihre Bedingung, daß sich die nuklearen Gefechtsköpfe ausschließlich unter amerikanischer Kontrolle zu befinden haben, provozierte den Widerstand der betroffenen Regierungen, die darin eine Einschränkung ihrer nationalen Kompetenzen sahen. So war es kein Zufall, daß der damalige NATO-Oberbefehlshaber für Europa, Lauris Norstad, in dessen Pariser Hauptquartier die Diskussionen über ein Mitspracherecht der Europäer in atomaren Fragen am heftigsten geführt wurden, als erster mit einem Vorschlag multinationaler Art hervortrat. In einer Rede in der kalifornischen Universitätsstadt Pasadena empfahl Norstad bereits am 6. Dezember 1959 die Unterstellung aller bereits vorhandenen sowie der künftigen europäischen A-Waffen unter das Kommando von SHAPE, also die Schaffung eines europäischen Atompools, das dem nuklearen Potential der Amerikaner beigeordnet werden solle. Knapp ein Jahr später, am 12. Oktober 1960, sprach Norstad in Coventry von der Notwendigkeit, die NATO zum Zwecke ihrer Aufwertung zur 4. Nuklearmacht der Welt zu machen (Frankreich wurde damals noch nicht mitgezählt). Christian Herter, Außenminister der USA, würzte diesen Vorschlag mit dem Versprechen, die Vereinigten Staaten wollten der Allianz eine Flotte von

U-Booten mit Polaris-Raketen überlassen, wobei die U-Boote eine gemischte Besatzung haben sollten.

Damit war eines der wesentlichen Merkmale der multilateralen Streitmacht — die Truppe gemischter Nationalität — in die Diskussion gebracht. Im umgekehrten Verhältnis zu der — mit Ausnahme Bonns — kühlen Reaktion der angesprochenen europäischen Staaten begannen die Amerikaner jetzt mit geradezu hektischer Betriebsamkeit immer neue Vorschläge, einander widersprechende Interpretationen und technische Änderungen zu publizieren. Die Kennedy-Administration nahm nach anfänglichem Zögern den Plan Herters auf und stellte eine seegebundene Nuklearstreitmacht in Aussicht, „die in bezug auf Eigentum und Kontrolle wahrhaft multilateral" sein würde. Weil man aber selbst nicht in der Lage war, ein die Franzosen, Briten und die Deutschen zufriedenstellendes Kontrollsystem vorzuschlagen — das alleinige Verfügungsrecht der USA sollte ja unter allen Umständen gewahrt bleiben — schaltete Kennedy auf eine vorrangige Verstärkung der konventionellen Rüstung der europäischen Staaten um, erklärte sie zur Voraussetzung einer Weitergabe von Atomwaffen an die NATO und forderte die Verbündeten schließlich auf, eigene Vorschläge für ein funktionierendes Kontrollsystem zu unterbreiten. Als daraufhin aus Bonn die Hoffnung laut wurde, das amerikanische Veto bei der Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen könne in absehbarer Zeit durch einen Mehrheitsentscheid ersetzt werden, war die amerikanische Reaktion ebenso prompt wie verwirrend. Der stellvertretende Außenminister George Ball erklärte im Auftrag seines Präsidenten Kennedy, daß die USA „einen europäischen nuklearen Beitrag für die NATO als militärisch überflüssig betrachten". Erstaunte Rückfragen über die Ernsthaftigkeit der bisherigen Vorschläge führten dann zu der beschwichtigenden amerikanischen Erklärung: „Sollten es die anderen NATO-Staaten wünschen, wären wir bereit, ernsthaft zu erwägen, wie eine wahrhaft multilaterale Abschreckungsstreitmacht . . . zu schaffen wäre." Das war im November 1962. Bereits einen Monat später schienen die „Erwägungen" zu einem konkreten Resultat geführt zu haben: Kennedy und Macmillan vereinbarten im Abkommen von Nassau die Schaffung gleich zweier kollektiver Atomstreitmächte, wovon die eine — zur Steigerung der allgemeinen Verwirrung — multinational, die andere multilateral genannt wurde: Erstere soll bestehen aus den drei amerikanischen Polaris-U-Booten, die als Ersatz für die aufgelassenen Raketenstützpunkte in der Türkei und Italien im Mittelmeer operieren, den etwa 200 britischen V-Bombern und — so hoffte man — aus zwei französischen Jagdbomber-Verbänden, die mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet sind. De Gaulle verweigerte die Zustimmung, obwohl die Kommandostruktur der multinationalen Streitmacht ohnehin einräumt, daß die nationalen Verbände jederzeit wieder desintegriert und dem nationalen Befehl unterstellt werden können. Der zweite, multilaterale Verband soll dadurch zustande kommen, daß die bislang nichtnuklearen NATO-Staaten von den Amerikanern Polaris-Schiffe ankaufen, die sie gemischt bemannen und die der nationalen Kontrolle entzogen sind.

In der Folgezeit sind besonders hinsichtlich dieser multilateralen Polarisflotte von amerikanischer Seite immer wieder Korrekturen angebracht worden. Obwohl von Anfang an kein Zweifel darüber bestand, daß die Polaris-Träger atomgetriebene Unterseeboote amerikanischer Produktion sein sollten, vertrat die Kennedy-Administration plötzlich die Auffassung, daß sich Überwasserschiffe besser für diese Aufgabe eignen würden. Hinweisen über die extreme Verwundbarkeit von Atom-Frachtern begegnete sie mit militärisch schlechterdings unernsten Gegenargumenten: etwa dem, daß die Suche nach dem 1961 gekaperten portugiesischen

Schiff „Santa Maria" ja auch einige Tage gedauert habe. Was eigentlich hinter dieser merkwürdigen Taktik steckte, machte die zur selben Zeit gestartete Mission Livingstone Merchants, Kennedys Unterhändler in Sachen multilaterale Atommacht, deutlich: In Rom und vor allem in Bonn warb Merchant für die Überwasserschiffe, weil sich damit das multilaterale Projekt schneller verwirklichen lasse. Und eben darauf kam es den Amerikanern an. Hatten sie doch konkrete Anhaltspunkte für die Befürchtung, daß die über die ständigen Verzögerungen verärgerte Bundesregierung versuchen würde, sich unmittelbar am Aufbau der französischen Atommacht zu beteiligen, um auf diesem Wege selbst Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erlangen. Der zu dieser Zeit unterzeichnete deutsch-französische Freundschaftsvertrag sieht ja die militärische Zusammenarbeit ausdrücklich vor. Jedoch Merchants Mission war im wesentlichen erfolglos, hatte er doch strikte Anweisung, die am heißesten ersehnte Konzession, nämlich die Delegierung der atomaren Verfügungsgewalt an die Europäer, zu verweigern. Synchron mit den Absichten der amerikanischen Regierung machte das die „New York Times" am 27. Februar 1963 deutlich, als sie schrieb:

> „Die amerikanischen Vertreter werden unter anderem auch klarmachen, daß es in jeder Atommacht, die von der NATO aufgezogen werden sollte, nur einen Finger am Abzug geben wird, und zwar den Finger des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika."

Das ist im Prinzip auch heute der Standpunkt der amerikanischen Regierung in dieser Frage. Selbst überzeugt von der militärischen Sinnlosigkeit dieses Planes, hofft man doch noch — aus Mangel an anderen, geeigneteren Vorstellungen — die europäischen Verbündeten zu einer Beteiligung überreden und sie so vom Aufbau wirksamer separater Atomstreitkräfte abhalten zu können. Jüngste Erklärungen aus London und die unmißverständliche Bekräftigung des atomaren Strebens der gaullistischen Regierung lassen jedoch keinen Zweifel daran zu, daß zumindest im Hinblick auf diese beiden Staaten der Plan gescheitert ist. Und fast hat es den Anschein, als ob man sich in Washington mit dieser unvermeidlichen Entwicklung abzufinden bereit wäre, gegen die ja auch von östlicher Seite nur vergleichsweise geringfügige Einwände erhoben werden. Dagegen kristallisiert sich als eigentlicher Kern der gesamten multilateralen Problematik die Frage heraus, wie dem atomaren Streben der Bundesrepublik Deutschland am wirksamsten zu begegnen sei.

Welche große aktuelle Bedeutung diesem Problem zukommt, zeigt der Verlauf der Genfer Abrüstungskonferenz. Ein ansonsten unterzeichnungsreifer Vertrag über das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen droht an dem Beharren der Amerikaner auf dem multilateralen Konzept zu scheitern: der Osten bestreitet energisch, daß eine NATO-Atommacht die Bundesregierung von der Verfügungsgewalt über Kernwaffen fernhalten könne, ja er sieht in ihrem Aufbau eine entscheidende Unterstützung des Bonner atomaren Machtstrebens. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß der Osten mit dieser Befürchtung der Wahrheit weit näher kommt als die amerikanische Regierung, deren subjektiv gewiß ehrliche Hoffnung, Bonn möge sich mit einem formellen Mitspracherecht in der nuklearen Strategie begnügen, einer realistischen Fundierung entbehrt.

Gegen den frommen Wunsch der USA spricht in erster Linie die Kostenplanung für die multilaterale Atomflotte. In ihrer einfachsten Form — 200 Polarisraketen auf Überwasserschiffen stationiert — betrüge der Preis rund 20 Milliarden DM. Die Amerikaner haben sich zur Übernahme von 40 Prozent der Gesamtkosten bereit erklärt, in den Rest von 12 Milliarden DM sollen sich die europäischen

Beteiligten teilen. Nun haben aber sowohl Italien, als auch Belgien und die Niederlande durchblicken lassen, daß sie unter Umständen bereit wären, ein Kontingent für die gemischten Besatzungen zu stellen, darüber hinaus jedoch keinerlei finanzielle Belastungen tragen wollen. Die „Kostenteilung" liefe also darauf hinaus, daß die Bundesrepublik den europäischen Anteil allein zu tragen hätte. Da Washington und Bonn gleichermaßen auf eine schnelle Realisierung des Projekts drängen, würde das eine unerhörte Mehrbelastung des bundesdeutschen Etats bedeuten. Bezeichnenderweise hat sich Bonn von diesen finanziellen Anforderungen nicht schrecken lassen, im Gegenteil: es erklärte umgehend seine Zahlungsbereitschaft, wobei es ganz offensichtlich darauf spekulierte, daß mit der Höhe der Kostenbeteiligung auch der Anspruch auf ein tatsächliches Mitspracherecht bei der Zielplanung und beim Einsatz der Polarisraketen wachse. Bereits am 9. März 1963 wußte die „New York Times" zu berichten, daß auch nach amerikanischer Auffassung der Einfluß bei der Bemannung und bei der Operationskontrolle im Verhältnis zum finanziellen Beitrag stehen werde.

Diese Konsequenzen der Kostenplanung widerlegen auch ein anderes Argument, das von den amerikanischen Initiatoren des multilateralen Projekts ins Feld geführt wird: sie sagen, daß die Beteiligung anderer europäischer Staaten an der Atomflotte eine Garantie für die wirksame Kontrolle der bundesdeutschen Aktivität sei. Nun trifft es zwar durchaus zu, daß Italien, Belgien und die Niederlande nur darum eine Beteiligung erwägen, um „ein Auge auf Deutschland zu behalten" (Kissinger), sie werden aber die Mittel nicht aufbringen wollen oder können, um sich eine Kontrollposition von nennenswerter Wirksamkeit zu erkaufen; ihnen bliebe — nach einem sarkastischen Wort des französischen Generals Pierre M. Gallois — die Funktion des Küchenpersonals auf den Atomschiffen. Die Bundesrepublik würde das führende europäische Mitglied in einer multilateralen Atommacht. Die Gefahren einer solchen Politik skizzierte der durch seine strategischen Studien bekannt gewordene Harvard-Professor Henry A. Kissinger, dem weder eine Abneigung gegen atomare Strategie noch eine Gegnerschaft zur Bundesregierung nachgesagt werden kann, folgendermaßen:

> „Die Bemühung, Frankreich zu isolieren, indem ein nuklear-strategisches Gefüge aufgezogen wird, in dessen Rahmen Westdeutschland die Schlüsselstellung innehaben müßte, könnte in Wirklichkeit die Festigkeit des europäischen Zusammenhalts und der atlantischen Solidarität einer Zerreißprobe aussetzen und auch die innere Stabilität Westdeutschlands erschüttern. Niemand könnte ein Interesse daran haben — und am wenigsten die Bundesrepublik selbst —, Ereignisse in Bewegung zu setzen, die fast sicher zum allgemeinen Verdacht und Mißtrauen bezüglich der atomaren Rolle Westdeutschlands führen müßten ... Ein geteiltes Land, das innerhalb von 50 Jahren zwei große Kriege verloren, drei Revolutionen hat über sich ergehen lassen müssen, zwei Inflationsperioden und das Trauma der Nazizeit erlebt hat, sollte — in seinem eigenen Interesse — nicht in eine Lage gebracht werden, wo es nicht nur einem verstärkten Druck der Sowjets ausgesetzt sein, sondern auch zum Zünglein an der Waage der atlantischen Politik werden würde. Wir ermuntern Entwicklungen, die wir wahrscheinlich später bedauern werden."

Diese innere Kritik an der amerikanischen Militärpolitik gegenüber Westeuropa bestätigt — obgleich sie von einer völlig anderen Interessenlage ausgeht — die Auffassungen jener Kreise und Staaten, die in der atomaren Aufwertung der Bundesrepublik im Rahmen einer multilateralen Atomstreitmacht eine unerträgliche Gefährdung der allgemeinen Sicherheit sehen und sie darum bekämpfen. Und Kissinger gibt an anderer Stelle auch zu, daß mit der Beteiligung

Bonns an der Atomflotte ja auch keineswegs garantiert sei, die Bundesregierung werde nun auf den Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht, etwa auf den Ankauf französischer Sprengköpfe und A-Waffen-Träger, automatisch verzichten. Er schreibt:

> „Es wird oft gesagt, diese Streitkraft wäre eine Möglichkeit, die Frage der Kernwaffen in deutschen Händen zu vermeiden. Das Gegenteil davon ist wahrscheinlich. Die multilaterale Streitmacht, wie sie jetzt aufgefaßt wird, könnte durchaus jedes seiner Mitglieder enttäuschen. Wenn die Bundesrepublik ernsthaft daran denkt, strategische Waffen zu erlangen, wird ihr die multilaterale Streitmacht bald nur als eine Zwischenphase erscheinen, die lediglich der bequemste Weg sein könnte, um Deutschland ins ernsthafte Kernwaffengeschäft zu bringen."

In der vielbeachteten britisch-französisch-deutschen Untersuchung der Rüstungspolitik in Europa, die hierzulande von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unter dem Titel „Eine Strategie für Europa" publiziert wurde, wird dazu ebenfalls festgestellt:

> „Die Möglichkeit, daß irgendwann in der Zukunft eine deutsche Regierung darauf dringen könnte, daß Großbritannien oder Frankreich der Bundesrepublik nukleare Gefechtsköpfe liefere, kann natürlich nicht ausgeschlossen werden; auch würde dies den bestehenden internationalen Vertragsverpflichtungen nicht zuwiderlaufen."

Es ließen sich noch eine große Zahl weiterer ernstzunehmender westlicher Untersuchungen zitieren, die den Nachweis führen, daß das multilaterale Atomprojekt seine aus amerikanischer Sicht wichtigste Aufgabe, die Bundesrepublik von einer Verfügungsgewalt über Kernwaffen und dem Besitz eigener Atomsprengköpfe fernzuhalten, gar nicht erfüllen kann. Damit ist dieser Plan zu einem grotesken Monstrum geworden, das keinen Ausweg aus dem inneren Dilemma der NATO weist und überdies die hoffnungsvollen Ansätze internationaler Abrüstungsvereinbarungen schwer belastet.

Die ärgste Hypothek aber legt dieser Plan auf die deutsche Politik. Käme es zu einer irgendwie gearteten Ausführung dieses Vorhabens, dann würde sich die erneute Verschärfung der Spannungen zwischen West und Ost erdrückend auf die deutsche Situation konzentrieren. Die noch verbliebenen Chancen für eine vernünftige Lösung unserer nationalen Frage wären dann mutwillig vertan. Niemand, auch Bonn nicht, kann daran zweifeln, daß die Sowjetunion und die ihr verbündeten Staaten niemals eine Atommacht Bundesrepublik akzeptieren werden. Die Gefahr einer Aggression jenes deutschen Teilstaates, der als einziger in Mitteleuropa territoriale Forderungen an seine östlichen Nachbarn stellt, würde in ihrer Einschätzung dann in unmittelbare Nähe gerückt sein. Man sollte nicht vergessen, daß Moskau mit dem Konflikt mit Peking einen hohen Preis für die Durchsetzung des Grundsatzes bezahlt hat, die Weitergabe von Atomwaffen auch an die eigenen Verbündeten unter allen Umständen zu verhindern. Es wird den Bruch dieses Prinzips seitens der USA und zugunsten der Bundesrepublik nicht widerstandslos hinnehmen. Ohne über den Charakter der sowjetischen Gegenmaßnahmen im einzelnen spekulieren zu wollen, steht heute jedenfalls fest, daß dann jede Basis für eine friedliche Lösung der deutschen Frage zerstört wäre; zerstört von einer Bundesregierung, die — versehen mit zahllosen Warnungen und in Kenntnis der Gefahr — im Interesse des eigenen machtpolitischen Konzepts auf ein atomares Potential nicht glaubte verzichten zu können. Keine deutsche Regierung darf diese Schuld auf sich laden. Dafür zu sorgen,

ist heute eine der vordringlichsten Aufgaben aller deutschen Bürger. Die in der gegenwärtigen Situation am aussichtsreichsten erscheinende Alternative liegt nach wie vor in Richtung eines militärischen Disengagement beider deutscher Staaten, in erster Linie aber in ihrem vertraglich fixierten Verzicht auf Kernwaffen. Zu einem solchen befreienden Schritt liegt nicht allein die Zustimmung der östlichen Seite vor, er findet auch in wachsendem Maße das Verständnis der westeuropäischen, zunehmend sozialistisch beeinflußten Regierungen. Und schließlich liegt hier auch für die Administration in Washington die reelle Chance, die extremsten Spannungen in der NATO zu überwinden, ohne die eigene Sicherheit in unverantwortlicher Weise aufs Spiel zu setzen.

Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Halle/Saale

Wie soll es weitergehen in Deutschland?

Seit dem Berliner Passierschein-Abkommen vom Dezember 1963 ist die Diskussion um eine Politik der innerdeutschen Verständigung oder doch Annäherung in ein neues, realeres Stadium gerückt, hat dieses Abkommen doch erwiesen, daß es Möglichkeiten für Übereinkünfte gibt. Mag es nun, in welcher Form auch immer, zu einer Erneuerung der Berliner Vereinbarung kommen oder nicht: Niemand wird fortan mehr behaupten können, es sei sinn- und aussichtslos, mit der anderen Seite zu verhandeln. Daß es vielmehr auf die Dauer unerläßlich ist, weiß heute in der Bundesrepublik schon jeder unvoreingenommen denkende Mensch. Es scheint uns daher aktuell und folgerichtig, einen Vertreter dieser anderen Seite in unserer Zeitschrift zu Wort kommen zu lassen und seine Gedanken zur Diskussion zu stellen. Prof. Reintanz ist führendes Mitglied der Ost-CDU. D. Red.

Das kritische Überprüfen alter Thesen, das allmähliche Abwerfen politischen Ballasts und das drängende Suchen nach neuen Wegen ist seit geraumer Zeit in allen Zentren der Weltpolitik in Gang gekommen.

Die von Moskau und Washington eingeleitete und sich mehr und mehr ausformende Entspannungspolitik mit ihren mannigfachen Aspekten kann vor der Deutschland-Frage nicht Halt machen, denn sie ist eine wesentliche Ursache dafür, daß Unruhe und Mißtrauen in Europa herrschen. Es wäre jedoch verfehlt, diese ursächliche Verknüpfung zum Anlaß zu nehmen, die Deutschland-Frage starr und unauflöslich mit anderen Problemen, z. B. der Abrüstung, zu verknüpfen oder alles den vier Großmächten, den Alliierten von einst, zu überbürden — wir Deutschen müssen selbst etwas für uns tun. Alles oder nichts, entweder — oder, Junktim oder Verkoppelung: das erscheint wenig praktikabel und wird nicht weiterhelfen. So sehr der große Wurf, der alle Probleme löst, zu wünschen ist, so kann vorläufig nicht mit ihm gerechnet werden.

Deutschlandfrage: Ist das wirklich nur die rasche Wiedervereinigung durch Wahlen, oder steht dahinter nicht mehr? Ist die Deutschland-Frage nicht auch eine Frage der anderen Völker Europas an das deutsche Volk und seine Regierenden, und haben die Völker Europas nicht auch Wünsche und Forderungen

an uns und die beiden deutschen Staaten zu stellen? Wer in den Staaten Osteuropas umherreist und sich umhört, wer mit Fachkollegen aus Moskau und Leningrad, Warschau oder Prag spricht, der weiß von der Verständigungsbereitschaft mit den Deutschen. Er kann aber auch nicht überhören, daß Hitler, Auschwitz, Massenexekutionen, Zwangsverschleppungen, Himmler und seine SS noch nicht vergessen sind. Mehr als einmal wird an ihn die besorgte Frage gerichtet, ob im Westen Deutschlands der Faschismus wieder entstehe und was es mit dem Griff Bonns nach der Atombombe auf sich habe. Solche Besorgnisse werden nicht im Hinblick auf den Osten Deutschlands geäußert. Die Minister Oberländer, Seebohm, Strauß und Krüger und die Staatssekretäre Globke, Hopf und Vialon, um nur einige Namen zu nennen, waren und sind für die Bundesrepublik keine Empfehlung in Osteuropa; wahrscheinlich sind sie es auch nicht in anderen Teilen der Welt. So verbindet sich mit der Deutschland-Frage die Frage an die Bundesrepublik nach der Bewältigung der Vergangenheit.

Und Wahlen und nationales Selbstbestimmungsrecht? Das nationale Selbstbestimmungsrecht — „das hat man sogar den Negern zugebilligt" — darf nicht auf Wahlen reduziert werden. Es ist umfassender und zielt auf nationale Grundfragen. Für die deutsche Nation des 20. Jahrhunderts ist eine solche Grundfrage die Gestaltung eines neutralen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands. Das ist aber mit Wahlen allein nicht zu lösen. Dazu bedarf es der Zeit zum Ausreifen. In Potsdam ist diese Grundfrage unseres nationalen Lebens vor dem Forum der Völker aufgeworfen worden. Die überzeugende westdeutsche Antwort steht noch aus. Wer von Selbstbestimmungsrecht spricht, muß den Abzug der fremden Truppen aus Deutschland fordern und darf nicht, wie im Pariser Vertragswerk von 1954 geschehen, um der Wiederaufrüstung willen das deutsche Schicksal in die Mitbestimmung fremder Mächte legen.

Es gab einmal Möglichkeiten, die Deutschland-Frage zu lösen oder wenigstens Möglichkeiten der Lösung auszuloten: 1952, 1954 und noch im Frühjahr 1955. Sogar über Wahlen hätte 1952 verhandelt werden können. Genf machte 1959 die unterschiedlichen Positionen zwischen den Alliierten und den Deutschen deutlich und führte der ganzen Welt anschaulich die Existenz zweier deutscher Staaten vor Augen. Spätestens mit Genf mußte man sich überall bewußt geworden sein, daß jedes Arrangement in der Deutschland-Frage zunächst zum Gespräch mit der DDR führen muß.

Man mag in der Bundesrepublik noch so viel Ungereimtheiten über die DDR kolportieren, mag von der „sogenannten DDR" sprechen und selbstgefällig und selbstgerecht auf mancherlei Mängel und Schwächen in diesem angeblich „nichtexistenten" Staat hinweisen, aber eines steht fest: Dieser sozialistische Staat lebt und entwickelt sich; er bringt seine durch die bis zum 13. August 1961 offene Grenze nach Westberlin um 30 Milliarden DM geschädigte Wirtschaft wieder in Ordnung; er hat in den übrigen sozialistischen Staaten gute Freunde und Handelspartner; die persönlichen Kontakte seiner Bürger nach dem Osten sind vielfältiger und tiefer geworden und verstärken die offiziellen Beziehungen.

Das alles muß von jenen bedacht werden, die immer noch glauben, die Deutschland-Frage mit einem militärisch-politischen Kraftakt lösen zu können, den Sebastian Haffner vor einigen Wochen im „Stern" sehr treffend so umschrieb:

> „Aufstand in der DDR, russische Intervention, westdeutsche Intervention, eine letzte siegreiche konventionelle Kesselschlacht zwischen Elbe und Oder — und dann ein Friedensangebot, mit der Drohung atomarer Weltvernichtung als Alternative."

Mit der „Politik der Stärke" geht es nicht. Das muß spätestens am 13. August 1961 jedem deutlich geworden sein.

Wenn mit Kaltem oder Heißem Krieg der Deutschland-Frage nicht beizukommen ist, muß es mit anderen Mitteln versucht werden.

Die beiden deutschen Staaten lassen sich nicht einfach zu einer neuen Größe zusammenaddieren. Dazu sind sie zu unterschiedlich und zu gegensätzlich strukturiert, und darum sind Wahlen kein geeignetes Mittel; sie können erst am Ende einer längeren Periode der Annäherung stehen, nicht an ihrem Beginn.

Am Anfang muß die Respektierung des Daseins und des Soseins des anderen deutschen Staates stehen. Das braucht keine irgendwie geartete Anerkennung oder „Aufwertung" zu bedeuten, aber die wechselseitige Respektierung impliziert bereits den Verzicht auf Gewaltanwendung, in welcher Form es auch immer sei, und das ist schon sehr viel wert.

Die DDR ist zu dieser Respektierung bereit. Sie betreibt keinen Anerkennungsfetischismus, wenngleich sie nicht verhehlt, daß sich bei offizieller gegenseitiger Anerkennung sicherlich manches leichter machen ließe. Daß es auch ohne solche förmliche Anerkennung und Wahrung des beiderseitigen Standpunktes zu Ergebnissen kommen kann, hat das Berliner Passierschein-Abkommen gezeigt. Auch im Brief des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht vom 6. Januar 1964 an Bundeskanzler Professor Erhard und in dem beigefügten Vertragsentwurf*) über den beiderseitigen Verzicht auf Kernwaffen ist die Bereitschaft der DDR zum Ausdruck gebracht, die Anerkennungsproblematik auszuklammern; an dieser Frage brauchten Erörterungen nicht zu scheitern. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß die Verwirklichung der multilateralen Atommacht der NATO die nationale Verständigung und das internationale Abrüstungsgespräch blockieren wird.

Der Bundeskanzler hat diesen Brief zurückgehen lassen, und der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Willi Brandt, hat es ihm nachzutun versucht mit dem Brief des Stellvertredenden Ministerpräsidenten der DDR Willi Stoph vom 4. Januar 1964, in dem angeregt wurde, die Passierscheinverhandlungen mit Beauftragten des Senats von Westberlin fortzuführen und Maßnahmen über den Abbau des Kalten Krieges und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin zu beraten. Mit der Rückgabe dieser Briefe ist ihr Inhalt nicht aus der Welt geschafft worden, im Gegenteil: Das Interesse an den darin enthaltenen Vorschlägen ist gewachsen, sie bleiben aktuell, ihr Inhalt wird weiterwirken.

Vor dem Senat von Westberlin steht die Aufgabe, für die Westberliner eine Besuchsregelung für die Oster- und Pfingstfeiertage zu vereinbaren, sich dabei von den Interessen der Westberliner leiten zu lassen und dem Druck aus Bonn zu widerstehen. Die DDR-Vorschläge liegen auf dem Tisch; sie halten sich an die Weihnachts- und Neujahrsprozedur und kommen in einigen Punkten der Westberliner Bevölkerung weiter entgegen; was Weihnachten gut war, läßt sich noch in diesem und jenem Punkt verbessern und sollte zu Ostern und Pfingsten fortgesetzt werden. Die Verhandlungen darüber dürfen nicht mit der Forderung belastet werden, Bürger der DDR nach Westberlin einzulassen oder die Maßnahmen vom 13. August 1961 rückgängig zu machen. Wer Dauerregelungen und die Freizügigkeit innerhalb Berlins will, muß Westberlin von allen Apparaturen des Kalten Krieges befreien; er wirft die Frage nach der Rechtsstellung Westberlins auf und bringt die Frage einer „Freien Stadt Westberlin" wieder auf die Tagesordnung.

Die Regierung der DDR hat in der Vergangenheit viele Vorschläge zur Verständigung an die Bundesregierung gerichtet, und sie wird auch in Zukunft Vorschläge zur Annäherung und zum Abbau der Spannungen unterbreiten. Bonn hat es

*) Vgl. Heft 2/64

bisher weit von sich gewiesen, die Ernsthaftigkeit solcher Vorschläge zu prüfen, weil Pläne zur „Befreiung" und „Gleichschaltung" der DDR im Vordergrund des politisch-militärischen Kalküls standen. Der Senat von Westberlin hat einen ersten Versuch gemacht und mit einem DDR-Vertreter verhandelt. Etwa eine Million Westberliner hatten den Vorteil davon. Das Berliner Passierscheinabkommen hat gezeigt, daß bei Verhandlungen etwas herauskommen kann, das niemandem schadet, aber vielen Menschen nützt. Mit dem Passierscheinabkommen wurde ein Beispiel geschaffen, das auch für das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik von Bedeutung sein kann: M i t b e g r e n z t e n S c h r i t t e n z u b e g i n n e n, damit das Klima in Deutschland zu verbessern und allmählich zu normalen Verhältnissen zwischen beiden deutschen Staaten zu gelangen.

Beiderseitiger Verzicht auf Kernwaffen, Mitwirken beider deutscher Staaten beim stufenweisen Aufbau einer kernwaffenfreien und rüstungsbegrenzten Zone in Europa, Nichtangriffsvertrag, Suchen nach für alle Beteiligten gangbaren Wegen zur deutschen Friedensregelung, Abbau des Kalten Krieges, Ausbau der Handelsbeziehungen — das sind nur einige der Fragen, die trotz zurückgesandter Briefe weiterhin zur nationalen und internationalen Diskussion stehen. Kommt es zu brauchbaren Lösungen, normalisieren sich die Beziehungen, bildet sich eine Atmosphäre des Vertrauens, dann kann man zu gemeinsamen paritätisch zusammengesetzten Kommissionen übergehen, die beiden Regierungen Vorschläge für die Lösung beide Seiten interessierender Fragen übergeben. Auch für den Westberliner Transitverkehr und die gegenwärtig immer noch rechtlich wenig gefestigte Lage Westberlins lassen sich Regelungen mit wirkungsvollen internationalen Garantien finden. Sofort könnte eine Kommission aus bevollmächtigten Vertretern beider deutscher Staaten zur Abwicklung des Rechtshilfeverkehrs gebildet werden; die Bundesregierung könnte sich mit einer solchen Kommission z. B. vor solchen „Abschüssen" wie Oberländer, Fraenkel und Krüger sichern So ungefähr können die ersten Markierungen auf dem Weg zu einer deutschen Konföderation und dann zur Wiedervereinigung aussehen. In diese Vorstellungen von iener friedlichen Koexistenz in Deutschland ist viel Hoffnung investiert. Aber die Hoffnung, daß Vernunft und guter Wille sich durchsetzen werden, darf man nie aufgeben.

Ein solcher Weg wird in Bonn einiges Umdenken, die Absage an überholte Konzeptionen und den Mut zu neuen Auffassungen erfordern. Aber ohne oder gar gegen die DDR wird man nicht weit kommen, und alle feierlichen Bekenntnisse zur Wiedervereinigung bleiben platonisch und werden schließlich nicht mehr ernst genommen. Das Denken und Handeln in machtpolitischen Kategorien allein zahlt sich in unserer Welt nicht mehr aus. Das sterile und stereotype Nein zu den Vorschlägen der DDR wird nicht nur von den Deutschen, sondern auch von anderen Völkern Europas und der Welt immer weniger verstanden. Bonn würde gut tun, sich von den selbst angelegten Fesseln zu befreien.

Das Mißtrauen zwischen Ost und West ist besonders in Europa noch groß. Eine Quelle dieses Mißtrauens liegt in der Politik der Bundesrepublik mit ihrer Nichtanerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa neu gezogenen Grenzen, mit ihrem Griff nach der Atombombe und in ihrer „Vorwärtsstrategie". Mißtrauen in einer Welt, die noch mit der Atombombe leben muß, erhöht die Kriegsgefahr. Vertrauen durch Verträge — das muß die Formel werden und die Aktivität kennzeichnen, um das Mißtrauen, die Ursache gefährlicher politischer und militärischer Kurzschlüsse, überwinden zu helfen. Dazu muß ein Anfang gemacht werden mit Verträgen zur Regelung zunächst kleinerer, dann größerer Probleme. Hat Bonn den Mut dazu?

Dr. Ernst Schwarz

Das Werk der Parzen

Zu Hermann Rauschnings Aufsatz „Der unnötige Krieg" *)

Die höchst bemerkenswerten Ausführungen Hermann Rauschnings über die wahre Schuld am letzten Weltkrieg im Zusammenhang mit den Büchern von Taylor und Hoggans erhalten besonderes Gewicht durch Rauschnings unmittelbaren Einblick in die damalige Lage Danzigs und ganz besonders auch durch sein persönliches Beispiel, das trotz, ja gerade wegen seiner damaligen Zugehörigkeit zur NSDAP hohe Anerkennung verdient, nicht weniger als seine rückhaltlose Offenheit im Rückblick auf jene Zeit. Seine Darstellung regt zu einigen allgemeinen Fragen an, auf die ich im folgenden eingehen möchte.

Wenn Millionen unter dem Rasen liegen, erhebt sich die tiefsinnige Frage: War das nötig? Da niemand für das Ungeheure verantwortlich sein will, könnte man tatsächlich glauben, dieser Krieg sei „unnötig" gewesen. So wie es wirklich gekommen ist, hat es schließlich auch niemand konkret gewollt, und mit diesem bißchen Unschuld exkulpieren sich auch die rabiatesten Schreier von damals. Ja, es genügt wenig, um die Kettenreaktion des Krieges auszulösen, und das sollten sich auch die Phrasenhelden von heute vor Augen halten.

Man kann den verwickelten Zusammenhang der Kriegsursachen an verschiedenen Stellen auftrennen, und immer wieder werden die Dinge anders aussehen. Die Hauptfigur des letzten Krieges war Adolf Hitler, und seine Brutalität nach innen wie nach außen war so offenkundig, daß ihm allein, so gesehen, die Hauptschuld am Zweiten Weltkrieg zuzufallen scheint. Viele seiner Äußerungen und viele Dokumente sprechen dafür. Man kann aber auch Äußerungen von anderen Staatsmännern und andere Dokumente aufspüren, die zeigen, daß auch andere an dem Verhängnis mitgewirkt haben, und insofern mag man den historischen Versuchen eines Taylor oder auch Hoggan eine gewisse Berechtigung zugestehen. Dies wollte auch Rauschning zum Ausdruck bringen, doch bleibt die entscheidende Rolle Hitlers, der den Krieg offensichtlich wollte, unbestreitbar. Um jedem Einwand zu begegnen, fragen wir zunächst einmal, was unter „Kriegswille" zu verstehen ist. Nun, Kriegswille ist nichts anderes als die letzte Steigerung des Machtwillens.

Machtwille hat es allerdings nicht nur in Hitlerdeutschland gegeben, er war auch in den Nachbarländern vorhanden, doch fehlte es ihm dort in jenen Jahren vor allem an der militärischen Schlagkraft. Man darf wohl sagen, daß dieser Machtwille in negativer Form im Versailler Vertrag dokumentiert worden war, der wieder dem Machtwillen der Nationalsozialisten Auftrieb gegeben hat. Das deutsche Volk wollte keinen Krieg, aber es tolerierte zu einem großen Teil Hitlers ungehemmten Machtwillen, bis dann, zur Bestürzung vieler seiner Parteigänger, dieser Machtwille sich zum Kriegswillen steigerte. Die Warner wurden so wenig wie je und so wenig wie heute gehört.

Das Verhältnis der Großmächte zu Hitlerdeutschland war zwiespältig. Man hat — das ist nach Brünings Zeugnis außer Zweifel — Hitler unterstützt, weil er Deutschland zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus machen wollte. Ein solches Deutschland konnte nur erwünscht sein, aber es zeigte sich, daß im Zeitalter der Massen ein Staat auch unter der Fahne des Antibolschewismus genau so gefährlich und unkontrollierbar aggressiv werden konnte wie der Bolschewis-

*) Vgl. „Blätter" Heft 9/63.

mus in seiner ersten Zeit selbst. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an die Französische Revolution zu erinnern mit ihrer enthemmten Willensdynamik.

Der Nationalsozialismus ist aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs emporgestiegen. Hitler, der damalige Unterrichtsoffizier, schuf seine Organisationen aus dem fanatischen Widerstandswillen von 1919. Die vor allem durch die Bauern-Freikorps erstickte Revolution hat den Nationalsozialismus in fortwirkender Empörung über den „Dolchstoß" der Heimatfront in den Rücken der schon tödlich geschwächten Wehrmacht hervorgebracht, mit ihm versuchten die herrschenden Mächte den revolutionären Elan abzufangen. Auch damals gab es die verblendeten Utopisten, die dadurch, daß sie unmittelbar vor der Katastrophe die Augen vor den Tatsachen verschlossen, genau das Gegenteil von dem erreichten, was sie erreichen wollten; diese Utopisten (der Vaterlandspartei usw.) waren es, die damals die Heimatfront am meisten ins Wanken gebracht haben. Mit Recht läßt Rauschning den NS aus der Idee entstehen, „das Kriegsende nur als einen im größten Maßstab erfolgenden strategischen Rückzug aufzufassen". Die Ideen Hitlers, sagt Rauschning ferner, „sind aus dem Krieg und für den Krieg geboren". Von Seeckt stammt das Wort: „Wir müssen Macht bekommen, und wenn wir sie haben, holen wir uns alles wieder, was wir verloren haben." So erhielt die Entwicklung von 1918 bis 1945, ja, wie wir heute sehen können, auch darüber hinaus, eine gegenrevolutionäre Tendenz, welche die schärfste ideologische Abwendung von Rußland begründet und zu dem Entschluß Hitlers geführt hat, den Kampf mit Polen und Rußland zu wagen — übrigens schon von Seeckt in der ersten Etappe vorgedacht mit den Worten: Polen muß, mit Hilfe Rußlands, verschwinden.

In dieser Entwicklung spielte Hitler eine einzigartige Rolle. Er war ein Phänomen jener Willenskraft, der sich in schwierigen Zeiten a l l e s zu unterwerfen geneigt ist. Rauschning erlag anfänglich ebenfalls dieser „Willensmächtigkeit", wie er es nennt. Einseitige Willensnaturen — und das sind in der Regel die „großen Männer" — sind eine ungeheure Gefahr für die Völker, sie verstärken das gegenseitige Mißtrauen und die Furcht voreinander. Es wird da viel von dem richtigen Verhältnis zur Macht geredet, die nun einmal nichts für Schwächlinge sei; nur der Staatsmann habe „Größe", der die Macht zu gebrauchen weiß. Richtig, aber w e h e, w e n n d e r S t a a t s m a n n n i c h t a u c h ü b e r l e g e n u n d i n t e l l i g e n t g e n u g i s t, u m d i e K o n s e q u e n z e n a b z u s c h ä t z e n!

Rauschning sieht in Hitler eine seltene Verbindung von „Visionär und Realist". Läßt sich dies von Hitler wirklich sagen? Ein Realist war er zweifellos, denn ohne dies hätte er nicht solche Erfolge gehabt. Aber war er auch ein „Visionär"? Ich vermag diese Frage nicht zu bejahen. Visionär ist derjenige, der befähigt ist, in die Zukunft zu blicken, Hitler aber starrte in die Vergangenheit. Sein verbissener Wille, der sich nach dem Krieg gegen den Verfall der Macht auflehnte, blieb, wie ja Rauschning richtig gesehen hat, gebunden an seine erste Aufgabe als Unterrichtsoffizier. Durch diese Tätigkeit, durch die sich der sozial Gestrandete ausgezeichnet fühlte, gewann Hitler eine fast mystische Beziehung zu dem Machtinstrument der herrschenden Schicht, zur Armee. Für den Mann mit dem starken Willen, der unter den Ausschuß der Gesellschaft geraten war, wurde das Soldatentum zur regenerierenden Kraft seiner entwurzelten Existenz. Das ganz Ungewöhnliche besteht hier darin, daß dieser Mann, von dem zu erwarten war, daß er nach Herkunft und Lage zum Revolutionär werde, zum Gegenrevolutionär geworden ist. Hitler war ein politischer Zwitter, nicht unähnlich gewissen Exkommunisten, deren ursprüngliche Liebe sich in Haß verwandelt hat. Der spannungsgeladene Charakter dieses Mannes hat Deutschland mehr Blut gekostet, als die blutigste Revolution hätte fordern können. Sein Machtwille, mit einem

leicht verführbaren und unzufriedenen Volk hinter sich, mußte zum Krieg führen, aber diesen Krieg könnte man sich auch ohne ihn denken, wenn man sich an die Worte Wilsons erinnert: „Wenn Ihr Deutschland den Weg nach Rußland nicht versperrt, werdet Ihr früher oder später zur Teilnahme an genau dem gleichen Krieg gezwungen werden." Nun hat Rußland den Weg nach Rußland durch ein Stück Deutschlands versperrt.

Auf diesem Weg lag Polen, und zweifellos haben auch die Polen nicht wenig dazu beigetragen, daß es zum Krieg gekommen ist. Sie haben den Russen das Durchmarschrecht verweigert, das sich Hitler dann mit Gewalt genommen hat. Ihr Oberst Beck lehnte die Einbeziehung der Sowjetunion in das Schutzbündnis Frankreich-England (für Polen) ab, weil er eine mögliche Umwälzung in Polen unter allen Umständen vermeiden wollte. Am Kriegsausbruch wirkte also auch von dieser Seite her manches mit, aber entscheidend war eben doch der „unerbittliche" Wille jenes einen Mannes, der sich mit einem großen oder zumindesten einflußreichen Teil der Nation einig wußte. Mit entsprechender Abwandlung darf man an die Worte erinnern, die Bismarck zu dem Historiker Friedjung gesagt hat:

> „Wohl war der Krieg mit Österreich schwer zu vermeiden, aber wer das Gefühl der Verantwortlichkeit auch nur in geringem Maße besitzt, wird sich scheuen, einen Krieg zu beginnen, bevor alle anderen Mittel versucht sind. Es war stets ein Fehler der Deutschen, a l l e s erreichen zu wollen oder nichts und sich eigensinnig auf eine bestimmte Methode zu steifen."

Bismarck hatte gewiß kein schwächliches Verhältnis zur Macht, aber er sah immer die Grenzen, und er kannte die Deutschen, von denen er ebenfalls zu Friedjung gesagt hat: „Sie waren stets höchst unverträglich untereinander und viel zu nachgiebig gegen Fremde."

Haben wir aus diesen furchtbaren Irrtümern etwas gelernt? Es sieht durchaus nicht danach aus. Die Bewältigung der Vergangenheit besteht keineswegs nur darin, daß man die Nazimethoden verwirft, sondern weit mehr darin, daß man die Grenzen des Machtwillens erkennt. Machtwille im Rahmen der Selbstbehauptung und der Existenzsicherung ist berechtigt, ja notwendig, aber er wird zur Hybris, wenn er sich irreale Ziele setzt. Was heißt hier nun „real", und wo sind die vernünftigen Grenzen der Existenzsicherung? Rauschning sagt: „Der Wille ist es, der die Wirklichkeit prägt, nicht die Erkenntnis." Gewiß, aber die Erkenntnis muß dem Willen voranleuchten, sie eben zeigt jene Grenzen, sie trifft die Unterscheidungen. Bundeskanzler Erhard sagte mit Bezug auf die Ansicht, die Spaltung Deutschlands sei eine Realität: auch das Unrecht sei eine Realität. Zweifellos, b e i d e s s i n d R e a l i t ä t e n , a b e r v ö l l i g v e r s c h i e d e n e r A r t : das eine ist eine historisch-politische, das andere eine moralische Realität, also zwei gänzlich inkommensurable Dinge. Was soll in diesem Zusammenhang überhaupt der Begriff „Realität"? Er soll doch im ersteren Falle sagen, daß die Spaltung Deutschlands auf einer geschichtlichen Entwicklung beruht und durch den Zwang der den heutigen Zustand bedingenden politischen Kräfte fixiert wird. Da aber die Moral oft anders urteilt als die Geschichte, sollte das doch daran hindern, das Unrecht, das wir hier empfinden, ebenfalls als „Realität" zu bezeichnen. Gefühl und Verstand sind bei uns leicht durcheinander zu bringen, das hat Adolf Hitler besonders eindrucksvoll gezeigt, und deshalb sollten wir uns davor hüten. Wie Hitler fordern wir gerade dort die Selbstbestimmung und unser „gutes Recht", wo in besonderem Maße politischer Zündstoff gehäuft ist.

Es ist nun einmal immer so gewesen, daß eine Niederlage bar bezahlt werden

mußte, und unsere Niederlage ist eben auch eine „Realität". Oder gibt es etwa Geistesverwandte Adolf Hitler unter uns, welche die Zeit von 1945 bis heute wie der Unterrichtsoffizier Hitler nur als einen „strategischen Rückzug" betrachten möchten? Offenbar gibt es solche. Macht es denn einen wesentlichen Unterschied, daß es damals um Danzig ging und daß es heute in der gleichen Weise um Berlin geht? Natürlich ist es unser „gutes Recht", wenn wir die Niederlage auszuwetzen versuchen, wenn wir die deutsche Einheit wiederherstellen wollen, aber um auf diesem Minenfeld nicht in den Fehler Hitlers zu verfallen, müssen wir heute unser „gutes Recht" erkaufen, da wir es nun einmal nicht erkämpfen können. Gewiß ist heute niemand so wahnsinnig wie Hitler, der den Krieg wagte, wenn auch in der Überzeugung, daß nur auf diesem Wege Deutschlands Lebensinteressen für eine fernere Zukunft gesichert werden können; das war das moralische Alibi des Kriegsverbrechers und seiner Anhänger. Aber wenn wir auch keineswegs wie Hitler den Krieg wollen, den Frieden wollen wir mit letzter Konsequenz auch nicht. Auch in bezug auf den Friedenswillen gibt es ebenso wie in bezug auf den Machtwillen entscheidende Abstufungen. Wie groß hier die Unterschiede sein können, das zeigt eindrucksvoll Rauschning damit, wie er sich selbst an einflußreicher Stelle in der Danziger Krise verhalten hat. Die Echtheit des Friedenswillens offenbart sich darin, mit welcher Entschiedenheit er den nationalen Machtwillen auf das Maß zu begrenzen vermag, das die Verhältnisse fordern.

Selbstbestimmung unter Hitler und Selbstbestimmung heute, die Gewinnung neuen Lebensraums und die Wiedergewinnung der verlorenen Einheit sind an sich total verschiedene Ziele, sie rücken aber sehr nahe zusammen, wenn auch im zweiten Falle die Durchsetzung nur gegen sehr harten Widerstand und also mit erheblicher Gefahr für den Frieden möglich ist. Dies ist z. B. in Afrika, das hier oft als Beispiel herangezogen wird, im allgemeinen nicht der Fall, da die bisher dort herrschenden Kolonialmächte auf dem Rückzug sind; Rußland, das man in bezug auf die „Zone" auch gerne als Kolonialmacht bezeichnet, ist eben nicht auf dem Rückzug und betrachtet die Zone als wesentliche Flankendeckung.

Niemand wird das überragende Recht der Selbstbestimmung grundsätzlich bestreiten. Aber dient es hier nicht etwa zur Beschönigung eines die Niederlage verdrängenden neuen Machtwillens? Gewiß, ohne einen gesunden Machtwillen ist jedes Volk verloren, und man könnte einwenden, daß hier von Machtwillen überhaupt nicht gesprochen werden dürfe, hier gehe es um ein elementares Recht. In der Tat, hier geht es um ein elementares Recht auf unserer Seite, aber um ein ebenso elementares, erkämpftes „Recht" auf der anderen Seite; moralisches Recht steht gegen politisches Recht.

Wir vertreten unsere Forderung unter Verzicht auf Gewaltanwendung. Bedeutet das, daß wir uns dabei ausschließlich auf „friedliche Mittel" beschränken? Hier scheint mir ein innererer Widerspruch vorzuliegen, der entweder auf mangelnder Selbstprüfung oder auf mangelnder Logik beruht. „Mit friedlichen Mitteln" heißt, genau genommen, nicht nur ohne Krieg, sondern auch unter Vermeidung von allem, was einen Krieg veranlassen könnte. Was der Gegner aus seiner Perspektive als Bedrohung, als militärischen Druck empfinden muß, das gehört nicht mehr zu den „friedlichen Mitteln", das ist Ausdruck eines wenn auch nur reaktiven Machtwillens. Wer so handeln zu sollen glaubt, der mag es tun — er kann sich dabei auf die harten Gesetze dieses Daseins berufen (wie gehabt) — und er handelt so zweifellos als Realist, nur gibt er sich, wenn er von rein „friedlichen Mitteln" spricht, einer Täuschung hin.

Diese Überlegungen sind in dem vorliegenden Zusammenhang wesentlich, denn sie zeigen, daß Schuld am Kriege manchmal sehr hintergründiger Natur

sein kann. Als Hitler mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht das Sudetenland verlangte, hielt man dies im Ausland für unabweisbar — man dachte eben nur moralisch, nicht politisch. Mit dem Sudetenland ging der Tschechoslowakei der Schutz ihres Festungsgürtels verloren, und so wurden mit ganz „friedlichen Mitteln" die Voraussetzungen für den Krieg geschaffen. Was im nationalen Interesse der einen Seite liegt, kann ebenso im nationalen Interesse der anderen Seite liegen, und dann gewinnen solche Gebiete leicht die Bedeutung eines entscheidenden Steins auf dem Schachbrett der Politik. Wer also derartige Fragen nur vom Standpunkt des Rechts aus betrachtet, der sieht an der politischen Problematik geflissentlich vorbei.

Hitler hatte sich 1934 Polen gegenüber verpflichtet, seine Revisionsansprüche nicht mit Gewalt zu verfolgen. Es ist nun natürlich etwas anderes, ob man den Boden nur geduldig unterhöhlt, oder ob man darin eine Mine hochgehen läßt, aber das Kriegsrisiko ist in beiden Fällen gegeben. Hitler hat gezeigt, ausreichend wenigstens für das Gedächtnis der Russen, daß Friedensbeteuerungen ohne dezidierten, für den Gegner beweiskräftigen Friedenswillen wertlos sind. Aber nicht nur solche Beteuerungen lassen heute, wenigstens auf der anderen Seite, an Hitler denken, sondern auch die mit aller Schärfe und mit weltweiten Bündnissen fortgesetzte antibolschewistische Tendenz. So kann Rauschning mit gutem Grund sagen, daß Hitlers Außenpolitik, von ihrer Zuspitzung bis zum offenen Konflikt abgesehen, heute seinen alten Anhängern gerechtfertigt erscheinen muß und daß diese demnach „den heutigen Kampf schon damals kämpften". Auch diese Vergangenheit ist somit in keiner Weise bewältigt, sie ist Gegenwart. Die Forderung nach Selbstbestimmung zusammen mit Militärbündnissen und Antibolschewismus stellen schon wesentliche Kausalfaktoren für einen potentiellen dritten Weltkrieg dar. Das Fünkchen, das dazu fehlt, hat, wenigstens bisher, der menschliche Wahnsinn immer beigesteuert.

Soll das nun heißen, daß wir auf die Wiedervereinigung verzichten müssen? Keineswegs! Aber es heißt, daß wir die „Realitäten" sehen müssen, nicht bloß die Spaltung selbst, nicht nur das dadurch bedingte Unrecht, sondern die geschichtliche und politische Situation, das Kräfteverhältnis in der Welt, die Interessen der Gegenseite. Bundeskanzler Erhard sprach von einem „Irrtum" der Russen in bezug auf ihr Festhalten an der Zone. Eine Seite irrt sich hier jedenfalls, und es ist nicht wahrscheinlich, daß sich diejenigen irren, die hier autoritativ ihre Interessen interpretieren. Auf diese Weise ist schwerlich an das Problem heranzukommen.

Die Lage von 1945 ist durch den Bankerott des Hitlerregimes gekennzeichnet, den das Volk zu bezahlen hat. Wir haben nun glücklicherweise in den USA einen Kapitalgeber gefunden, der uns politisch wieder zahlungsfähig gemacht hat, aber was in den Besitz der Russen übergegangen ist (allerdings nur nach dem Recht des Krieges, aber das ist — hört es, ihr Realisten! — auch ein Recht, das im allgemeinen nur der Krieg wieder brechen kann), das läßt sich nun mal nicht gegen ihren Willen zurückkaufen. Man könnte sie zu überreden versuchen, indem man ihnen ihr „wahres" Interesse nachweist, man könnte ihre eigenen Zahlungsschwierigkeiten ausnützen, und dergleichen. Auf diesen Wegen ist, wie zu erwarten stand, nichts erreicht worden. Die Bundesrepublik ist den Nachweis schuldig geblieben, daß sie für ganz Deutschland zu handeln weiß. Dazu bedarf es mehr als einer bloßen Proklamation, das kann man nur, wenn man von der wahren Lage des Deutschen Reiches, des gesamten Deutschland nach dem Kriegsende ausgeht, von dem nun einmal ein Teil russische Kriegsbeute, der andere Teil westmächtliches Einfluß-

gebiet geworden ist. D a s ist die Realität! Wer für Gesamtdeutschland zu sprechen vorgibt, muß diese gesamtdeutsche Lage berücksichtigen.

Spaltung ist seit hundert Jahren immer wieder die Gefahr und das Schicksal des „Reiches" gewesen. Nach dem Zusammenbruch des Frankfurter Parlaments und damit auch des großdeutschen Gedankens wünschte der Besieger der Revolution in Wien, Fürst Schwarzenberg, den Zusammenschluß von Österreich und Preußen in der Absicht, durch die deutschen Streitkräfte die morsche Monarchie zusammenzuhalten. Die außenpolitische Situation der deutschen Mitte und die innere Rivalität führten jedoch zu Entschlüssen in Berlin und Wien, deren Folge der Krieg von 1866 und die Spaltung des Reiches gewesen sind. Bismarck konnte damals aus der preußischen Unabhängigkeit und Mittellage heraus noch die französische u n d die russische Karte spielen, was nach 1945 dem, nach „Life", noch größeren deutschen Staatsmann nicht mehr gelungen ist. 1914 zeigte sich ein noch tieferer Riß im uneinheitlichen Gefüge der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wieder wurde wie 1866 in Wien überstürzt gehandelt, und Berlin, in der Furcht vor dem inneren Zerfall Österreichs, ermutigte in unverantwortlicher Weise die Wiener Desperados. Ein anderer österreichischer Desperado, der „unbekannte Soldat", machte sich dann in fataler Weise bekannt, so, daß schließlich alles in Trümmer ging. Mit dieser letzten Spaltung der deutschen Mitte durch den Gegenrevolutionär Hitler geschah genau das, was mit all den gewagten Mitteln verhindert werden sollte: ein großer Teil Deutschlands ging an die Revolution verloren. Heute bedeutet Wiedervereinigung auch den Versuch, gerade diese Entwicklung rückgängig zu machen. Diese letzte Phase deutscher Politik folgt aus dem Vorausgegangenen mit so viel vollkommener Zwangsläufigkeit, daß der verantwortliche Staatsmann (im Gegensatz zu Bismarck, der auch eine Machtnatur, aber zugleich ein schöpferischer Politiker höchsten Ranges war) den Weg auch mit geschlossenen Augen gehen konnte; er brauchte dafür keinerlei Intuition, sondern nur und allein die Wünschelrute der Macht und des greifbaren Erfolges.

Mit diesem kurzen historischen Überblick wollte ich zeigen, in wie hohem Maße das deutsche Schicksal in den heute weltumspannenden Kampf um die Gesellschaftsordnung verflochten ist. In diesem Kampf ist Deutschland heute geradezu in den Mittelpunkt gerückt. In dieser einzigartigen exponierten Lage trägt die Bundesrepublik — gerade sie als der freie Teil Deutschlands — die höchste Verantwortung für Deutschland, ja für den Frieden der Welt. Wir haben keine Veranlassung, uns über Hitler allzusehr erhaben zu fühlen, denn wenn wir auch seinen Spuren nicht folgten, so haben wir doch den Weg nicht eingeschlagen, der aus dem deutschen Verhängnis herausführt und uns wirklich von Hitler befreien würde. Noch zu tief sind wir in dieses Verhängnis verstrickt, das unter Hitler nur besonders düster gewesen ist.

Das Wollen und die Ideen Hitlers sind enger mit dem deutschen Schicksal verknüpft, als gemeinhin angenommen wird. Der politische Zwitter hat ganz Deutschland zum politischen Zwitter gemacht.

Um nun aber nochmals auf das Hauptthema, auf die durch die Bücher von Taylor und Hoggan aufgeworfene Frage nach der Kriegsschuld zurückzukommen, so ist festzustellen, daß hier immer vielerlei gefahrvolle Faktoren zusammenwirken, die, soweit sie subjektiver Natur sind, den Beteiligten manchmal nicht zu Bewußtsein kommen. Mit dem reinsten Gewissen, oft sogar vor Gott (so z. B. König Wilhelm 1866), vertritt man sein „gutes Recht" oder die Lebensinteressen der Nation, und so glaubt niemand, möglicherweise eine Schuld verantworten zu müssen, die, wenn es zu katastrophalen Folgen kommt, eine künftige Geschichtsschreibung dann entdeckt. Es bedarf vieler Sekundenschläge, bis das Schlagwerk

auslöst und die Stunde kündet. Man handelt somit oft zwar in Verantwortung vor dem Volk, nicht aber in Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung stellt die höchsten Anforderungen, denn die Parzen sind streng, und ihr Faden, an dem die Geschicke der Völker hängen, ist dünn. Die Schuld ist immer auf viele Schultern verteilt, und man kann deshalb, ohne zu fälschen, belasten und entlasten, je nachdem, in welchem Licht man das verworrene Schicksalsgewebe betrachtet. Solches Moralisieren ist im übrigen unfruchtbar, ja bedenklich, weil damit das Gewissen eingeschläfert werden kann. In dem Zwielicht, das entsteht, wenn das Gewissen mit moralischen Scheinargumenten betäubt wird, ziehen die großen Krisen herauf, von denen die letzten mit dem Tod von vielen Millionen geendet haben. In diesem Zwielicht kann es auch geschehen — ein Zeichen des Verfalls und nicht nur des Rechtsempfindens —, daß die führenden Staatsmänner sich zum Gewissen der Nation machen, entweder wie Hitler, der sich am 30. 6. 44 zum „obersten Gerichtsherrn der Nation" erklärte, oder wie Adenauer, der in der Spiegel-Sache sich richterliche Gewalt mit moralischer Verdammung anmaßte.

Aber auch der millionenfache Tod fruchtet nichts, er läßt die Menschen und die Staatsmänner in der alten Hilflosigkeit gegenüber dem Schicksal zurück, es sei denn, daß sie einmal fähig werden sollten, den grandiosen Selbstbetrug zu durchschauen, dem sie immer wieder zum Opfer fallen. Von der Geschichte aber ist solche Hilfe kaum zu erwarten, da die Historiker sich nur zu oft im Labyrinth der so verschiedenartigen Ursachen verirren und sie dann, wie Taylor oder Hoggan, einseitig interpretieren. Immerhin, wer die großen Zusammenhänge der Geschichte zu lesen versteht, vermag besser seine Chance wahrzunehmen, im Gegensatz zu dem, der — wie es jetzt geschehen ist — mit geschlossenen Augen in sein Schicksal hineintappt.

Hans Wirtz

Reform oder Strukturwandel?

Zum bisherigen Verlauf des Zweiten Vatikanischen Konzils

I.

„Ecclesia semper reformanda ..." Das ist keine billige Redensart. Noch weniger ein versteckter Angriff. Ist eine sachliche Feststellung, die sich aus der konstitutionellen Zeitgestalt der Kirche ergibt.

Alles Zeitlich-Irdische fließt wie der Fluß in immer neuen Wassern. Es kann nichts endgültigen Bestand haben unter unserem wechselnden Mond. Auch nicht das zeitlich Gewordene der Pilgerkirche. Ihre metaphysische Substanz — „Glied jenes mystischen Herrnleibes, dessen Haupt er selber ist" — bleibt unverändert, bis sie am Ende aller Zeiten ins Reich Gottes übergeht.

Alles andere: Hierarchie, Kult, Wirkweise, Rechtsordnung, Vokabulatur ihrer Lehre, ist wandelsfähige und wandelsbedürftige Verzeitlichung des Ewigen. Es erhält seinen Prägestempel aus den Umständen und Geschehnissen der geschichtlichen Situation.

Mit der tröstlichen Zusicherung ihres göttlichen Gründers: daß er immer bei ihr sein und daß keine Macht der Hölle sie als Ganzes zerstören werde, ist keinerlei Gewähr verbunden für den Bestand ihrer konstitutionellen Formen in irgend einer Zeit und irgendeinem Land.

Deshalb kann sie und muß sie — mit den veränderten Zeiten — aufgeben, was sie war; muß neu und anders werden. So wie sie das auf ihrer zweitausendjährigen geschichtlichen Pilgerfahrt auch getan hat: die in den Tagen der Apostel „zum Brotbrechen versammelte Gemeinde"; die blutig verfolgte Katakombenkirche; die Staatskirche Kaiser Konstantins; das Ärgernis der mittelalterlichen Macht- und Besitzkirche, lehramtlich begründet und verkündet in der lästerlichen Bulle „Unam Sanctam" eines Papstes Bonifaz VIII.; die lebens-, genuß- und prunkfrohe Kirche der Renaissance; die um ihren Glaubensbestand gegenreformatorisch kämpfende Kirche des Konzils von Trient; die zelotisch gegen die Irrtümer der aufsteigenden Neuzeit protestierende Kirche des päpstlichen „Syllabus" (1824); die autoritätsüberspannte Kirche des I. Vatikanums; die in der pluralistischen Gesellschaft von heute immer mehr von äußerer Entvölkerung und von innerem Glaubensschwund ihrer Anhänger bedrohte Diasporakirche ...

Was wird sie morgen sein? Und wie wird sie morgen aussehen? Wird sie im Wirbel der permanenten und in ihren Ausmaßen noch gar nicht zu übersehenden Revolution unserer Tage noch Kirche im alten Stil und im alten Geist bleiben können?

Werden vielleicht die prophetischen Gesichte eines Joachim von Fiore († 1202) vom „Reich des Heiligen Geistes" in der Kirche Wirklichkeit werden? Oder die von Clemens Brentano aufgezeichneten Schauungen der stigmatisierten Augustinernonne Anna Katharina von Emmerick († 1824)? Danach wird die Kirche von ihren Gegnern, aber auch von vielen ihrer klerikalen Amtsträger bis auf das Allerheiligste — die Keimzelle der künftigen Kirche — abgebrochen. „Der Rest wird von einem kleinen Mann, der etwas Jüdisches im Gesicht hatte, auf den Schultern getragen. Er drohte dabei zusammenzubrechen, da kamen die Zwölfe, welche ich immer als die neuen Apostel sehe — Kleriker und Laien — und halfen ihm tragen. Sie trugen die Kirche auf einen a n d e r n Platz ..."

Oder wird es eine neue Gemeinde im Geist des revolutionären, aber kirchentreuen Jesuiten Teilhard de Chardin sein: Harmonisierung von Glauben und Naturwissenschaft in einer bisher nicht für möglich gehaltenen Synthese von kirchlicher Lehre und profaner Wissenschaft?

II.

Vor diesem hier flüchtig skizzierten kirchen- und weltgeschichtlichen Hintergrund verlieren die in manchen Augen allzukühnen Konzilskonturen eines Johannes XXIII. viel von ihrem angeblich so gefährlichen Risiko. Oder vielmehr: sie können gar nicht weit genug gespannt werden. Und der Mut zum Wagnis kann nicht groß genug sein. Denn soviel ist inzwischen für jeden, der sehen will, schon klar geworden: es handelt sich nicht mehr nur um eine „Verbesserung" im hierarchischen Gefüge der Kirche; um eine längst fällige Kompetenzerweiterung für die Bischöfe; um die Bereitschaft, anzuerkennen, daß auch in anderen christlichen Kirchen Christus lebendig ist; um ein paar Konzessions-Laien als (klerikal zuverlässige) Konzilshörer; noch weniger um halsbrecherische theologische Definitionen, die von den einen angenommen, von den anderen hingenommen, von den dritten bezweifelt und abgelehnt werden; und die heute weniger denn je imstande sind, das Angesicht der Kirche und der Welt zu erneuern ... Lauter hitzig diskutierte Fragen interner Konzilsinteressen.

Es geht innerhalb der katholischen Kirchenmauern um den Abbau autokra-

tischer Kommandomethoden — von Rom bis Fulda — gegen Kleriker und Laien; um die biblisch zugesicherte „Freiheit der Kinder Gottes" ... Es geht nach außen um eine ehrliche und praktische Wegbereitung zu den „getrennten Brüdern" von Wittenberg bis Mekka. Es geht vor allem um ein neues kirchliches Weltverhältnis — bis zur Harmonisierung von Gottesglauben und moderner (Natur)wissenschaft.

So wie das Johannes XXIII. dem Konzil leitmotivisch mitgegeben hat.

III.

Alle Welt ist durch die Ankündigung eines Konzils bald nach der Wahl des neuen Papstes überrascht worden. Am meisten seine kuriale Umgebung. Sie hat entsprechend ärgerlich ablehnend reagiert. Schon weil sie nicht vorher gefragt und um ihre Zustimmung gebeten worden war. Dann aber auch grundsätzlich: warum überhaupt ein Konzil ...?

Die Antwort des Papstes war wieder überraschend und zugleich unerbittlich: diese Konzilsidee sei nicht durch hirnmäßige Überlegungen entstanden, sondern durch direkte göttliche Eingebung inspiriert und damit befohlen worden.

Damit war gesagt: daß diese Kirchenversammlung eine außerordentliche Bedeutung habe und daß die ihr gesetzten Ziele unabänderlich seien. Johannes — der sonst für guten Rat so zugängliche — wies deshalb alle Bedenken, Einwände und Zweifel seiner kurialen Zionswächter kurzerhand zurück. Als eine Abordnung bergamaskischer Geistlicher während der Audienz ihre Verwunderung ausdrückte über die konzilsfrostige Atmosphäre im Vatikan, beruhigte sie der Papst: „Das Konzil muß stattfinden — trotz der Kurie ..." („Il concilio si deve fare malgrado la Curia.")

Es wurde am 11. Oktober 1962 eröffnet.

Geschichtliche Tat eines „Optimisten aus dem Glauben", der keine Angst hatte vor innerkirchlichen Widersachern, aber auch nicht vor Protestanten oder einer „bösen Welt" von Liberalen, Atheisten und Kommunisten. Der deshalb auch nichts wissen wollte von Antiprotestantismus, Antimodernismus, Antikommunismus — im Sinne alter oder neuer Kreuzzugsprediger ...

Das Konzil sollte für die Kirche eine „apertura a sinistra" — Öffnung nach innen wie nach außen — sein. Sie dadurch fähig machen zu einem freien Dialog mit den vorwärtsdrängenden katholischen Kräften, mit den „getrennten Brüdern", wie auch mit der modernen Welt.

Deshalb keine Reform von theologischen Formeln, keine Definierung eines neuen (Marien)dogmas, keine Verdammung neuzeitlicher Irrtümer. Sondern: ein Strukturwandel der Kirche im Geist des Evangeliums zur (zeitlichen) Rettung einer Welt von heute, die nach Einheit und Frieden drängt und zugleich von einem satanischen Vernichtungskrieg bedroht ist.

IV.

Das waren pontifikale Klänge, wie man sie bisher aus dem Vatikan noch nie gehört hatte. Sie wurden von allen Menschen mit Verstand und gutem Willen höchst erstaunt, aber froh und dankbar gehört und aufgenommen.

Es gab auch andere, die davon weniger erbaut waren. Hatten sie schon die Konzils i d e e an sich für verfrüht, zu wenig (mit ihnen persönlich) überlegt und deshalb für eine abenteuerliche Laune dieses „alten Mannes" gehalten, so kam ihnen jetzt die konziliare Durchführung einer derartigen Kirchenreform wie ein allzu risikoreiches Reiten über den gefrorenen Bodensee vor. Da mußte aufgepaßt werden, auf daß „die Kirche keinen Schaden nehme und ihre reine Lehre nicht verdunkelt oder gar verfälscht werde".

Und sie paßten auf. Die erste Fassung der „Schemata" (Beratungsentwürfe) wurde von ihnen oder mit ihrer Hilfe so gründlich und sorgfältig redigiert, daß sie aus den gegenreformatorischen und weltflüchtigen Kampftagen des Konzils von Trient oder aus der integralistischen Atmosphäre eines Pius IX. hätten stammen können.

Das weckte wieder böses Blut bei den fortschrittlicheren Konzilsvätern. Und so gab es schon in den Kommissionen und in der Generalkongregation der I. Session hitzig-lange Streitgespräche. Die zur Verhandlung stehenden Schemata mußten neu gefaßt und neu beraten werden.

Dabei wurden die Einleitung und das erste Kapitel des Entwurfs über die Liturgie mit Müh' und Not verabschiedet. Das Schema über die „Massenmedien" (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film) wurde in seinen Grundzügen positiv aufgenommen. Wohl nicht zuletzt, weil es an fachkundigen Kräften fehlte und man dieses Problem — gemessen an den andern Fragen — nicht für übermäßig wichtig hielt.

In eine ernste Krise geriet das Konzil bei der Generalaussprache über das dogmatische Schema „Quellen der Offenbarung", also über die Grundlagen des Glaubens. Der unter der Leitung von Kardinal Ottaviani zusammen mit konservativen italienischen, spanischen, amerikanischen Bischöfen ausgearbeitete Entwurf stieß — wegen seines schon mehr reaktionären als konservativen Geistes — insbesondere bei den französischen, deutschen, belgischen, holländischen Bischöfen auf scharfen Widerstand. Sie waren der Meinung: daß die modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse in bezug auf „menschliche" Elemente in der Bibel wie in der Tradition gebührend berücksichtigt werden müßten. Es dürften z. B. „biblische" Aussagen des Alten Testamentes nicht ohne weiteres als wörtliche Offenbarungen angesehen und gewertet werden. Auch im Neuen Testament müßten alle menschlichen Zutaten von der reinen Offenbarung säuberlich getrennt werden. Die Grundquellen des Glaubens sollten nicht verschüttet oder getrübt werden. Dagegen seien Glaubensformulierungen, die sich inzwischen als zu eng oder den modernen wissenschaftlichen Einsichten zuwider erwiesen hätten, zu revidieren.

Es kam zu sehr harten Auseinandersetzungen, die sich — außerhalb der Konzilsräume — bis ins Politische verirrten. Ottaviani, der führende Kopf unter den „Traditionalisten", ist nicht nur bekannt als erzkonservativer Theologe, er steht auch im Ruf, politisch reaktionär und militanter Antikommunist zu sein. Jedenfalls hatte ihm die menschlich-christliche Art, in der Johannes XXIII. mit Kommunisten „umgegangen" war, gar nicht gefallen. Und er fürchtete — so glaubte man in der italienischen Öffentlichkeit — für die alte antikommunistische Linie des Vatikans, wenn der Reformeifer des Konzils dem Vorbild des Papstes folgen werde. Was nur zu leicht böse Folgen für die Politik der Democrazia Christiana haben könnte . . .

Die Gegner einer konservativ-unwissenschaftlichen Bibelauslegung verfaßten ein neues Schema, das mehr in ihrem Sinn gehalten war. Das führte zu einer neuen erregten Aussprache in der Konzilsaula, die aber auch keine Einigung brachte. Bei der dann folgenden Abstimmung gab es — gewollt oder nicht — Mißverständnisse, die den wirklichen Willen der (fortschrittlichen) Mehrheit verfälschte.

Die Konzilskrise hatte mit einer außerordentlichen Verschärfung der Gegensätze ihren Höhepunkt erreicht. In diesem Augenblick griff Johannes XXIII., der bis dahin die freie Aussprache der Bischöfe in keiner Weise behindert hatte, mit fester Hand ein: er vertagte die weitere Aussprache oder eine erneute Abstimmung über das Ottaviani-Schema und ordnete eine Neufassung des umstrittenen Entwurfs an. Er beauftragte damit eine neue Kommission, in der neben

Ottaviani jetzt auch Kardinal Bea entscheidenden Einfluß haben soll. (Man weiß nicht, was inzwischen aus diesem neuen Schema geworden ist: ob es bis zur III. Session zurückgestellt oder endgültig begraben wurde.)

Im weiteren Verlauf der 1. Sitzungsperiode wurden in 34 Generalkongregationen von den zahlreichen Schemata ganze fünf behandelt. Abgeschlossen und angenommen wurde kein einziges.

Kardinal Suenens (Mecheln und Brüssel) hatte sich dafür eingesetzt, das Kirchenthema zum Mittelpunkt aller Beratungen zu machen, war aber damit nicht durchgedrungen. Ebenso wenig mit seinem Antrag, darüber abzustimmen: ob der Papst gebeten werden sollte, ein eigenes Sekretariat zu bilden, das sich mit den großen Weltproblemen von heute zu befassen habe.

Trotz dieser schon mehr als mageren Ernte gingen die meisten Bischöfe (scheinbar) zufrieden heim. Denn: sie hatten ihre Meinung in den Kommissionen und in der Generalversammlung frisch und frank sagen können; sie hatten im persönlichen Umgang mit dem Welt-Episkopat den Welt-Katholizismus erfahren und dadurch mancherlei neue Einsichten gewonnen über Wesentliches und Nebensächliches in der Kirche; sie hatten mit Protestanten und Orthodoxen ökumenische Gespräche geführt, was — besonders den nichtdeutschen Konzilsvätern — den „ökumenischen" Blick erweiterte; sie hatten... Aber war damit schon erreicht, was Johannes dem Konzil als Aufgabe gestellt hatte? Oder war man ihrer Lösung auch nur in den großen Fragen näher gekommen? Man hoffte...

V.

Päpstlicher Patron der II. Konzilsaison war nicht mehr Johannes XXIII., sondern Paul VI.: ob mehr Anlaß zu guten Erwartungen oder schlimmen Befürchtungen, wird sich noch erweisen müssen.

Über seiner Eröffnungsansprache lag noch ein stiller Glanz Roncallischer Weltversöhnung; von den einen als milder Abgesang verdächtigt, von den andern als neue Morgenröte erhofft. (Wobei die pessimistische Auffassung die besser begründet sein dürfte.) Einige Stellen in dieser Ansprache haben die einen wie die anderen aufhorchen lassen: den theologischen Formulierungen als Aufgabe des Konzils wird wieder — im Gegensatz zu Johannes — größte Bedeutung zugesprochen; die johanneische Feststellung, daß beim definierten Dogma zwischen Glaubenswahrheit und zeitbedingten Sprachformulierungen unterschieden werden müsse, wird erheblich eingeschränkt, teilweise gegensätzlich neu gesagt... Die dem Konzil von Paul VI. gewiesene christologische Ausrichtung („Solus Christus — allein Christus") ist insbesondere von protestantischer Seite als Anlehnung an die evangelische Lehrtradition aufgefaßt und begrüßt worden. Wenn aber „Christus allein" keine fromme Phrase sein soll, ist damit auch etwas Wesentliches ausgesagt über das Verhältnis zwischen K i r c h e u n d W e l t:

> Jedes kirchenpolitische Paktieren mit den unheiligen Mächten der Welt — Staat, Parteien, Gesellschaftssystemen, Wirtschaft und deren Besitz- und Machtinteressen — muß abgelehnt oder aufgegeben werden, wenn es dem „Solus Christus" entgegensteht. Dieser „Christus allein" aber ist arm, ist machtlos, ist verachtet und verfolgt; ist der Freund und Helfer aller armen Schlucker; ist der große Friedensfürst und Friedensbringer, und zwar schon jetzt und hinieden...

Großes Aufsehen hat innerhalb und außerhalb der Kirche das in der Ansprache abgelegte päpstliche S c h u l d b e k e n n t n i s hervorgerufen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil eine solche „nostra maxima culpa" seit den fernen Tagen eines Papst Hadrian VI. (1522—1523), dieses Handwerkerssohns und letzten deutschen Papstes, nicht mehr gehört worden ist. Allerdings hat Johannes XXII. mehr als einmal vor aller Öffentlichkeit ein Schuldbekenntnis im Namen der Kirche abgelegt. Aber das war halt Johannes... Und außerdem hat die amtliche

Vatikanzeitung „Osservatore Romano" schon dafür gesorgt, daß davon nicht zuviel Aufhebens gemacht werden konnte, indem sie „solche Sachen" einfach unterschlug ...

Daß die einzelnen Katholiken — Kleriker nicht ausgenommen — arme Sünder seien, konnte nicht gut bestritten oder unterschlagen werden. Aber „unsere heilige Mutter Kirche" — in ihrer menschlichen Gestalt auch nur eine arme Sünderin — grenzte schon beinahe an sakrilegische Häresie ... Wobei dieses allmenschliche Versagen der konkreten Kirche sich nicht allein auf sittliche Mängel und Versäumnisse bezieht, sondern auch auf ein Versagen im Bereich der W a h r h e i t. Wenn auch der Kirche in der apostolischen Verkündigung des Evangeliums Unfehlbarkeit und Irrtumslosigkeit zugesprochen werden muß, können doch gewisse Wahrheiten durch die Art der Verkündigung verdunkelt oder vernachlässigt, andere überbetont und überbewertet werden. Das war nicht nur so in der Reformationszeit, das ist auch heute noch so ... Deshalb besteht eine immerwährende Veranlassung und Notwendigkeit, den sündefähigen Charakter der Pilgerkirche im einzelnen wie im ganzen anzuerkennen und auch zu bekennen.

Das „nostra culpa" Pauls VI. wäre wirksamer und noch erfreulicher gewesen, wenn es nicht mit dem bedingten „Wenn" begonnen hätte; und wenn es nicht in der vatikanischen Fassung in den Irrealis (anstatt den Indikativ) gesetzt und so glatt ins Gegenteil verfälscht worden wäre.

VI.

Die II. Session, die am 21. September 1963 begonnen hatte, ist am 4. Dezember zu Ende gegangen. Die Zahl der Schemata ist von 70 auf 11 reduziert worden. Neu sind die von Paul VI. eingeführten vier „Moderatoren". Sie sollen als amtliche Verhandlungsordner vermittelnd und ausgleichend wirken. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die letztentscheidende Instanz der Papst bleibt. Er bestimmt, über was verhandelt wird; es werden Beschlüsse erst wirksam, wenn sie von ihm bestätigt und verkündet worden sind.

Der Verlauf dieser II. Beratungsperiode ist wieder innerhalb und außerhalb der Kirche mit unvermindertem Interesse verfolgt worden. Man hat von ihr keine kirchlichen Sensationen erwartet, wohl aber bestimmte institutionelle und dogmatische Entscheidungen als Vorwärtswegweiser für kommende Entwicklungen in Kirche und Welt.

Diese Entscheidungen sind nicht gefallen.

Es ist wieder viel und frei gestritten worden über die Probleme: Kirche, Verhältnis zwischen Papst und Bischöfen, über römischen Zentralismus und episkopalen Föderalismus, über Rechte und Pflichten des Laien in der Kirche, über ihre Stellung zu den anderen christlichen Gemeinschaften, zu den Juden . . . Lauter drängende und neu zu beantwortende Fragen innerhalb des Kirchenraumes und seiner Vorhalle.

Die profane Welt mit ihren Sorgen, Leiden und ihrer existentiellen Gefährdung hat man draußen gelassen ...

Bischof Ernest J. Primeau von Manchester, New Hampshire, USA, hatte versucht, sie hineinzuholen:

> „Ich bin der Meinung, daß das Konzil etwas über das V e r h ä l t n i s von K i r c h e und S t a a t aussagen muß. Es sollten wenigstens einige Grundprinzipien festgelegt werden. Dort, wo das Kirchenschema vom Menschen als Individuum spricht, müßte er auch als soziales Wesen behandelt werden ... Viele Konzilsväter sind gegen eine solche Aussage über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, weil sie meinen: daß daraus ein böser Streitfall werde. Aber wir sind

doch nicht hierhergekommen, um den status quo abzustempeln, sondern um die Knoten, die es gibt, zu lösen oder zu zerschneiden ..."

Die Mehrheit war anderer Meinung. Die Konservativen hätten das Konzil jetzt am liebsten „ad calendas Graecas" vertagt. Da das nicht ging, versuchten sie die Verhandlungen endlos hinauszuziehen, um so vielleicht doch noch zum Ziel zu kommen. Dieser Verschleppungsversuch wurde von den Moderatoren durchkreuzt: Kardinal Döpfner stellte in ihrem Namen fünf Fragen über die Bischöfe, die der Vollversammlung zur Annahme vorgelegt werden sollten. Ottaviani bestritt den Moderatoren das Recht, solche Fragen überhaupt zu stellen. Das sei Sache der theologischen Kommission (deren Vorsitzender er selber ist). Als dann aber die Fragen doch vor die Generalkongregation kamen und angenommen worden waren, erklärte er, dieser Beschluß sei für das Konzil ganz unverbindlich.

Schon vorher hatte Kardinal Ottaviani — jedesmal eifrig sekundiert vom New Yorker Kardinal Spellman — einen Zusammenstoß mit Kardinal Frings gehabt. Frings hatte das Heilige Offizium, dessen Sekretär Ottaviani ist, heftig attackiert, weil es u. a. (angesehene und verdiente) Kleriker wie Laien verurteile, ohne ihnen Gelegenheit gegeben zu haben, sich zu verteidigen. Ottaviani hatte das mit größter Schärfe bestritten und dem Kölner Kardinal schlicht bescheinigt, daß er über Sachen rede, die er nicht verstehe.

VII.

Im einzelnen überboten sich die episkopalen Sprecher bei der Behandlung der Schemata: Kirche, Bischöfe, Laien, Ökumene ... in tiefsinnigen theologisch-dialektischen Auslegungskünsten. Nur schade, daß das nüchterne Leben damit nicht viel anzufangen weiß. Vor allem nicht die außerkirchliche Welt, zu der Johannes XXIII. den Zugang öffnen wollte.

Erfreulich ist: daß die vorwärtsdrängenden Kräfte des Konzils zahlenmäßig überlegen sind. Die anderen — um Ottaviani, Spellman, Siri, Ruffini ... — sind auch noch da. Und mit ihnen mächtige Kurienkreise. Die Kurie im Rücken, „werden auch die Schwachen mächtig ..."

Das Marienschema soll kein eigener Entwurf bleiben, sondern dem Kirchenschema eingeordnet werden. Dieser Erfolg der „Fortschrittlichen" war allerdings mit 1114 gegen 1074 nicht gerade überwältigend. Erstaunlich aber ist, daß Paul VI. in seiner Schlußansprache trotzdem vom „Marienschema" sprach. Vielleicht nur ein falscher Zungenschlag. Jedenfalls ist eine Vorentscheidung im Sinne einer Annäherung an protestantische Auffassungen und Erwartungen gefallen. Denn wenn die gar nicht so geringe Minderheit sich hier hätte durchsetzen können, wäre das für sie ein neuer Antrieb gewesen, die an sich schon so überbetonte Stellung Marias im gesamten Erlösungswerk noch weiter auszubauen. Es wäre die „Mit-Erlöserin und Mutter aller Gnaden" auch bald dogmatisch definiert worden. Damit aber wäre die von Johannes XXIII. wie auch von Paul VI. gewollte ökumenische Zielsetzung in unerreichbare Ferne gerückt worden. Diese Gefahr ist zunächst durch den Mißerfolg der Konservativen abgewendet worden. Ob sie endgültig beseitigt ist, wird sich noch zeigen müssen.

In das ökumenische Schema soll auf Veranlassung des deutschen Kurienkardinals Bea ein Kapitel über die Juden eingefügt werden. Darin wird festgestellt: daß die ganze Menschheit und nicht allein die Juden die Verantwortung für die Kreuzigung Christi tragen. Gegen diese Art der Judenbehandlung wandten sich mit allem Nachdruck italienische, spanische Kardinäle, sowie drei Patriarchen aus den arabischen Ländern: es würden dadurch die Gläubigen nur verwirrt und den Bischöfen neue Schwierigkeiten be-

reitet. Das Oberhaupt der Melkiten, Patriarch Maximos IV., war ebenfalls gegen dieses Judenkapitel. Er meinte: wenn schon darin über die Juden ausgesagt werde, müsse darin auch etwas über den Islam stehen. Es dürfe auch nicht allein der Antisemitismus verurteilt werden, sondern jede Verfolgung aus rassischen Gründen.

Ein anderes Kapitel des ökumenischen Schemas behandelt die religiöse Freiheit. Auch dagegen opponierten Konzilsväter. Mario v. Galli SJ schreibt in der schweizer Jesuitenzeitschrift „Orientierung" (Nr. 23/24 v. 15. 12. 63) sogar von „wahren Dramen", die sich um dieses Kapitel abgespielt hätten. Von zwei Seiten sei beim Papst interveniert worden:

> „Erstens von politischen und finanziellen Mächten, die befürchten, daß der neuen italienischen Regierung nur eine kurze Lebensdauer vergönnt sei. Neuwahlen wären die Folge. Gerade weil viele — wenn auch zu Unrecht — der Ansicht huldigen, das Rundschreiben Johannes' XXIII. „Pacem in terris" habe sich auf die letzten Wahlen schlecht ausgewirkt, gewinnt die Annahme an Kraft, auch dieses Dekret, das ganz auf „Pacem in terris" fußt, werde schlechte Folgen bei einer Wahl nach sich ziehen. Tatsächlich besteht in Italien die Gefahr eines Chaos. Es wäre durchaus verständlich, wenn Paul VI. den Vorwurf, dazu auch nur indirekt beigetragen zu haben, vermeiden wollte.
>
> Zweitens hat sich inzwischen nun doch eine Gruppe von Bischöfen herausgebildet, die das Kapitel aus theologischen Gründen unannehmbar findet. Es scheint sich um Italiener und Spanier zu handeln. Sie sagen, zumal alle Zitate Pius' XII, seien eindeutig verfälscht. Pius XII. habe von der „Toleranz" gesprochen und nicht von der „religiösen Freiheit". Toleranz bedeute eine „Duldung" in gewissen besonderen Verhältnissen, sie gebe aber niemals dem irrenden Gewissen ein „Recht". Das Schema hingegen drehe die Aussagen des Papstes so, als habe der Mensch ganz allgemein und immer grundsätzlich das „Recht", seinem ehrlichen Gewissen zu folgen, auch dort, wo es irrig sei ..."

Diese Offenherzigkeit des eidgenössischen Jesuiten ist erfreulich. Ein schwarzes Schaf unter den zahlreichen (klerikalen) Konzilslobsingern ... Es wird also doch „von politischen und finanziellen Mächten" hinter den Konzilskulissen gearbeitet. Mit welchem Erfolg, wird der weitere Verlauf der Kirchenversammlung noch zeigen.

Das „unannehmbar aus theologischen Gründen" dieser italienischen und spanischen Bischöfe beweist erschreckend: wie es auch heute noch in maßgeblichen Kreisen der kirchlichen Hierarchie um das Grundgesetz der Würde des Menschen — seine Gewissensfreiheit — bestellt ist.

Das empfand wohl auch Bischof de Smede von Brügge, der sich temperamentvoll mit den Gegnern der Religionsfreiheit auseinandersetzte. Er hielt es für dringend wünschenswert, daß dieses Kapitel noch in der II. Session angenommen werde. Die Welt warte darauf. Es müsse vom Konzil etwas gegen die weitverbreitete Beschuldigung geschehen: die katholische Kirche sei nicht frei von „machiavellistischen Vorstellungen"; denn wo sie selber in der Minderheit sei, fordere sie Religionsfreiheit; in katholischen Staaten aber unterdrücke sie selber nichtkatholische Minderheiten ... — Auch Kardinal Ritter (USA) forderte eine klare Erklärung über die religiöse Freiheit als Voraussetzung für ökumenische Kontakte mit andern christlichen Körperschaften. Es müsse diese Erklärung auch „die völlige Unabhängigkeit der Kirche von jeder zivilen Regierung in der Ausführung ihres Auftrages" verlangen.

IX.

In der Schlußfeier wurde das Liturgie-Schema, das bereits in der I. Session ausführlich und teilweise in erregten Debatten behandelt worden war, mit nur vier Gegenstimmen angenommen. — Das Dekret über die publizistischen Mittel

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT GMBH
Frankfurt/Main

Wie es in AUSCHWITZ wirklich zuging

Davon geben Ihnen über 40 ehemalige Häftlinge ein eindrucksvolles Bild in dem Buch

AUSCHWITZ
Zeugnisse und Berichte

Mit vielen Originaldokumenten und bisher unveröffentlichten Aufnahmen. Herausgegeben von H. G. Adler — Hermann Langbein — Ella Lingens-Reiner.
424 Seiten mit 36 Tafeln Leinen 24,— DM

Diese Anthologie stellt mit literarischem Geschick niedergeschriebene Aussagen von Intellektuellen neben unbeholfene Äußerungen einfacher Bauern und Handwerker. Dadurch vermittelt sie einen Einblick in das Schicksal der Häftlinge von einer Unmittelbarkeit, wie ihn eine Monographie nie zu geben vermöchte.

Als ergänzende Lektüre empfiehlt sich:

KZ-VERBRECHEN

VOR DEUTSCHEN GERICHTEN

Dokumente aus den Prozessen gegen Sommer (KZ Buchenwald), Sorge, Schubert (KZ Sachsenhausen), Unkelbach (Ghetto Czenstochau).

Herausgegeben von Dr. H. G. van Dam

und Ralph Giordano.

584 Seiten. Leinen 25,– DM

Eine Veröffentlichung der Anklageschriften und der Urteile mit ihren Begründungen.

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT GMBH
Frankfurt/Main

---

ist in seiner Endfassung so laienhaft-unzulänglich, daß es in der feierlichen Schlußabstimmung von nahezu 200 Bischöfen abgelehnt wurde. Es ist schon peinlich, die — gelinde gesagt — Unernsthaftigkeit der Konzilsmehrheit feststellen zu müssen, sobald es sich um ein Problem handelt, mit dem sich die Menschen von heute herumzuschlagen haben. Oder ist die Wirkung der modernen Massenmedien für die Kirche erst dann wichtig, wenn es um ihre eigenen klerikalen Interessen geht (Hochhuths „Stellvertreter")?

Die dann folgende Papstrede war ein diplomatisches Lavieren zwischen den beiden Konzilsrichtungen: „Wir haben gelernt, miteinander zu sprechen." Die zwei wichtigsten Wesenszüge der beiden Sessionen seien die Entwicklung zu einer höheren bischöflichen Würde und die gleichzeitige Festigung der Gesamthierarchie ...

Das ist nicht übermäßig viel, verglichen mit den kühnen Konzilsplänen eines Johannes XXIII.

Die reichlich akademische Paptsansprache bekam erst Gewicht und Farbe durch die sensationell klingende Ankündigung einer päpstlichen Palästinareise. Über sie schreibt M. v. Galli in der „Orientierung":

> „Ich will Ihnen ein Geheimnis verraten. In der ersten Session saß Paul VI., damals Kardinal Montini, oft mit einer Gruppe von Bischöfen und Experten zusammen, von der viele Initiativen des Konzils ausgingen. Eines der beliebtesten Themen dieser Gruppe war die Frage nach den Symbolen ... Die ganze Kirche ist ein Zeichen. So sprachen sie auch von der Kirche des Dienens, die ein Zeichen der Liebe Christi sein müsse und doch so wenig ist. In dieser Gruppe saß auch ein Arbeiterpriester mit Namen Gauthier aus Dijon, der jetzt in Nazareth lebt und dort eine Kongregation der Gefährten Jesu des Zimmermanns gegründet hat. Dieser lud damals Montini ein, als einfacher Pilger — obwohl Kardinal — nach dem Heiligen Land zu wallfahrten, als „Zeichen". Verstehen Sie von daher die jetzt angekündigte Wallfahrt?..."

Die Wallfahrt ein Symbol, das nach anderen Symbolen ruft ...

X.

Zwei Schemata verabschiedet; davon das eine noch sehr umstritten; die „bischöfliche Würde erhöht; die Hierarchie im ganzen befestigt" — alles andere noch unentschieden oder noch gar nicht in Angriff genommen: was würde wohl Johannes XXIII. dazu gesagt haben? ...

Und „Pacem in terris"? Diese Christusbotschaft der Hoffnung nicht nur für die Kirche, für die ganze Welt ...?

Die Menschheit dieser Welt ist bisher (beim Konzil) noch völlig leer ausgegangen. Was ist bisher dort für den Frieden — den Völkerfrieden — geschehen? Wird überhaupt im Konzil etwas für den Frieden im Geist des „Pacem in terris" passieren? Das erwartet die Welt; denn man muß erst leben, wenn man philosophieren will.

Und das erwarten die romtreuen, aber auch das Leben und unsere Erde liebenden katholischen Laien. Sie hoffen auf klare Entscheidungen gegenüber einer neuwerdenden Welt, die eine neue Logik und neue Definitionen der Wahrheit verlangt. Die Zeitwende in den praktischen Bezirken des Politischen, Kulturellen, Sozialen, Wirtschaftlichen, aber auch die Gedankenwende in der Wissenschaft, die Glaubenswende gegenüber den zeitgebundenen theologischen Formulierungen und nicht zuletzt die Wertwende petrefakter kirchlicher Praktiken — Teilhard de Chardin würde sagen „das Werden einer neuen Stufe des Lebens" — verlangen eine neue Struktur der Kirche. Wo ein Neubau vonnöten ist, helfen keine römischen Reparaturen.

Das hat Papst Johannes XXIII. intuitiv erfaßt und aus diesem divinatorischen Wissen das II. Vatikanum einberufen. Es sollte die konstruktiven Pläne für den Neubau der Kirche im Innern wie im Äußern entwerfen. Er hat aus persönlichem Respekt vor der apostolischen Macht-Würde des bischöflichen Amtes und vor den hierarchischen Kompetenzen des Konzils keinerlei konkrete Forderungen gestellt. Wohl aber durch „Pacem in terris" einen klaren Baugrundriß entworfen.

Es kommt nun alles darauf an: ob die bischöflichen Bauleute dem ihnen anvertrauten Werk gewachsen sind.

Es gibt da gewisse begründete Bedenken... Doch wie man den Tag nicht vor dem Abend loben, soll man auch kein Konzil vor dem Ende zelotisch anschwärzen. Sondern hoffen...

Dr. Wolfgang K. H. Fischer

Metaphysik und Recht

Eine Betrachtung vom Standpunkt der analytischen Philosophie

I.

Die Diskussion um die Verwendung metaphysischer Begriffe im Strafgesetzbuch und über die Freiheit des einzelnen gegenüber weltanschaulich-religiösen Dogmen im Hinblick auf das Strafgesetzbuch ist bisher von psychologischen, juristischen, medizinischen und theologischen Gesichtspunkten geführt worden, wobei im wesentlichen das Gewicht auf Einzelfragen lag. Ganz allgemein kann das Problem des Verhältnisses von Metaphysik und Rechtsordnung auf der Grundlage der analytischen Philosophie erhellt werden, die damit einen gewichtigen Beitrag zu dem Problem geben kann. Die analytische Philosophie hat, bezeichnend genug, obwohl sie aus dem deutschen Sprachraum stammt (ihre Anfänge gehen zurück auf Überlegungen im Wiener Kreis der zwanziger Jahre), keine bemerkenswerte Bedeutung in der Philosophie oder auf anderen geisteswissenschaftlichen Gebieten innerhalb Deutschlands erlangt, dagegen ist im angelsächsischen Raum ihr Einfluß auf das mathematisch-naturwissenschaftliche Denken unübersehbar geworden, und darüber hinaus beherrscht sie andere, dem exakten Denken anscheinend fernstehende Gebiete, die bei uns zu den sogenannten Geisteswissenschaften gerechnet werden. Vor allem im Bereiche der Soziologie und der politischen Wissenschaften bestimmt sie bereits das Denken und die Methode. In Deutschland wird an den Universitäten, wo in den geisteswissenschaftlichen Fakultäten die Grundposition des idealistischen Denkens starr verteidigt wird, aber auch in den allgemeinen Diskussionen um gesellschaftliche und natürlich vor allem um das reine Denken und das absolute Sein kreisende Fragen die idealistische Denkmethode kultiviert, die im wesentlichen vom Prinzip her ausgerichtet ist, wie es geradezu beispielhaft die zu diesem Thema in der „Zeit" veröffentlichten Beiträge beweisen[1]). Versuche, die in diesem Denken liegende Ideologisierung von aufgestellten Prinzipien zu enthüllen, glaubt man mit der paradoxen

[1]) Zeit Nr. 33/62, S. 7; Nr. 36/62, S. 13; Nr. 41/62, S. 8.

Behauptung ad absurdum zu führen, die Entideologisierung selbst beruhe auf metaphysischen Voraussetzungen, jede die Grundlagen betrachtende Untersuchung komme also nicht aus ohne Metaphysik. Auf die philosophische Problematik dieser Frage kann im Rahmen dieser Betrachtung nicht eingegangen werden, es mögen einige allgemeine analytische Beobachtungen über den Charakter unserer sprachlichen Aussagen genügen, die sich dann auf unser Thema anwenden lassen und zu gewissen erkenntniskritischen Einsichten führen.

II.

Die analytische Philosophie nimmt nicht teil an Auseinandersetzungen über die Ansprüche verschiedener Prinzipien auf Anerkennung als Wahrheit, wobei jeweils nur eine Partei „im Recht" sein kann und allen anderen damit jede weitere Möglichkeit genommen wird, die Auseinandersetzung fortzusetzen (Ideologiestreit), da sie aufgrund einer Entscheidung für falsch erklärt werden. Die Diskussion um den Schuldbegriff zeigt, es handelt sich im Grunde um Fragen der Definition. Man versucht also, von der Definition her das Problem zu lösen, wobei man voraussetzt, der abstrakten Definition entspreche ein „Sein", ein „Absolutum", so daß man vor die unlösbare Aufgabe gestellt wird, zwischen den verschiedenen Seinsarten zu entscheiden, die den häufig sich widersprechenden Definitionen entsprechen. Weil z. B. der Schuldbegriff sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann — Professor Hofstätter, Hamburg, meint, die Formalisierung der Gotteslästerung sei vielleicht selbst schon Blasphemie, also „Schuld" —, sind Entscheidungen vom Begriff her nicht möglich. Die Begriffe stehen nicht für festumrissene Gegenstände, sind nicht Abbilder ursprünglicher, einsehbarer und klarer Ideen, sondern müssen als Leerformeln angesehen werden, die sich beliebig auffüllen lassen. Der Platonismus stellt sich damit vom Standpunkt der analytischen Philosophie als sprachlicher Irrtum heraus. Der metaphysische Schuldbegriff besagt inhaltlich gar nichts, auch die Formel „schuldig vor Gott" gibt zunächst keine inhaltliche Vorstellung, sie bedarf jeweils der Angabe, worum es sich handelt. Da die Leerformel alles oder nichts bedeutet, kann sie für jede Art von Meinung in Anspruch genommen werden und ist damit ohne praktischen Wert für Entscheidungen, die bestimmte Einzelfälle betreffen. Die Verwendung von Leerformeln im Strafgesetz bedarf daher für jeden Einzelfall der Intrepretation. Auch eine beabsichtigte „allgemeine" Bedeutung, die bewußt nichts oder alles aussagt, müßte mindestens allgemein anerkannt werden, wenn sie als metaphysische Grundlage gelten soll. Wer z. B. gar nicht an metaphysische Schuld glaubt, wird durch solchen Grundsatz nicht angesprochen. Die beabsichtigte Festigung der Rechtsprechung schlägt damit in ihr Gegenteil um.

Eine nicht nur in dieser Diskussion, sondern überhaupt in der gegenwärtigen weltpolitischen Auseinandersetzung zweifelhafte Leerformel ist „die Freiheit". Man glaubt, das Wesen der Freiheit im Prinzip entdecken zu können und daraus abzuleiten, wo Freiheit herrscht und wo sie unterdrückt wird. Ein Blick in die reale Umwelt zeigt, daß es bereits innerhalb der freien Welt sehr verschiedene Freiheiten gibt. Zur freien Welt gehört bekanntlich auch Spanien, und die Diskussion um diese Tatsache zeigt, wie sehr dem Freiheitsbegriff ein konkreter Inhalt fehlt und daß er daher nach den jeweiligen politischen Gegebenheiten interpretiert wird. Ein zweites Beispiel findet sich in der Außenpolitik. Man hat bekanntlich feststellen müssen, die ehemaligen Kolonialvölker verstehen unter Freiheit die Selbständigkeit des Staates, nicht aber ohne weiteres die freiheitliche Verfassung. Es ist deshalb häufig schwer, diesen Völkern das Freiheitsproblem Berlins klarzumachen. Schon die Aufgabe, die Völker zu bestimmten Auffassungen von Freiheit zu erziehen, zeigt den Begriff als relativ auf Zeit und

Volk. Es ist geradezu eine banale Feststellung, daß innerhalb der Bundesrepublik einzelne Gesellschaftsgruppen und Institutionen ganz verschiedene Vorstellungen von Freiheit haben. Profesor Thielicke versucht eine nähere Bestimmung mit der Entscheidung für die „Freiheit wozu"[2]), wobei die Ausklammerung der „Freiheit wovon" durchaus keine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann, sondern einfach als Definition gesetzt wird. Schon darin zeigt sich die oben vermerkte Art des Denkens vom Prinzip her und die Annahme, man könnte die Realität daraus deduzieren. Der Begriff wozu besagt inhaltlich nichts, er muß aufgefüllt werden, was theoretisch natürlich nach jeder Richtung hin möglich ist. Wenn Prof. Thielicke als Theologe die Freiheit in ihrer Gebundenheit an eine „letzte Instanz" sieht, so wird die Freiheit bereits von bestimmten Voraussetzungen interpretiert. Nur am Rande sei darauf hingewiesen, daß gleichzeitig damit die theologische Diskussion um den paradoxen Umschlag des Absoluten in unsere Zeitlichkeit involviert wird. An dieser theologischen Auseinandersetzung sind aber die Masse der Gläubigen und Nichtchristen überhaupt nicht interessiert, und die verschiedenen theologischen Richtungen geben widersprechende Antworten. Der Freiheitsbegriff kann zwar metaphysisch gesetzt werden, bleibt aber ohne Wirkung, so lange er nicht durch das Gesetz erzwungen wird, wodurch nur eine Partei „ihre" Freiheit erhält. Tatsächlich müßte Freiheit auf jeden einzelnen Fall bezogen werden. Das setzt aber grundsätzlich den Verzicht auf jedes metaphysische a priori voraus. Auf die Widerlegung jeder metaphysischen Ontologie durch Kant sei hingewiesen. Diese ist auch nicht durch die Wiederbelebung mittelalterlicher Spekulationen ungültig geworden. Für die Realisierung von Freiheit ist es wichtiger zu wissen, über welche Fragen das Individuum selbst entscheiden darf, und welche vom Gesetz geregelt werden. Die Formel Prof. Thielickes „in einem letzten Sinne unabhängig zu sein" besagt inhaltlich nichts, sondern es muß erst inhaltlich bestimmt werden, worauf sich dieser Anspruch beziehen soll. In der vorgebrachten allgemeinen Form würde der Satz den Rechtsstaat aufheben, denn die individuelle Interpretation bedeutet totale Willkür. Es bleibt eine Frage der staatlichen Zweckmäßigkeit, welche Forderungen allgemeinverbindlich gemacht werden und welche der individuellen Entscheidung (dazu gehören auch Entscheidungen von Gruppen, z. B. religiösen Gemeinschaften) überlassen bleiben.

III.

Außer Leerformeln, wie sie soeben an den Begriffen Schuld und Freiheit gezeigt wurden, bietet die Sprache sogenannte Scheinprobleme. Man vergleiche folgende Sätze: a) Peter ist groß, b) Peter ist klug, c) Peter ist fromm. Die Sätze sind gleichgebaut und scheinen demnach in ihrem Aussagewert in gleicher Weise zuverlässig zu sein. Der Fehlschluß liegt in der Folgerung von der Form auf die Wahrheit der Aussage. Der Inhalt des ersten Satzes kann empirisch nachgeprüft werden und läßt sich durch genaue Maßangaben bestätigen. Das ist bei dem zweiten Satze nicht mehr möglich, doch kann man über die Aussage allgemeine Verständigung erreichen, man könnte feststellen, Peter kann richtig rechnen, er beherrscht die Rechtschreibung, seine Antworten sind im allgemeinen richtig usw. . . Der Satz c) kann keine allgemeine Geltung erzwingen, denn woran soll man die Aussage messen, an Peters regelmäßigem Kirchgang, an seinen Äußerungen? Zweifel sind nicht zu widerlegen, daß diese Äußerlichkeiten nicht die Wahrheit ausdrücken, niemand kann ihm ins Herz sehen. Der Satz d) Peter wird bestraft, weil er schuldig ist, zieht die Frage nach sich: was hat er gesagt oder getan? Lautet die Antwort, Peter wurde bestraft wegen Gotteslästerung, so ist noch keine

[2]) Vortrag vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Wiesbaden „Die Gefährdung der Freiheit durch die freiheitliche Gesellschaft".

inhaltliche Antwort gegeben, denn auch der Begriff der Gotteslästerung bedarf der näheren Bestimmung. Begnügte sich die Antwort mit einer Leerformel, wäre totaler Willkür Raum gegeben.

Wir betrachten folgende Sätze: a) gibt es Hexen? b) gibt es Teufel und Dämonen? c) gibt es Engel? Die erste Frage dürfte in der modernen Kulturwelt ohne weiteres verneint werden, die Frage b) wird teils bejahende, teils verneinende Antworten erhalten, während die dritte Frage bei den Gläubigen wohl in der überwiegenden Mehrheit bejaht werden dürfte. Vor fünfhundert Jahren hätten diese drei Fragen nach der allgemeinen Überzeugung eine einheitliche Antwort erhalten, d. h. sie wären bejaht worden. Die Existenz von Hexen, Teufeln, Dämonen, Engeln ist damals kein Problem gewesen. Die erste Frage löst heute keine Diskussion mehr aus, das „Problem" hat sich selbst erledigt, die Anhänger dieses Glaubens an die Existenz von Hexen werden heute als abergläubisch verlacht. Das Problem ist nicht etwa gelöst, sondern hat sich als Scheinproblem erwiesen. Diese Feststellung läßt sich für die beiden anderen Fragen nicht ohne weiteres verallgemeinern. Die Entscheidung darüber, ob ein Problem ein Scheinproblem ist, hängt in bezug auf metaphysische Fragen vom Stande des Bewußtseins hinsichtlich des aufgeklärten rationalisierten Denkens ab. Die eben genannten Fragen dürfen nicht verwechselt werden mit Fragen folgender Art: a) ist die Erde eine Scheibe? b) ist die Erde eine Kugel? Hier handelt es sich um keine Scheinprobleme, denn über die Antwort konnte empirisch entschieden werden nach dem Stande der Wissenschaft, über die Existenz der Hexen kann zu keiner Zeit eine empirische Aussage gemacht werden, ebenso wenig wie über die Teufel, Dämonen und Engel. Daß der Glaube an die Existenz von Hexen und Dämonen heute als Aberglaube gilt, dagegen Aussagen über Engel und Teufel nicht, hängt zusammen mit der seit der Renaissance ständig fortschreitenden Rationalisierung des Daseins. Für Hexen ist in unserer rationalen Welt kein Platz mehr, auch der Teufel und die Dämonen werden immer abstrakter und unanschaulicher, sie sind bereits weithin ersetzt durch die Formel: das Böse. Allerdings ist bemerkenswert, daß auch von Scheinproblemen große Wirkungen ausgehen können. Der Satz „es gibt Hexen" hat ja erst die Verbrennungen unschuldiger Menschen möglich gemacht. Seit Kant sind die Aussagen über metaphysische Wesenheiten Angelegenheit des Glaubens. Sie beeinflussen dennoch, auch wenn sie umstritten sind, auf allen Gebieten des Lebens unser Urteilen und Handeln.

IV.

Der Soziologe Ernst Topitsch hat gezeigt, in der Wissenschaft und im Rechtsleben finden nur die Formulierungen Anerkennung, die kontrollierbare Merkmale angeben, wodurch eine Entscheidung über Wahrheit oder Richtigkeit möglich ist. Für die Wissenschaft ist diese Beobachtung ohne Einschränkung zuzugeben, denn die Entwicklung der Wissenschaft ist nicht durch Auseinandersetzung mit metaphysischen Prinzipien bewirkt worden, sondern durch Außerachtlassung aller nicht empirisch nachweisbaren Ansprüche. Als Ergebnis ist eine große Anzahl spekulativer Ideen aus der wissenschaftlichen Erörterung ausgeschieden, ohne daß über ihre Wahrheit eine Entscheidung gefällt wurde. Wo immer kausale Zusammenhänge das physikalische Geschehen erklären konnten, starben magische und metaphysische Erklärungen ab, weil sich niemand mehr darum kümmerte. Weder in der Antike noch im Mittelalter wurde z. B. in der Tierkunde ein Unterschied zwischen realen Wesen und Fabeltieren gemacht. An der Beschreibung von Fabelwesen in naturkundlichen Büchern besteht seit Aufkommen der naturwissenschaftlichen Methode kein Interesse mehr. Man hat ihre Existenz nicht widerlegt, sondern ihre Erörterung ausgeklammert.

Inwieweit trifft nun die Beobachtung von Topitsch über die Theorie vom Recht zu, deren Zentralbegriff „Recht" ohne Zweifel metaphysischen Charakter trägt? Im Fischer-Lexikon Recht (Bd. 12, Abschnitt Rechtsphilosophie) lesen wir: „Die Verschiedenheit von Recht einerseits und Sitte und Moral andererseits ist allgemein anerkannt, nur das eigentliche Unterscheidungsmerkmal nicht", und: „Das Recht beschränkt sich aber auf das äußere Verhalten, es greift nicht in die innere Substanz, die Denkungsart des Menschen ein." Der Versuch, die Gerechtigkeit zum Maßstab für den Richter zu machen, zeigt das bereits erwähnte Streben, vom Prinzip her Fragen des Lebens zu lösen. Da wir den göttlichen Willen nicht kennen, kann die Gerechtigkeit nicht wie in der Religion an Gott gebunden werden, noch mit Moral und Sitte verknüpft werden, da diese ständigen Wandlungen unterliegen. Tatsächlich ist Gerechtigkeit eine Leerformel, die zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Völkern unterschiedlich interpretiert worden ist. Es ist ein Irrtum zu glauben, die Bindung des Richters an die Gerechtigkeit sage irgendetwas aus, sie tut es ebenso wenig wie ein Vergehen gegen diese Gerechtigkeit, dem man die Bezeichnung Schuld gibt. Gerechtigkeit erhält ihren Inhalt nicht durch Beziehung auf ein absolutes Sein oder den (unbekannten) Willen Gottes, sondern durch die vom Menschen gesetzten Maßstäbe. Gerechtigkeit ist im Grunde nur staatliche Zweckmäßigkeit, die in Gesetzen festgelegt ist, oder sie würde totale Willkür des einzelnen Richters. Es ist erstaunlich, wenn im zwanzigsten Jahrhundert gerade von juristischer Seite der Versuch gemacht wird, das Recht metaphysisch zu „untermauern". Dieser Versuch wäre vielleicht zu verteidigen in einer einheitlichen Glaubensgemeinschaft, es ist aber nur zum Nachteil der Rechtsprechung, wenn man die im neunzehnten Jahrhundert aus dem Recht eliminierten religiösen Elemente wieder einbaut und die Wiederlegung der metaphysischen Spekulation durch Kant ignoriert.

V.

Die analytische Kritik steht nicht im Kampf gegen Metaphysik und Religion, aber gegen die Grenzüberschreitungen, deren Vermeidung auch im Interesse der metaphysischen Systeme liegt, wenn sie nicht im gesellschaftlichen Rationalisierungsprozeß aufgelöst werden wollen. Drei Beispiele mögen diese Behauptung erhärten. Wäre es etwa heute möglich, in einem physikalischen Lehrbuch statt Ursache und Wirkung Geister als bewirkende Kräfte und Ziele der Geister als Wirkungen zu erklären? Die Lächerlichkeit eines solchen Versuches braucht nicht nachgewiesen zu werden. Weniger deutlich scheint das zweite Beispiel zu sein. Vor einigen Jahren wurde im Bundestag darüber diskutiert, ob Christus auch für Karl Marx gestorben sei. Es schien sich um ein theologisches Streitgespräch zu handeln, und man mochte sich wundern, in unseren Politikern plötzlich Metaphysiker zu entdecken. Tatsächlich aber ging es um ein ganz konkretes politisches Anliegen. Die Theologisierung des politischen Lebens hatte einer Seite bedeutsame politische Vorteile verschafft. Mußte es nicht das natürliche Bestreben der anderen Seite sein, diesen politischen Vorteil aufzuheben oder ebenfalls in seinen Genuß zu kommen? Die Theologie schien zur Magd der Politik geworden, die Theologen selbst mögen über die Zweckmäßigkeit dieser Entwicklung entscheiden. Der Philosoph Grisebach könnte ihnen Wichtiges über die Theologisierung des historischen Raumes sagen. Auch der Versuch, die Theologie wieder in die Rechtsordnung einzugliedern, muß bedenklich stimmen, denn zugleich werden ja die verschiedenen metaphysischen Positionen mit einbezogen, die erwähnte Rede Professor Thielickes zeigt bereits an, wohin der Weg geht. Die breite Masse allerdings kümmert sich nicht um den Streit der Metaphysiker, sie wird in unserer

rationalisierten Welt das Überlebte nicht beachten. Es wird weitgehend zur Mißachtung des Rechts kommen, das, wie Prof. Hofstätter warnend ankündigt, in Zukunft weitere Reformbestrebungen hervorrufen wird.

Das Volk wird auch nicht wie Prof. Thielicke die Männer verachten, die als geschlossene Fraktion eine bestimmte These vertreten, weil es nichts davon weiß, aber es wird mit der Nichtbeachtung der metaphysischen Grundlagen gleichzeitig das religiöse Gefühl selbst verlieren. Die Übertretung sittlicher Gebote verteilt sich wahrscheinlich gleichmäßig auf Gläubige und Nichtgläubige, ein Zusammenhang zwischen religiösem Bekenntnis und unmoralischem Verhalten wird sich nie nachweisen lassen. Oder sollte im Grunde der Gedanke vorliegen, das religiöse Gefühl neu zu erwecken, indem man das Rechtsleben theologisiert? Die Geistesgeschichte zeigt ein ständiges Fortschreiten im Abbau der Ideologien. Je größer die Spannung wird zwischen der empirischen Wirklichkeit und den Versuchen, sie nach metaphysischen Prinzipien zu ordnen, desto schneller brechen diese Prinzipien zusammen. Selbst totale Willkür könnte den Prozeß nicht aufhalten.

Was aber können wir tun? Die Analyse unserer empirischen gesellschaftlichen Wirklichkeit zeigt die pluralistische Gesellschaft. Die Ideologen fürchten zwar die Allmacht des Staates, versuchen jedoch gleichzeitig, die Allmacht der eigenen Theorien mit Hilfe des Staates durchzusetzen. Nur wenn man es aufgibt, vom Standpunkt der eigenen Prinzipien die Lebensform der pluralistischen Gesellschaft zu verneinen und zu beklagen, da sie die eigenen Ansprüche nicht total erfüllen kann und will, also wenn man guten Willens ist, diese Wirklichkeit nicht nach Prinzipien, sondern nach den praktischen Erfordernissen unserer Zeit zu ordnen, kann man die Spannungen lösen, die sonst zu katastrophalen Konflikten führen können, denn die Durchsetzung der eigenen Moral führt zur Unterdrückung der entgegengesetzten und bewirkt wachsenden Widerstand. Damit wird die moralische Grundlage der Demokratie selbst erschüttert.

Die analytische Philosophie verzichtet auf Emotion und Fanatismus, weil sie weiß, es gibt keine absoluten Lösungen oder Systeme im empirischen Bereich. Sollte es nicht zu denken geben, daß im angelsächsischen Lebensraum wenig um Prinzipien, doch um so mehr um praktische Maßnahmen gestritten wird? Die Anfälligkeit für totalitäre Regierungsformen findet sich gerade in den Staaten, wo man um ideologische Prinzipien streitet, weil man durch sie die Probleme des Lebens endgültig zu lösen glaubt. Da das Recht ein Ordnungsfaktor des sozialen Lebens ist, sollte es auch nur von dort seine Impulse empfangen.

Aus der Wirtschaft

Das Ende des Kuba-Embargos

Die Bemühungen der USA, Kuba durch eine einheitliche strikte Embargo-Politik des Westens unter wirtschaftlichen Druck zu setzen, scheinen endgültig gescheitert. Anläßlich ihres Besuches in Washington Mitte Februar haben der britische Premierminister Douglas-Home und Außenminister Butler die amerikanischen Forderungen nach einem Boykott auch für nicht-strategische Güter entschieden zurückgewiesen. — Die amerikanische Regierung hat Mitte Februar Sanktionen gegen Großbritannien, Frankreich und Jugoslawien wegen deren Kuba-Handel beschlossen. Alle Leistungen an diese Länder nach dem Auslandshilfegesetz sind gestrichen worden. Spanien (s. u.) wurden entsprechende Maßnahmen angedroht.

Die britischen Exporte nach Kuba hatten im Januar 1964 einen Wert von 1,3 Millionen Pfund Sterling gegenüber 200 000 Pfund Sterling im Januar 1963. — Die britische Automobil-Firma Leyland Motors, die bereits einen Auftrag über die Lieferung von 400 Autobussen an Kuba übernommen hat, wird noch weitere 50 Autobusse an Kuba liefern. Der Gesamtauftrag von 450 Autobussen soll einen Wert von über vier Millionen Pfund Sterling haben. (Basler Nachrichten v. 2. 3. 64). — Mitte Februar haben Verhandlungen zwischen Unternehmen der britischen Schwerindustrie und kubanischen Vertretern über die Lieferung von Straßenbau-Material, vor allem Bagger, im Werte von 440 000 Pfund Sterling an Kuba begonnen. — Eine kubanische Handelsdelegation ist Ende Februar zu mehrwöchigen Verhandlungen mit britischen Regierungsstellen und Wirtschaftsunternehmen in London eingetroffen. — Nach einer Mitteilung des britischen Außenministeriums vom 25. Februar hat Ministerpräsident Fidel Castro dem britischen Shell-Konzern eine Entschädigung für die Mitte 1961 verstaatlichte Öl-Raffinerie auf Kuba (deren Wert zehn Millionen Pfund Sterling betragen soll) angeboten. Shell hat sich bereit erklärt, mit der kubanischen Regierung über diese Frage zu verhandeln.

Auch Frankreich ist dabei, seine Handelsbeziehungen mit Kuba auszudehnen. Das Automobil-Unternehmen Berliet in Lyon hat 300 schwere Lastkraftwagen im Werte von 50 Millionen Franken an Kuba verkauft. Bei einer anderen Firma in Lyon sind von der kubanischen Regierung Straßenschlepper bestellt worden.

Eine kubanische Handelsdelegation weilt seit dem 24. Februar auch in Madrid. Die spanische Regierung hält ungeachtet eines starken amerikanischen Druckes an ihrer Absicht fest, den Handel zwischen Spanien und Kuba aufrechtzuerhalten und zu erweitern. Kuba hat in letzter Zeit u. a. einen größeren Posten spanischer Pegaso-Lastwagen gekauft.

Die Außenhandels-Möglichkeiten Kubas haben sich durch den jüngsten erheblichen Anstieg der Zuckerpreise auf dem Weltmarkt wesentlich verbessert. Die kubanische Regierung ist nunmehr nicht mehr darauf angewiesen, Einfuhren fast ausschließlich mit Zuckerlieferungen zu bezahlen, sondern kann auch, dank ihrer günstigeren Devisen-Situation, dem Wunsche nach Barzahlung entsprechen.

Der westeuropäische Handel mit dem Ostblock

Bei seinem Besuch in Washington (s. o.) hat der britische Premierminister die Bereitschaft Großbritanniens zum Ausdruck gebracht, entgegen den amerikanischen Vorstellungen in dieser Frage der Sowjetunion künftig auch langfristige Kredite zu gewähren. — Zwischen britischen Stellen und einer sowjetischen Handelsdelegation sind inzwischen vorläufige Vereinbarungen über die Lieferung von Produktionsanlagen für die russische Kunstdünger- und Kunststoff-Industrie abgeschlossen worden. Unter anderem soll die Lieferung einer kompletten Anlage für die Herstellung des Chemiefaser-Kunststoffes Terylene in einem Werte von 500 Millionen DM vorgesehen sein. Der Gesamtauftrag soll einen Wert von 100 Millionen Pfund Sterling (1,1 Milliarden DM) haben. Die britischen Unternehmen werden mit staatlicher Hilfe der Sowjetunion bei Großaufträgen Kredite mit einer Laufzeit bis zu 15 Jahren einräumen.

Die britischen Exporte in die Sowjetunion sind im Jahre 1963 um 13 Millionen Pfund Sterling, d. h. um 32 % gestiegen. Die Einfuhren aus der Sowjetunion haben um 6 Millionen Pfund Sterling zugenommen.

Vom 18. bis zum 31. Mai 1964 wird in Moskau eine britische landwirtschaftliche Ausstellung stattfinden, an der sich mehr als hundert Aussteller beteiligen werden. Nach einem Bericht der NZZ vom 1. Februar befinden sich unter den Ausstellern u. a. „die maßgebendsten britischen Erzeuger landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sowie die wichtigsten Hersteller von Düngemitteln und Chemikalien".

Die britische Regierung will den Ostblockstaaten durch eine Liberalisierung der Einfuhr nach Großbritannien die Möglichkeit geben, in höherem Maße als bisher Devisen für den Import von Waren aus Großbritannien zu erwerben. Entsprechende Wünsche sind von osteuropäischer Seite geäußert worden. Wie Handelsminister Heath mitteilte, ist eine Aufhebung der Einfuhrkontingentierung für bestimmte Fertigwaren (u. a. Möbel, Korbwaren, Lederwaren, Glas, Keramik, Bücher und Pharmazeutika) vorgesehen. (Diese Regelungen betreffen nicht die Sowjetunion.)

„Wenn der englischen Industrie als Ganzes im Ostgeschäft gewisse Grenzen gesetzt bleiben, so dürfen einzelne Firmen nun wahrscheinlich doch wieder mit häufiger sich bietender Gelegenheit mit profitablen Abschlüssen rechnen. Und so wird in Kreisen des Maschinenbaues auch erneut die Voraussage herumgeboten, der britische Export nach Ländern des Ostblocks könnte sich über die nächsten fünf Jahre hinweg verdreifachen, das heißt auf 4 Mrd. Fr. erhöhen." (Basler Nachrichten v. 4. 2. 64).

Der sowjetische Vizeministerpräsident und Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit, Rudnjew, hat sich in der zweiten Februarhälfte für zwei Wochen in Frankreich aufgehalten und mit französischen Industriellen, u. a. mit Georges Villiers, dem Vorsitzenden des französischen Arbeitgeberverbandes, über eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion verhandelt. — Am 5. Februar ist in Paris zwischen Finanzminister Giscard d'Estaing und dem polnischen Außenhandelsminister Trampezynski ein Abkommen über die Lieferung französischen Getreides nach Polen unterzeichnet worden. Danach wird Frankreich von 1965 bis 1967 jährlich 400 000 to Getreide (davon mindestens 250 000 to Weizen, der Rest Gerste und Mais), nach evtl. Vereinbarung auch 600 000 to, an Polen liefern. Frankreich gewährt Polen in diesem Geschäft Kredite mit einer Frist bis zu 18 Monaten. Nach dem neuen Abkommen besteht auch die Möglichkeit, daß die französischen Getreidelieferungen an Polen im laufenden Jahr über die bisher vorgesehenen 200 000 to hinaus bis auf 600 000 to erhöht werden können.

In einem zum Abschluß der Verhandlungen zwischen Ministerpräsident Chrustschow und dem dänischen Ministerpräsidenten Krag in Moskau herausgegebenen Kommunique hat die Sowjetunion in Dänemark weitere drei Kühlschiffe bestellt. Besprechungen über einen weiteren großen Kühlschiff-Auftrag an Dänemark hätten begonnen. Auch werden z. Z. die Möglichkeiten der dänischen Industrie geprüft, technische Ausrüstungen für die sowjetische Kunstdünger-Industrie zu liefern. (Nach: NZZ v. 29. 2. 64)

Japanisch-sowjetisches Handelsabkommen

Japan und die Sowjetunion haben am 1. Februar ein Abkommen über den Warenaustausch im laufenden Jahr abgeschlossen. Japan wird an die Sowjetunion Waren im Werte von 142 Millionen Dollar (568 Millionen DM) liefern und Waren für 130 Millionen Dollar (520 Millionen DM) aus der Sowjetunion einführen. Der japanische Export steigt dabei gegenüber dem Vorjahr um 16 %, der sowjetische um 13 %.

Der China-Markt

Das große Pariser Warenhaus Printemps hat Mitte Februar eine große Verkaufsausstellung mit Waren aus der Volksrepublik China eröffnet. Mehr als ein Drittel der Verkaufsfläche ist vorübergehend für solche Waren reserviert worden.

Zwischen der argentinischen Regierung und der Regierung der Volksrepublik China sind Vereinbarungen über eine Lieferung von 750 000 to argentinischen Weizens an China abgeschlossen worden. Es ist dies laut NZZ v. 29. Februar die erste Handelsvereinbarung von Regierung zu Regierung;

frühere chinesische Bezüge aus Argentinien wurden mit privaten Firmen vereinbart. Die in Buenos Aires erscheinende Wirtschafts-Zeitschrift „Economic Survey" erklärte, es handle sich dabei um die Ankündigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Argentinien und der Volksrepublik China.

Die Welthandelskonferenz

Am 23. März wird in Genf die UNO-Konferenz über Welthandels- und Entwicklungsprobleme beginnen. An ihr werden die Vertreter von 120 Regierungen teilnehmen. Eingeladen sind ferner die Vertreter der großen internationalen Wirtschaftsorganisationen wie EWG, EFTA, OECD, GATT und COMECON. Die Konferenz soll bis zum 15. Juni dauern.

Zusammenschluß Agfa—Gevaert

Die Agfa AG Leverkusen, ein Tochterunternehmen der Farbenfabriken Bayer AG, und die Belgische Gevaert Photo-Producten N. V., Mortsel (Antwerpen), haben, wie Mitte Februar bekanntgegeben wurde, ihren Zusammenschluß vereinbart. Wie es in der offiziellen Mitteilung darüber heißt, wird der Zusammenschluß auf paritätischer Basis durchgeführt „und umfaßt beiderseits die gesamte industrielle Tätigkeit auf wissenschaftlichem, technischem, kaufmännischem und finanziellem Gebiet. Er soll durch Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit in der Gemeinschaft das Forschungspotential verstärken, der Rationalisierung von Produkten und Vertrieb dienen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft erhöhen. Da eine formelle Fusion über die Grenze hinweg rechtlich noch nicht möglich ist, sollen die Geschäfte in einer neuen deutschen und einer neuen belgischen Betriebsgesellschaft geführt werden, an denen Agfa und Gevaert mit je 50 Prozent beteiligt sind und deren Leitungsgremien, abgesehen von der gesetzlich geregelten Vertretung der Arbeitnehmer in Deutschland, paritätisch mit den gleichen Personen besetzt werden. Diese Gesellschaften sollen in Kürze gegründet werden und ihre Tätigkeit am 1. Juli 1964 aufnehmen.

Im Zuge dieses Zusammenschlusses übernimmt Agfa einige Firmen der deutschen Fotoindustrie, an denen ihre Muttergesellschaft, Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, mehrheitlich beteiligt ist, insbesondere die Leonar-Werke AG, Hamburg, die Mimosa GmbH, Kiel, die Chemische Fabrik Vaihingen/Enz GmbH, Vaihingen/Enz, und ebenso die fünfzigprozentige Tochtergesellschaft Perutz - Photowerke GmbH, München. Der andere Perutz-Gesellschafter, C. F. Boehringer und Söhne GmbH, Mannheim, wird mit einer entsprechenden Minderheitsquote an der vergrößerten Agfa AG beteiligt und in deren Aufsichtsrat vertreten sein. Unbeschadet der mit dem Zusammenschluß beabsichtigten umfassenden Rationalisierung, werden neben den Markenerzeugnissen Agfa und Gevaert auch die Markenerzeugnisse Perutz, Leonar und Mimosa dem Markt wie bisher weiter zur Verfügung stehen." (Nach: FAZ v. 12. 2. 1964)

Der Umsatz der Agfa betrug im Jahre 1963 rund 600 Millionen DM, wovon 40 % auf den Export fallen, während der Anteil des Exports am etwa gleich großen Umsatz des belgischen Unternehmens über 90% betrug. (Allein 28 % machte das Amerika-Geschäft aus.) Das neue Unternehmen wird rund 24 000 Personen beschäftigen und einen Anteil von rund 12 % am Welt-Photo-Markt erreichen. Es wird innerhalb der EWG eine führende Position einnehmen. Das auf dem Welt-Photo-Markt nach wie vor mit weitem Abstand führende Unternehmen ist Eastman-Kodak mit einem Anteil von etwa 50 %.

Steuersenkung in USA

Der amerikanische Senat hat am 26. Februar das Steuergesetz genehmigt, das rückwirkend auf den 1. Januar 1964 eine Senkung der Einkommensteuern um 11,5 Milliarden Dollar vorsieht. Die Vorlage, der am 25. Februar das Repräsentantenhaus zugestimmt hatte, wurde mit 74 Stimmen bei 19 Gegenstimmen angenommen.

Fernseh-Spalte

Versäumnisse und Verfälschungen

Während die Dramaturgie der Opposition einigermaßen funktioniert (vergl. Nr. 2/64), ist es um die prädestinierteste Aussageform des Fernsehens schlecht bestellt: die gestaltete Reportage, die sich der Wirklichkeitsanalyse verpflichtet weiß, und ihr synthetisches Gegenstück, das resümierende Feature, gehören zu den Raritäten. Das bedeutet: nur noch selten wird ein politisches, wirtschaftliches, soziologisches Thema so eindringlich und konsequent behandelt, wie es der formalen und inhaltlichen Struktur dieser publizistischen Gattungen entspricht. Die Kurzberichte der verschiedenen Sendereihen (Bericht aus Bonn, Panorama, Report, In diesen Tagen usw.) sind dafür kein Ersatz, zumal sie nur in Ausnahmefällen ihre einzig sinnvolle Funktion erfüllen: Meinungsbildung im demokratischen Sinn, wie sie das frühere „Panorama" praktiziert hat. Man höre sich endlich einmal die abendlichen Kommentare des Hessischen Rundfunks zu aktuellen politischen Fragen an, um damit den Aussagewert der erwähnten Reportageserien des Fernsehens zu vergleichen. Ihr optischer Feuilletonismus kann nicht bestehen vor dem Anspruch der Rundfunkkommentare. Um so mehr vermissen wir in letzter Zeit die eingangs erwähnten Gattungen. (Spitzenprodukte dieser Art waren Vera Elyashivs Feature über die restaurative Bundesrepublik und die Angola-Reportage der amerikanischen NBC.) Sie unterscheiden sich nicht nur proportional, sondern vor allem auch in der Ermittlung kausaler Vorgänge von den nur oberflächlich informierenden Kurzberichten. Das sich zur Zeit geradezu aufdrängende Thema Auschwitz wurde etwas ausführlicher bis jetzt nur von Thomas Gnielka in einer Samstagnachmittag-Sendung (die sowieso schlecht frequentiert ist) behandelt: eine erste Umrißzeichnung des politisch-kriminellen Aspektes, die Einsicht in das Wesen des totalitären Jasagers ermöglichte. Ansonsten ist aber wirklich nichts Bemerkenswertes zu verzeichnen. Neven-du Monts letzter Bericht über die Bundeswehr empfand ich als Schleichwerbung. Mangelt es an Themen? Wie wäre es mit einer Enquete über die bundesdeutsche Polizei, über die politische Justiz, über den sozialen Typus des Angestellten und Beamten, über das Weltbild der katholischen und protestantischen Kirchen in der Bundesrepublik, über die gesellschaftspolitische Problematik des Falles Vera Brühne (warum überläßt man so etwas der Boulevardpresse?). Ein interessiertes Publikum wartet auf solche Themen.

Zum Schluß noch ein Beispiel, das nicht Schule machen sollte: „Die verkaufte Revolution" hieß eine Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens über Kuba. Der deutsche Kommentator (auch als „Bearbeiter" genannt), Christoph Kaiser, betrieb die Denunziation Castros mit allen Regeln kunstloser Diffamierung. Dagegen wäre wenig einzuwenden, wenn es sich um einen Eigenbericht handelte. Autor des Filmstreifens ist aber in Wirklichkeit Chris Marker und Produzent Pierre Braunberger, beide französische Linksintellektuelle von Rang. Auf Grund dieser Tatsache wandte ich mich am 13. 1. 64 und nochmals am 8. 2. 64 schriftlich an das Zweite Deutsche Fernsehen in Mainz mit der Bitte um Aufklärung des Sachverhaltes. Eine Antwort ist bis heute nicht eingetroffen. In der Zeitschrift „Filmkritik" (Nr. 1/64) fand ich eine polemische Replik auf diese Sendung, die meinen Verdacht einer Verfälschung voll bestätigt: „Was die Mainzer am 3. Dezember als ‚Die verkaufte Revolution' sendeten, war natürlich Chris Markers ‚Cuba Si'! ... Es wurde amputiert, massakriert und bandagiert, gekürzt und ‚ergänzt' ... Der Kaltschnäuzigkeit, mit der sie die Aussage eines Autors schlankweg in ihr Gegenteil verfälschten, hält die Anmaßung die Waage, die sich unterfing, mit Schere und Kleister in einem Kunstwerk herumzufuhrwerken, um es zu ameliorisieren ..." Also das Musterbeispiel autoritärer Zensuranmaßung. Journalistisch legitime Anfragen werden nicht beantwortet. Was herrschen in Mainz eigentlich für Zustände?

E. Hoehl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Da wir, die bundesrepublikanische Claque, gerade die ersten Akte der Tragikomödie ‚Bundespräsidentenwahl' erleben, sei dies entschuldigend festgestellt: auch die Schönheitsköniginnenwahlen haben so manchen ‚Pips': Zur ‚Schönsten' wird noch lange nicht die Schönste.

Was hier das pedantisch eruierte Wadenmaß ist, ist dort das kritisch begutachtete Gesangbuch. Und was für die Pin-up-Mädchen-Konkurrenz das schielende Mauerblümchen, ist bei der Wahl zum Bundespräsidenten der Nonkonformist.

Das Maß allen bundesrepublikanischen Persönlichkeitdenkens ist der Durchschnitt. Mit der Durchschnittlichkeit steigen die Chancen, aufs Tapet gehoben zu werden. Für den Parteitaktik häkelnden Weltanschauungsmanager ist es beruhigender, sein Staatsoberhaupt im fernen Ausland alle Strophen von ‚Am Brunnen vor dem Tore' singen zu hören, als sich der Gefahr auszusetzen, unkonventionelle Bonmots verstehen zu müssen.

Es heißt ja nicht von ungefähr Staatsoberhaupt statt Staatsoberkopf. Unsere Wirtschaft scheint wieder so intakt zu sein, daß wir uns nach unserem ersten Nachkriegskopf, den man sich als Alibi wählte, wieder auf Häupter beschränken können.

Unser ‚Volk', so meint man, brauche nichts weiter als einen einigermaßen repräsentativen Beamten hinter dem vorfahrterzwingenden Blaulicht. Uniformierte erweisen strammstehend wie in steifgefrorenen Oberhemden ihren Kotau vor dem standerdrapierten Renommierblech. Mercedes-Sternstunden hochgehobener Inthronisierter.

Auch Krone steht im Gespräch. Werbepsychologische Nebenwirkung: Eine Republik mit Krone! Betthupfer für Monarchisten. Praliné-Bukett für Nationalisten. Lübke gab zu erkennen, daß er sich wieder wählen lasse, wenn er während der Wahl nicht befürchten müsse, daß man noch wählt. Demokratie ist, wenn . . .

Die SPD gar möchte wen, den sie eigentlich nicht möchte. Sie möchte aber doch, weil sie eher einen möchte, den sie nicht mag, als einen möchte, den sie gar nicht mag.

Wer die Taktik zu seinem Charakter macht, erinnert mich an einen, der zentnerweise Bonbons verschenkt, auf deren Einwickelpapier der Satz steht: Zucker ist nicht gut für die Zähne!

Das Traurigste, was ich zur Situation zu sagen habe: Die Chancen, die heutzutage Heuß hätte, hätte ich beinahe!

Und dann gibt es Utopisten (wie mich), die glauben, ein Bundespräsidentenamt solle man mit einem Mann wie Professor Weizsäcker aufwerten. Natürlich bin ich realistisch genug, zu wissen, daß ich die Rechnung ohne parteipolitische Kuhhändler gemacht habe.

Oder Dehler?

Ich weiß, ich weiß: wie soll so ein Mann repräsentieren, der möglicherweise während einer Rede sogar etwas sagt?

Jetzt habe ich die Patentlösung: Man fülle einen Anzug mit bundesrepublikanischem Schaumgummi, lasse einen freundlich lächelnden ernsten Wachskopf staatsväterlich schminken, stecke ihm beide Gesangbücher in die Tasche und ein sozial-christlich-liberales Chamäleon-Parteikärtchen. Man baue ihm ein Tonbandgerät ein, auf welches jeweils die Bänder gelegt werden, welche von der freiwilligen interfraktionellen Bundeskontrolle ausgehandelt wurden.

Hurra, dann haben wir unseren Präsidenten!

Artikel 3, Absatz 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden." Spaß muß sein. Er fällt mir hier nicht leicht.

Buchbesprechungen

Justiz als organisiertes Verbrechen

Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, herausgegeben von Ilse Staff. Fischer Bücherei 1964, 265 S.

Dies ist ein ausgezeichneter Band, unerläßlich zum Verstehen der Wirklichkeit der Nazi-Diktatur, dazu angetan, der bei uns vorherrschenden Entstellung, Schmälerung, Beschönigung des Phänomens entgegenzuwirken. Hat man sich im Grunde nicht stillschweigend darauf geeinigt, im Dritten Reich die Bekundung der Dämonie Hitlers zu sehen, in allen Verbrechen einen Ausdruck dieses einen Bösen und einiger weniger Handlanger? Ist man nicht weitgehend der Meinung, daß es ohne Hitler gar nicht so schlimm gewesen und alles noch ganz gut ausgegangen wäre? Diese Dokumentation erlaubt, die Falschheit solcher Interpretation zu erkennen und den Umfang des wirklichen Problems zu ermessen: Wenn Hitler auch ständig durch seinen vehementen amoralischen Machtwillen dem Verbrechen den Weg bereitete, so wurde er doch von einer Welle Gleichgesinnter getragen, so war er doch von einer breiten Phalanx geflissentlicher Mithelfer umgeben, die ihm im Willen zum Verbrechen in nichts nachstanden und die ihn darin zumindest genau so ermunterten, wie sie von ihm angespornt wurden. Ilse Staff, den Lesern der „Blätter" durch ihren in den Nummern 11 und 12/1963 veröffentlichten Aufsatz „Bewältigung der Vergangenheit" wohlbekannt, hat das Verdienst, dies mittels Textauswahl und Kommentar deutlich zu machen. Sie wirft Licht auf die große Schar der Hitler-Helfer, die Robe trugen, die Verbrechen in Gesetze hüllten und damit ihre gewaltige Ausbreitung erst erlaubten. In ihrer Mehrheit entsprangen sie keineswegs dem SA-Mob, wie man es heute zu suggerieren sucht, sie entstammten dem Richtertum alter Schule, für das Gesetz und Gewissen verpflichtend waren, und nicht das Terrorinteresse einer Diktatur. Kurzum: es waren die Richter, die bereits in der Weimarer Republik Recht gesprochen hatten.

Gleich in der Einleitung heißt es: „Mancher, der sich in der heutigen Zeit mit dem sogenannten Dritten Reich, der Epoche von 1933 bis 1945, beschäftigt, denkt in erster Linie an Konzentrationslager, an die Verbrechen der SS, an Unrechtstaten, die an unendlich vielen Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands begangen worden sind. Sehr oft vergessen wir aber die Tatsache, daß die Mehrzahl dieser Verbrechen auf Grund von „ordentlichen" Gesetzen geschahen. In Ministerien und Dienststellen saßen Juristen, die die grundlegenden Verfügungen für die Vergasungen und Deportationen ausarbeiteten. Ordentliche Professoren des Rechts begründeten und kommentierten die Ausnahmegesetze für Juden und schrieben Abhandlungen über die sogenannten Rechtsgrundlagen des Dritten Reiches. Deutsche Richter sprachen Recht, das zwar den Normen des nationalsozialistischen Staates, aber nicht der Gerechtigkeit entsprach. Juristen waren es, die den Geschehnissen des nationalsozialistischen Regimes einen Schein von Legalität zu geben versuchten. Sie waren es auch, die durch ein straffes Gesetzesgefüge jede freiheitliche Handlung, die den nationalsozialistischen Zwecken widersprach, nahezu unmöglich machten. Eine Diktatur wie das Dritte Reich ist nicht allein durch Gewalt aufzubauen; sie bedarf der Juristen, die zu begründen verstehen, daß die Gewalt legal und der Unrechtsstaat ein Rechtsstaat sei." Diese Sätze sollten am Anfang jeder Untersuchung über das Hitler-Reich stehen.

Mit großer Mehrheit schwenkten die Juristen alter Schule ins Lager des offenen und permanenten Rechtsverbrechens, lieferten ihm die Paragraphen zu dessen Bemäntelung. „Sozusagen im Handumdrehen waren aus den Humanisten von vor 1933 Nationalsozialisten geworden. Welch schneller Wechsel vom Geist zum Ungeist! Oder sollte es gar kein Wechsel gewesen sein? Sollte vielleicht das gesamte humanistische Bildungsideal der deutschen Hochschulen schon vor 1933 auf schwachen Fundamenten gestanden haben?" (S. 163/64). In einem Kapitel wird in der Tat die Schwäche dieses Fundaments aufgezeigt: „... die Rechtsprechung in politischen Sachen vor dem Jahre 1933 bereitete die Justizpolitik des Dritten Reiches in jeder Beziehung vor" (S. 17). Die Justiz brauchte nicht ihren Hitler, sie rief ihn geradezu herbei durch ihre Pervertierung des Rechts zugunsten der Feinde der Republik. Einige Prozeßakten, die Ilse Staff

allein sprechen läßt, belegen das nur zu deutlich. Insbesondere begegnet man bereits der Methode der Anklage wegen „Landesverrats" gegen Journalisten, die der sich vorbereitenden Gegenrevolution im Wege standen. Die lange vor 1933 zugunsten von nationalsozialistischen Verschwörern praktizierte Aushöhlung des Rechts machte dann den endgültigen Abfall im Jahr der „nationalen Erhebung" sehr leicht. Es ist eine hervorragende Qualität dieses Buches, den Blick für die geschichtliche Entwicklung zu öffnen. Gerade juristische Untersuchungen lassen eine solche Einsicht oft vermissen. Dadurch wird die „Dämonie" Hitlers auf ihre wirkliche Bedeutung beträchtlich reduziert und Kräfte werden erkennbar, die nicht weniger bedeutsam waren, da sie sich als unumgängliche Machtinstrumente der Diktatur bewährten.

Die gesamte Untersuchung erhellt den Tatbestand: daß es im Dritten Reich eine Justiz nur dem Scheine nach gab, daß sie in Wirklichkeit nicht der Rechtfindung diente, sondern den politischen Interessen der Diktatur. „Der weitaus größte Teil der Richterschaft war nach 1933 Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ... Schon der Diensteid, den jeder Richter nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten neu abzulegen hatte, verpflichtete sie, von nun an Recht im Namen des Führers zu sprechen" (S. 125/26). Was in der Weimarer Zeit durch Rechtsauffassungen vorbereitet wurde, die das Staatsinteresse als oberstes Kriterium anerkannt wissen wollten, durfte sich nun in grausamster Pracht entfalten, immer blutigere Formen annehmend. Dabei können sich die Herren nicht mit dem Seufzer herausreden, sie hätten nicht gewußt, um was es ging: Keinem dürfte das klarer gewesen sein als den juristisch Geschulten. Die Diktatur verschleierte auch gar nicht ihren Rechtsbruch, als sie zum Beispiel die Morde des 30. Juni 1934 nachträglich als „Rechtens" billigte. „Daß das Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr rechtswidrig war, lag auf der Hand", schreibt Ilse Staff, was aber Kolonnen von Richtern nicht hinderte, diesem Regime geflissentlich zu dienen, die Paragraphen zu seinen Gunsten zu manipulieren, Gefängnisse mit „Staatsfeinden" anzufüllen. Die Verfasserin liefert zahlreiche Beispiele, die beweisen, wie sehr die Diktatur ihre Richter im Griff hatte und darauf achtete, die Kontrollen dauernd zu vervollständigen: „Die Juristen ‚im Volke zu verwurzeln' und ihnen das ‚nationalsozialistische Weltbild' zu erschließen — das waren die Ziele der nationalsozialistischen Schulungsarbeit für Richter. Von korrekter Gesetzesanwendung und Entscheidungen nach dem eigenen Gewissen wurde dabei nicht gesprochen" (S. 140). In strammen „Gemeinschaftslagern" wurde der Sinn für das „neue Rechtsempfinden" gedrillt. „Sie werden marschieren für das unvergängliche ewige Recht unserer deutschen Nation und für das Blühen und Gedeihen unseres großen heiligen Vaterlandes", nannte das 1934 Reichsminister Dr. Frank.

Und sie marschierten, einen Rechtsbruch auf den anderen häufend und der Diktatur die Opfer überlassend, deren sie bedurfte. „Die Unabhängigkeit des deutschen Richters war überspielt vom ‚Wollen der Volksführung' " (S. 145). Strenge Kontrolle vonseiten der Regierung und der Parteiorgane sorgte dafür, daß die zynisch noch beibehaltene Bestimmung von der Unabhängigkeit der Richter eine bloße Phrase blieb. Durch die „Richterbriefe" des Reichsjustizministers und durch die „Nichtigkeitsbeschwerde", die Urteile für ungültig erklärte und durch höheres Strafmaß ersetzte, wurde der formale Schein hinfällig. Dem „Wollen der Volksführung" untertan, erwies sich die Justiz als eiserner Arm der Diktatur, gegen Andersdenkende „ging die Justiz des Dritten Reiches erbarmungslos vor. Jede Äußerung, jede Handlung, die anzeigte, daß es jemand wagte, den Bestand des Staates in Frage zu stellen, wurde mit schärfsten Mitteln geahndet" (S. 240). Wobei freilich der Bestand des Staates bereits durch das Bekenntnis eines Bibelforschers oder eines Juden bedroht war, der einem „Arier" im Wege stand. Ilse Staff vermittelt Dokumente der juristischen Verbrechen. So gab sich 1937 die entartete Justiz dazu her, die Folter von politischen Häftlingen, die sogenannten „verschärften Vernehmungen", gutzuheißen. 1942 bestimmte Reichsjustizminister Thierack: „Auslieferung asozialer Elemente (darunter grundsätzlich Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer) aus dem Strafvollzug an Himmler zur Vernichtung durch Arbeit."

Während des Krieges wurde diese Justiz zum direkten Unterorgan des Scharfrichters und überwies ihm massenweise, unter fadenscheinigsten Begründungen, die Opfer. Die Rassengesetze, die Polenstrafrechtsordnung usw. erlaubten der Justiz die grausame Entfesselung des Rassenhasses. Und wenn es einzelne Fälle gab, wo Bedenken

zu einer mildernden Auslegung der Gesetze führten, so gab es noch mehr, wo Richter sogar eilfertig über amtliche Anweisungen hinausgingen. So wurde 1942 ein Todesurteil wegen „Rassenschande" gefällt, obwohl das Gesetz dafür Gefängnis oder Zuchthaus vorsah. „Es war nicht nur in Prozessen wegen Rassenschande so, daß die Justiz in vielen Fällen Strafen verhängte, die ohne ausdehnende Auslegung des Gesetzes milder ausgefallen wären" (S. 213). Die Dressur hatte sich als erfolgreich erwiesen, die Zerstörung der Justiz war vollständig, — durchgeführt von denjenigen, die zu ihrer Achtung aufgerufen waren. Für den Grad des Verfalls ist nicht minder kennzeichnend ein Urteil eines Feldgerichts aus dem Jahre 1942, das einen Angeklagten wegen Ermordung von 75 Juden mit einem Jahr mildväterlich rügte, dagegen die Mißhandlung seines Hundes mit Worten heftiger Entrüstung verurteilte. Der Massenmord an Menschen umgab sich heuchlerisch mit der Liebe zum Tier.

Dieser Band enthüllt einen Abgrund, er zeigt, daß man die Ursprünge des Dritten Reiches gar nicht tief genug verfolgen kann. Jede Einengung des Problems kann folglich seiner Lösung nicht dienen, sondern sie nur unmöglich machen. Der Band gibt wichtige Hinweise für die Wege, die zur Lösung führen können. Er ist ganz besonders für eine Auswertung im Unterricht geeignet und sollte von allen Lehrern und Jugendleitern benutzt werden, denen es um mehr als unverbindlich-frömmelnde Ausflüchte geht. Ein zusätzliches Kapitel könnte man sich allerdings wünschen, aber das wäre vielleicht schon der Stoff zu einem weiteren Buch: Inwieweit bekundet sich nazistische Rechtsprechung in der bundesrepublikanischen Justiz? Ihr Makel ist, daß ihr Gros aus dem Bestand des Dritten Reiches übernommen wurde. Wie könnte man sich sonst die oft so milden und mit sehr bedenklichen Begründungen gepaarten Urteile über SS-Mörder erklären? Und die große Toleranz gegenüber Hitlers Blutrichtern, die schlimmstenfalls die Pensionierung zu befürchten haben? Die Beschwörung der Formel von der richterlichen Unabsetzbarkeit zugunsten von Rechtsverächtern, die in der Vergangenheit die Unantastbarkeit ihrer Funktion tausendfach verspielten? Und die Landesverrats-Beschnüffelungen von Journalisten, ganz wie einst? Und die großzügige Entschuldigung von Rechtsbrüchen (z. B. in Hamburg gegenüber Ärzten, die Kinder ermordeten) unter dem Vorwand, sie entsprächen „damaligen Rechtsnormen"? Und wie anders kann man sich schließlich die brillante Laufbahn eines so hervorragenden juristischen Büttels der Hitler-Diktatur wie Globke erklären, die eines Fränkel, der es bis zum Generalbundesanwalt brachte, die eines Krüger, der Bundesminister wurde, obwohl er nach eigenem Geständnis Terrorurteile „routinemäßig" mitmachte? Soviele Fragen, deren Beantwortung dringend notwendig wäre, die immerhin andeuten, daß die „Justiz im Dritten Reich" keineswegs ein Kapitel ist, das ausschließlich der Vergangenheit angehört. Jan Werk

Politische Bildung

Die Politikum-Reihe des J. Fink Verlags Stuttgart:

Otto Bauernfeind, „Ist das Versagen unser Schicksal?", Band 7, DM 4,80;

Kurt Pritzkoleit, „Wirtschaftsmacht — Gespenst oder Wirklichkeit?", Band 6, DM 3,80;

Heiner Ernst, „Die Konzentration in der deutschen Wirtschaft", Band 2, DM 4,80;

Gottfried Griesmayr, „Ist Wiedervereinigung überhaupt noch möglich? Ein Versuch zur Lösung der deutschen Frage", Band 4, DM 4,80;

Paul Schall, „Politik — die Schwäche der Deutschen", Band 10, DM 4,80;

Bodo Manstein, „Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz. Wahrheit und Legende", Band 11, DM 4,80.

Bei dieser Reihe handelt es sich um Veröffentlichungen im Taschenbuchformat, deren Zweck in der politischen Aufklärung und Bildung besteht. Daraus erklärt sich schon die Schwierigkeit des Unternehmens, denn wenn es eine Lücke in Deutschland gibt, eine „Schwäche der Deutschen", dann ist es die Unzulänglichkeit der politischen Bildung. Mit Recht wurde schon gefragt, ob der Deutsche wirklich zur Demokratie befähigt sei. Demokratie heißt vor allem Mitdenken, Kritik und Vorschlag neuer besserer Wege. Das heißt, daß dies von oben begrüßt, ja gefordert und gefördert werden sollte, und das heißt, daß dies von unten, wenn auch nicht von allen, so doch von möglichst vielen, geübt werden muß. Daß dies in der Bundesrepublik zu wenige tun, von oben noch weniger als begrüßt, nämliegt nicht nur daran, daß solche Mitarbeit lich ausgesprochen als störend empfunden

wird, es liegt auch nicht nur am Mangel an Bereitschaft dazu, an der neuen Untertanengesinnung, es liegt auch nicht nur am Mangel an Zivilcourage — daß diese dazu gehört, das in einer Demokratie Selbstverständliche zu tun, wirft freilich ein verurteilendes Licht auf diese „Demokratie" —, der Hauptgrund des Nichtfunktionierens des demokratischen Zusammenspiels in unserem Staat liegt wohl großenteils am Mangel an vielseitigen Kenntnissen, an der zu einseitigen Information, die täglich dringend der Ergänzung bedürfte. An Interessenten, die aus dem politischen Unvermögen und aus der ungenügenden Informiertheit breiter Schichten Kapital schlagen, fehlt es nicht. Um so verdienstvoller ist ein Unternehmen, das gegen die politische Lethargie ankämpft, das der Öffentlichkeit Diskussionsthemen unterbreitet, das zum politischen Denken anregen und ihm das nötige Material zur Verfügung stellen will.

Eine ansehnliche Reihe der graphisch ansprechend gestalteten Bändchen liegt bereits vor. Die Themen sind keineswegs über einen Leisten geschlagen, es kommen Verfasser mit verschiedenen Ansichten zu Wort, und man kann über manche Themen, z. B. das der deutschen Wiedervereinigung, mancherlei Meinungen lesen — stets aber Meinungen, die fundiert sind und zum eigenen Weiterdenken anregen.

Das Versagen eines Volkes vor den Aufgaben, die ihm die Geschichte stellt, hat, wie das Versagen des Einzelmenschen im Daseinskampf, stets tiefere Ursachen, die im Denken, bzw. in der Weltanschauung des Versagenden zu suchen sind. Nur in diesem Sinne kann ein Bemühen um die Bewältigung der Vergangenheit fruchtbar sein. Deutschland wird seine Vergangenheit erst dann bewältigen, wenn seine zur Führung berufene geistige Schicht weiter geht als nur bis zur Verurteilung des Vergangenen, zur Feststellung begangener politischer Fehler und zur Wiedergutmachung aus dem Füllhorn des Wirtschaftswunders.

Hier will die Schrift von Otto Bauernfeind eine Hilfe sein. Sie zeigt die Untaten auf, die Deutschland durch Unausgeglichenheit und Maßlosigkeit nicht zuletzt an sich selbst begangen hat. Sie weicht dabei nicht vor der Feststellung des Versagens führender politischer und kirchlicher Kreise zurück und empfiehlt ein Maßhalten, das sich gründet auf die Entdeckung jener Kräfte in unserem Innern, die uns mit den anderen einen. Das Buch ist trotz der Kompliziertheit des gewählten Themas in klarer, leicht lesbarer Sprache geschrieben und wirkt durch Berufung auf zahlreiche Denker der Gegenwart und der Vergangenheit sehr lebendig.

Kurt Pritzkoleit, der den Lesern der „Blätter" bekannt ist, behandelt in Band 6, „Wirtschaftsmacht — Gespenst oder Wirklichkeit?", die von gewisser Seite bestrittene, dennoch längst bestehende Konzentration von Wirtschaftsmacht in der Bundesrepublik. Es sind nur wenige, in deren Händen die Fäden zusammenlaufen. Wer es ist und wie diese Machtkonzentration entstehen konnte, das schildert der Verfasser in seiner bekannten anschaulichen Art, auf vielen Dokumentationen fußend. Wie sich diese geballte Wirtschaftsmacht in politische Macht umsetzt, stellt der Band 2 dar: „Die Konzentration in der Wirtschaft" von Heiner Ernst. Eigentlich war es der feste Wille der Siegermächte, eine erneute Monopolisierung der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Große Werke wurden demontiert, und die jeweiligen Militärregierungen der einzelnen Besatzungszonen gingen mit Eifer daran, die marktbeherrschenden Kartelle und Monopolgruppierungen zu entflechten. Doch bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg fielen die strikten Kartellverbote neuen politischen Entwicklungen zum Opfer. Die Spannungen zwischen Ost und West veränderten die Situation von Grund auf. Und wie steht es nun heute mit den deutschen Unternehmen in der Bundesrepublik? Wie mit den Besitzverhältnissen und mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht? Wer sitzt an den Schalthebeln der bundesdeutschen Wirtschaft und damit entscheidend auch an denen der Politik? Welche Macht fällt ihm zu? Wer gibt auf dem Markt den Ton an und wer ist verantwortlich für die Preisgestaltung? Was sagen die Regierung, die Parteien, die Industrie selbst, die Gewerkschaften, die Kirchen, der Mittelstand und schließlich der Verbraucher zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung? Heiner Ernst, ein bekannter Wirtschaftsjournalist, befaßt sich schon seit Jahren mit diesem großen und komplizierten Fragenkomplex. Er geht sachlich an die Arbeit, vermeidet jede einseitige Polemik und gibt dem Leser ein anschauliches Bild über die „Konzentration der deutschen

Albert Luthuli
Friedensnobelpreisträger

Mein Land, mein Leben

Autobiographie eines großen Afrikaners
Aus dem Englischen. 312 Seiten mit 11 Bildern
Leinen DM 18,80

Dieses Buch ist eines der bedeutsamen historischen Selbstzeugnisse unseres Jahrhunderts. Was ihm seinen besonderen Rang verleiht: Hier spricht schlicht und doch bestimmt ein Mann, ein politischer Führer, den Aufrichtigkeit und Mut auszeichnen wie vielleicht ganz wenige, der darum weiß, daß das so reiche Land (Südafrika) Heimat für Weiße und Farbige sein kann. Es ist das Zeugnis eines von Christus geformten Mannes, der in einer nach menschlichem Ermessen schier ausweglosen Lage versucht, das Böse durch das Gute zu überwinden.

Der Christ in der Welt, Wien

Jean-Michel Hornus

Politische Entscheidung in der Alten Kirche

Aus dem Französischen. 204 Seiten.
Kartoniert DM 13,50

Eine wichtige Untersuchung, die vor allem der christlichen Haltung zu Welt, Staat und Krieg gewidmet ist, wie sie uns in der vorkonstantinischen Zeit entgegentritt, bis zu den Konsequenzen, die sich im 4. Jahrhundert aus der amtlichen Verbindung von Staat und Kirche abzuzeichnen beginnen. Das ist ein aktuelles Thema. Um so notwendiger erweist sich diese verläßliche Information, die manche Klischeevorstellungen korrigiert.

Evangelische Akademie Loccum

Die Stunde der Versuchung

Gemeinden im Kirchenkampf 1933–1945

Selbstzeugnisse. Herausgegeben von G. Harder und W. Niemöller. 472 Seiten. Leinen DM 16,80

Wie sich Geschichte eigentlich ereignet, das wird nicht nur aus den großen Summarien sichtbar, sondern viel eher aus dem Mosaik des Einzelerlebens. Was an Nöten und persönlichen Ängsten, Irrungen und Verwirrungen im Kirchenkampf geschehen ist, kann nur aus der Kleinzeichnung des Alltags hervorgehen. Solche Zeichnungen bietet dieses Buch. Es ist eine wichtige dokumentarische Aussage: Denn daß es die Haltung legitimen Widerstandes der Kirche gegen den Staat geben muß, sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Sonntagsblatt, Hamburg

CHR. KAISER VERLAG MÜNCHEN

Helmut Gollwitzer

Forderungen der Freiheit

Aufsätze und Reden zur politischen Ethik
XL, 392 Seiten. Leinen DM 19,80

Gollwitzers scharfe Analysen, in aufrichtigem Bemühen gewonnen, und seine offenen Stellungnahmen machen dieses Buch auch für jeden Anders- und Nichtgläubigen zu einem wichtigen Dokument, über das er nicht hinweggehen kann, wenn er Verantwortung spürt für das, was in und um uns vorgeht.
Nobis, Mainz

William O. Shanahan

Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815-71

Aus dem Amerikanischen. VIII, 492 Seiten.
Leinen DM 26,–

Das Werk des amerikanischen Jesuitenpaters ist schon bei seinem Erscheinen in englischer Sprache als ein bedeutender Wurf gewürdigt worden. Seine Vorzüge liegen ebenso in der lückenlosen Vorgeschichte wie in der staunenswerten Beherrschung der einschlägigen deutschen Literatur und nicht zuletzt in einem plastischen und persönlich geprägten Stil. Schon jetzt kann gesagt werden, daß das ebenso kritische wie nüchtern und abgewogen urteilende Buch in der Erforschung des deutschen Protestantismus einen wichtigen Markstein darstellt.
Neuer Literaturanzeiger

Günther Dehn

Die alte Zeit, die vorigen Jahre

Lebenserinnerungen. 2. Auflage. 364 Seiten
mit 19 Bildern. Leinen DM 18,50

In diesem faszinierenden Bericht wird ein Stück Kirchengeschichte sichtbar; jene Zeit, die der deutsche Protestantismus von der Jahrhundertwende bis in unsere Tage durchmessen hat. Darüber hinaus ist dieses Buch aber auch ein Zeugnis deutscher Kulturgeschichte, wie wir es uns lebendiger kaum vorstellen können. Menschen wie Heinrich Seidel, Paul Tillich, Freiherr von Weizsäcker und viele andere werden in ihrer starken Ausstrahlung geschildert. Zwei Positiva treten in diesem Buch stark hervor: Die faire Objektivität und der Humor. Und noch eines und nicht das Geringste: Eine wohltuende Bescheidenheit führt Dehn die Feder.
Basler Nachrichten

CHR. KAISER VERLAG MÜNCHEN

Wirtschaft". Er drückt sich vor keiner dieser heiklen Fragen, sondern versucht, die Entwicklung und den heutigen Stand der Dinge ins richtige Licht zu rücken. Diese Schrift geht jeden an, den Großunternehmer ebenso wie den Normalverbraucher. Dem Leser wird deutlich, wie eng das Gesamtwohl eines Volkes mit der Entwicklung der Wirtschaft zusammenhängt. Zum Verständnis der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik ist es absolut nötig, diese Zusammenhänge zu kennen und aufmerksam zu beobachten. Nur dann versteht man z. B., warum bestimmte Bundestagsbeschlüsse so und nicht anders ausfallen konnten, und lernt die Kräfte kennen, die sich einer aktiven Politik der deutschen Wiedervereinigung entgegenstellen.

Vom größten aller auf der Tagesordnung stehenden deutschen Probleme handelt der 4. Band: „Ist Wiedervereinigung überhaupt noch möglich?" von Gottfried Griesmayr. Es ist mit den schweren Problemen im Leben der Nationen wie mit den schweren Problemen im Leben der einzelnen Menschen: Läßt man sie mit der Wucht aller Angstkomplexe, die sie erzeugen, auf sich eindringen, so wird man leicht davon erdrückt. Lebensklugheit gebietet, solche Probleme zu zergliedern und sachlich, ohne Angst oder Vorurteil, anzugehen. Dieses Verfahren — in politischen Dingen nicht gerade einfach — wendet Griesmayr dem Hauptproblem der Deutschen gegenüber an und kommt dabei zum Schluß, daß Pessimismus auch hier nicht am Platze ist. Zwar ist die Aufgabe, auch wenn sie versachlicht vor uns liegt, nicht leicht, aber man vermag sie nun doch zu überschauen und wird dann, geleitet durch die Analyse, die aus gründlicher Kenntnis des Problems gegeben wird, die gestellte Frage mit einem Ja der Zuversicht beantworten.

Griesmayrs Schrift gibt Mut zur Lösung der deutschen Frage. Darin liegt ihr großes Verdienst. Er weist auf, daß ohne die Hemmungen durch egoistische wirtschaftliche Interessen und ideologische Scheuklappen die deutsche Spaltung sehr wohl hätte überwunden oder wenigstens gemildert werden können. Noch sind nach Ansicht des Verfassers nicht alle Wege verbaut, doch wäre, wenn nicht der Begriff Deutschland endgültig der Vergangenheit angehören soll, eine entschlossene Umkehr zu sachlicher Politik, zur Politik als der Kunst des Möglichen, dringend geboten, ebenso dringend aber auch eine Erziehung der Deutschen zu dieser Kunst. Der Band 10, „Politik — die Schwäche der Deutschen" von Paul Schall, beschäftigt sich damit. Letzlich hat ja das Unglück der deutschen Nation seine Ursache im Fehlen des Maßes und des Augenmaßes, das ein charakteristischer Zug von Jahrzehnten deutscher Außenpolitik war. Wie es kam, wie anstelle des politischen Denkens einerseits der reine Erwerbssinn, andererseits ein Illusionismus voller pseudoromantischer Ideen trat, das stellt die Schrift in knapper, anschaulicher Weise dar. Sie ist unentbehrlich für jeden, der erkannt hat oder auch nur fühlt, daß nur die Rückkehr zum politischen Denken, dem Sinn jeder echten Demokratie, zur Lösung unseres nationalen Existenzproblems führen kann. Demokratie bedeutet politisches Denken. Politisches Denken aber heißt klare Einschätzung der Wirklichkeit, der eigenen und der Wirklichkeit anderer. Nur ein politisch gebildetes, politisch denkendes Volk kann wahrhaft demokratisch leben und aus der Demokratie das Element machen, in dem sich seine positiven Eigenschaften am besten entfalten. Diese Wahrheit nicht erkannt zu haben, ist dem deutschen Volke zum Verhängnis geworden. Mehr und mehr gab es sich, nach dem erzwungenen Abgang seines großen Politikers Bismarck, teils einem blinden Vertrauen in die Obrigkeit, teils wirklichkeitsfremden Ideologien hin, mit dem Erfolg, daß es heute, als eines der bedeutendsten Völker der Erde, nicht einmal mehr den staatlichen Rahmen für seine nationale Existenz besitzt und fast neidisch auf afrikanische Gebiete blicken muß, die das erreicht haben. Dabei gibt es im deutschen Volke ohne Zweifel ebenfalls politische Begabung. Warum sie nicht zum Zuge kam und kommt, ist eine der schwerwiegenden Fragen unserer deutschen Gegenwart, die in der Schrift von Schall aufgegriffen wird.

Was uns alle erwartet, wenn es nicht gelingt, der Zwangsvorstellungen, die der Kalte Krieg eingeprägt hat, Herr zu werden, begegnet uns eindringlich — soweit Worte solche Schrecken überhaupt zu nennen vermögen — in Band 11: „Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz" von Dr. med. Bodo Manstein. Es ist wohltuend, angesichts der vielen Empfehlungen für einen Bevölkerungsschutz, die weitgehend und zu Recht nur den Kabarettisten Munition geben, eine nüchterne Bestandsaufnahme zu

finden, die nichts vom Stile einer „Aktion Eichhörnchen" und den zweifelhaften Angeboten für Luxusbunker obskurer Geschäftsleute an sich hat. Manstein gibt diese Bestandsaufnahme in gedrängter Form, zeigt die Entwicklung von Raketengeschossen und Kernwaffen, den Wirrwarr der strategischen Konzeptionen, zieht Bilanz und kommt zu der Frage: „Hat es nun überhaupt keinen Zweck, den Schutzraumgedanken weiter zu verfolgen?" Seine Antwort, die nichts von der Verniedlichung und der unter dem Zeichen einer unvorstellbaren drohenden Apokalypse geradezu lächerlich absurden und berüchtigten Aktentasche über dem Kopf an sich hat, trägt nicht den Stempel des „Es wird schon nicht so schlimm werden", dafür jedoch einer Ehrlichkeit, die manchen Bevölkerungsschützern aus Passion gut stehen würde: „Will man nicht aus politischen Gründen ein falsches Sicherheitsgefühl bewußt züchten, so kann man nur folgendes sagen: es wäre theoretisch denkbar, daß ein auf irgendeine Weise begonnener größerer oder kleinerer Krieg nach den ersten Vernichtungsschlägen aus Entsetzen oder anderen Gründen abgebrochen wird. Dadurch könnte vielleicht — aber auch wirklich nur dann — ein umgrenztes Katastrophengebiet entstehen, an dessen Randzonen ein Überleben und gar Weiterleben gegeben sein würde. Allein für einen solchen Zweck ließe sich ein Leichtbunkerbau verantworten, der lediglich als Trümmerschutz und gegen mäßigen radioaktiven Niederschlag gedacht ist. Da man nicht weiß, wo eine derartige Situation entstehen könnte, wäre es also nötig, eine gleichmäßige Verteilung dieser Notbehelfe über Stadt und Land vorzunehmen. Man sollte dabei aber auch so ehrlich sein und der Bevölkerung erklären, welche einzige, mehr vom Zufall abhängige, Hoffnung man damit verbinden kann."

Lebensmittelkarten werden schon gedruckt, die übervorsichtigen Aussagen der Wissenschaftler nach den politischen Tagesbedürfnissen gedeutet, das Notstandsgesetz wirft seine Schatten . . . Dazu Manstein: „Daher ist die Gefahr ständig über uns, daß auch in der Demokratie durch künstlich erzeugte Spannungen unter Wahrung der demokratischen Fassade Übergänge zum totalitären System geschaffen werden. Der unter falschem Sicherheitsvorzeichen segelnde Zivilschutz wird von uns als ein solcher Schrittmacher durch den Einbau in das Notstandsgesetz angesehen. Er bringt nichts, aber er bindet uns." In der Tat, was auf diesen 72 Seiten an Überlegungen auf Grund statistischer und wissenschaftlicher Untersuchungen — wobei jederzeit Unabwägbarkeiten berücksichtigt werden — steht, ersetzt die gesamte Druckauflage des Bundesluftschutzverband-Plakats — und macht es weitgehend illusorisch. Vielleicht finden aus diesem Grund Schriften wie die hier vorliegende nicht dieselbe Verbreitung und finanzielle Förderung wie die Anpreisung von Volksgeigerzählern. Wir haben unsere Leser bereits in Form eines Vorabdrucks in Heft 1/63 auf diese bedeutende Schrift hingewiesen. Der Übertragung ins Schwedische hat Prof. Linus Pauling ein Geleitwort vorangestellt.

So kommen in der Politikum-Reihe die verschiedensten Probleme zu Wort, und man kann sie jedem, der sich politisch informieren will und für die brennenden Fragen unserer Zeit konstruktive und anregende Antworten sucht, um dann als Demokrat im ganzen mit tätig zu sein, nur empfehlen. Dem Verlag scheint ein Durchbruch bereits gelungen zu sein, und man kann seinen weiteren Veröffentlichungen mit Interesse entgegensehen.

Gerhard Gollwitzer

Stenogramm des Grauens

Klaus Mann, Der Wendepunkt, Fischer Bücherei, 460 S., DM 4,80.

„Ein Lebensbericht", steht unter dem Titel des Buches, das der älteste Sohn von Thomas Mann 1949 abschloß, bevor er als 43jähriger freiwillig in den Tod ging. Dieses Ereignis scheint der Schluß zu sein, auf den dieses Leben zwingend-notwendig zueilte. Der Tod ist früh gegenwärtig in dem biografischen Bericht, und immer augenfälliger wird sein Erscheinen, immer dichter sein Schatten. Das Leben von Klaus Mann stand nicht nur im Schatten des Tragischen, des Tragischen unserer Zeit (dies blieb kaum jemandem erspart), es nahm die Tragik in sich auf, verwob sich mit ihr, trug sie als Bürde bis ans Ende. Das Exemplarische dieses Berichts besteht gerade in der innigen Verknüpfung des Persönlichen mit der Zeit. Sie bekundete sich auf das nachdrücklichste, unzweideutigste in dem jungen Leben; und dies war Spiegelbild,

Sprachrohr, Botschaft, Schrei, Besinnung der Epoche.

Zunächst schien alles sehr gut, sehr leicht, sehr sonnig vonstatten zu gehen. Sohn eines berühmten Vaters, prachtvolles Familienleben, die großen Geister um sich gewohnt wie andere Kinder ihren Kreisel. Der junge Schriftsteller ist nicht ohne Erfolg, schreibt Romane und Theaterstücke, hat zahllose Freunde, besucht unzählige Länder, entdeckt Europa, die europäische Kultur als sein Vaterland. Doch dann senken sich die Schatten auf Deutschland, auf dieses Leben. Als sich die Barbarei ankündigt, war der „europäisch-liberal-gesinnte deutsche Intellektuelle", wie er sich selber bezeichnet, in seiner Heimat ein Fremder. Er trug die deutsche Kultur der Vergangenheit in sich, wie sein großer Vater, doch fühlte er brennend, wie verloren er damit in der sich ankündigenden deutschen Gegenwart sein würde. Er liebte Hölderlin, doch was sollte er mit Hitler anfangen?

„Leicht zerstörbar sind die Zärtlichen", zeichnet Klaus Mann einen Vers Hölderlins auf. Er könnte ihm selber gelten. Er war zärtlich in einem Lande, das sich der Barbarei hingab; kultiviert, während es hieß, Waffen zu tragen; vernünftig trotz allem Schwärmertum, während man im Rassekult Ekstase suchte. Er war zärtlich, doch nicht schwach. Er war sogar reichlich zähe, und starrköpfig widersetzte er sich den Barbaren, um so fester, je mehr sie den Sieg davonzutragen schienen. Das Hitlersche Ungemach zwang den Künstler immer mehr in die Politik. Gerade das Jahr 1933 machte ihm deutlich, daß sie sich nicht „gleichsam mit der linken Hand erledigen ließe, wie eine Fleißaufgabe". Und er eiferte dem Beispiel seines Onkels Heinrich nach, dessen politisches Denken „die Intensität, das echte Pathos, das aus dem Blute, aus dem Herzen kommt", besaß. Ohne ausgeprägtes politisches Interesse, verfügt der junge Künstler doch über einen echten Instinkt, der ihn die Gefahr sicher ahnen läßt. Er spürt die Unvereinbarkeit zwischen Ästhetik und Faschismus. So war ihm Italien verleidet durch „den sentimental-pedantischen Kult, der vom deutschen Oberlehrer und Bildungsphilistiker gerade mit diesem Land stets getrieben wurde", doch auch durch die Mussolini-Diktatur, die den „natürlichen Rhythmus des italienischen Lebens" pervertierte. Und man lese die erste Begegnung nach, im Sommer 1929, mit dem, der vier Jahre später der deutsche „Führer" werden sollte, um zu sehen, wie die vielgerühmte Suggestivkraft des Barden von einem blutjungen Intellektuellen sehr gut durchschaut werden konnte: „Das ekle Heulen eines tollen Hundes."

Der Tod dringt in die sonnige Jugend: Klaus' bester Freund erschießt sich, wissend um das heraufziehende Unheil. Es war der Erste, der Anfang. 1935 bringt sich ein anderer Freund um, der surrealistische Dichter René Crevel. Andere folgen, Unbekannte und Berühmte, die Freunde Stefan Zweig und Toller. „Man starb leicht in der Fremde, geschwinder, plötzlicher als daheim." Der Tod wird ein vertrauter Freund, eine trostreiche Perspektive. Am 13. März 1942 heißt es nach dem Tode Stefan Zweigs: „. . . in einer Welt des Chauvinismus, der Dummheit, der Gewalt gäbe es keinen Platz, keine Funktion für uns. Wenn ich das Kommen einer solchen Welt für unvermeidlich hielte, ich folgte noch heute dem Beispiel des entmutigten Humanisten Stefan Zweig . . . Aber warum sollte das Schlimmste immer unvermeidlich sein? Ich bin nicht ohne Hoffnung." Tatsächlich ist er kein Todessüchtiger, der das Leben haßt. Im Gegenteil, er liebt es leidenschaftlich, mit allen seinen Fasern, in allen seinen Formen. Er genießt es in vollen Zügen, ist immer aus auf neue Entdeckungen, sucht neue Städte und Menschen. Der Tod erscheint eher als eine Kehrseite der Verzweiflung vor dem entstellten Leben, das immer mehr in die Fänge von Grausamkeit und Wahnsinn gerät. Der Tod tritt auf als Flucht vor der ansteigenden Barbarei, der anscheinend nichts beizukommen vermag. Die Verzweiflung entspricht der Hingabe im Kampf, der Leidenschaft des Lebens. Die Emigration 1933, zu der sich die ganze Familie Mann entschließt, erweckt Klaus' politische Kraft. In Amsterdam gründet er die Zeitschrift „Sammlung", er steht inmitten des politischen Lebens der Exilierten, in enger Tuchfühlung zu allen geflohenen Schriftstellern. Es gab deren zahllose, es gab ein reiches Zeitschriftenwesen, es gab Verlage, die ausschließlich Werke emigrierter Autoren veröffentlichten. Es gab eine intensive geistige freie Aktivität, von der man in der Bundesrepublik bis heute kaum Kenntnis genommen hat. Dieser Bericht kann als eine glänzende, leidenschaftliche Einführung in dieses sozusagen unbekannte Gebiet gelten, das Interesse wecken.

Endlich erreicht uns aus dem grausamen Stück „unbewältigter Vergangenheit" etwas

anderes als die Memoiren eines Generals oder eines literarischen Mitläufers: die authentische Stimme des in der „nationalen Erhebung" erstickten Deutschlands. Sie dringt zu selten zu uns, als daß wir sie nicht mit größter Aufmerksamkeit zu vernehmen suchten. Dieses Buch, von Todesschatten umwölkt, ist nicht zuletzt ein Buch des Lebens, eines prallen, angefüllten, spannungsreichen, menschlichen Lebens — in dem es alles gibt, nur nicht das Getöse des machtklirrenden Ariertums. Es entrollt einen buntfarbenen Bilderbogen, in dem wohl kaum ein Großer des universalen Geisteslebens fehlt. Da gibt es Maler und Musiker, Dichter und Denker in Fülle, gesehen, beobachtet und bisweilen auf das beste gekannt. Ein ununterbrochener Reigen von Großen, Bedeutenden, Kuriosen, Tragischen und Lächerlichen. Da ziehen sie vorüber, die Werfel, Hesse, Feuchtwanger, Bruno Walter, Karl Kraus, Hasenclever, Max Brod, Hermann Kesten, Malraux, Gide, Romain Rolland, Cocteau, Aragon, Breton, Joyce, Thomas Wolfe, Joseph Roth . . . Die Schauspieler Jannings, Gründgens, Therese Giehse, Greta Garbo. Die Politiker wie Benesch, Roosevelt, Graf Sforza. Die Maler wie Picasso und Chagall. Piscator und Max Reinhardt . . . Wer könnte sie alle aufzählen! Namen, Personen, eine ganze Epoche taucht auf, die versunken ist und nur Trümmer hinterließ, die dem „eklen Heulen eines tollen Hundes" zum Opfer fiel.

Klaus Mann besaß die außerordentliche Fähigkeit, mit einigen Strichen eine Person, eine Stadt, eine Stimmung deutlich zu machen. Dieser Bericht ist mit Leidenschaft geschrieben, wie im Fieber: im Fieber einer todkranken Gesellschaft. Es gibt treffendplastische Porträts in diesem Buch: „Die Visiten des östereichischen Dichters Joseph Roth (in Amsterdam, H.A.) brachten mancherlei Aufregung. Er bestand auf exorbitanten Vorschüssen — sei es von Querido, sei es von Dr Lange, es kam nicht darauf an — und befremdete die Herren von der Presse durch bizarre politische Theorien, die er mit großer Beredsamkeit und Insistenz vertrat." Oder: „Hauptmann war kein Freund; seine seltenen Besuche, mit stolzer Gattin und gar zu elegantem Sohn Benvenuto, hatten den Charakter solemner Staatsvisiten, schon durch den ungewöhnlich großen Konsum von Rotwein und Champagner." Cocteau: „Sein Abenteuer spielt sich in einer Höhe ab, die nicht weihevoll-olympisch ist, sondern eher an die Entrückung des Akrobaten denken läßt . . ." Roosevelt, den K. Mann bewunderte: „Sein Lächeln war freundlich, wenngleich etwas zerstreut und müde. Der Blick aber, der das Lächeln begleitete oder der über dem Lächeln stand, hatte eine zugleich prüfende und kordiale Eindringlichkeit, vor der man fast erschrak." Es gibt ebenso gelungene Städteporträts: von dem über alles geliebten Paris, von dem kaum minder geliebten New York, von Amsterdam, vom Norden, von Afrika . . . Eine Fülle nicht nur von Menschen, von Ländern, als fühlte der Schriftsteller den Zeitdruck, unter dem er stand, als wollte er in schnellen Zügen das Leben erfassen.

Dieser Lebensbericht ist auch Reisebericht und politische Botschaft zugleich. Klaus Mann hatte deutliche Vorstellungen vom Kommenden. An eine Rückkehr nach Deutschland dachte er nicht mehr: „Ich bin weit gegangen, zu weit, als daß an Rückkehr noch zu denken wäre. Ich muß weitergehen — vorwärts, nicht zurück! — oder ich verliere den Weg und gehe in die Irre." Aber das Problem Heimat oder Exil sei überhaupt falsch gestellt: „Überholte Alternative! Die einzige aktuelle, einzig relevante Frage ist: Wird aus diesem Kriege eine Welt erstehen, in der Menschen meiner Art leben und wirken können? Menschen meiner Art, Kosmopoliten aus Instinkt und Notwendigkeit, geistige Mittler, Vorläufer und Wegbereiter einer universalen Zivilisation, werden entweder überall zu Hause sein oder nirgends." Das war die Alternative, sie war gut gesehen und gilt noch heute. Das wurde im Frühjahr 1942 niedergeschrieben. Der sieben Jahre später verübte Selbstmord deutet darauf hin, daß Klaus Mann in diesem Zeitpunkt nur die schwärzeste Perspektive der geschichtlichen Entwicklung vor sich sah. Er hatte auf einen echten Frieden, auf eine gemeinsame Welt gehofft. Das Zerwürfnis zwischen den Alliierten mußte ihn aufs schwerste erschüttern. Damit war die Hoffnung auf eine Umkehr in Deutschland, auf den Einzug der Vernunft in Europa geschwunden. Das Wiedersehen mit der Heimat war nicht dazu angetan, die Bitternis zu mildern: schlimmer als die Trümmer wurde der gräßliche moralische Verfall empfunden. Und gäbe es vielleicht ein schlimmeres Symptom dafür als die Entdeckung, daß im einstigen Hause Thomas Manns in München sich ein SS-Bordell un-

ter dem Firmenschild „Lebensborn" häuslich eingerichtet hatte? Und die Begegnung mit Richard Strauß, verstockt in der niedrigsten, goldgetäfelten Amoralität: „Im Dritten Reich gab es sehr gut zu essen, besonders wenn man Tantiemen aus mindestens achtzig Opernhäuser scheffelte", meinte zufrieden der Komponist und lobte so kultivierte Herren wie Schirach und Frank.

Das Buch endet mit einem Brief vom September 1945. Mit ruhiger Eindringlichkeit wird die Alternative erarbeitet: „Es gibt nur noch die universale Ordnung oder das universale Chaos, nichts dazwischen . . . Dies Jahrhundert, welches nicht das deutsche geworden ist, soll auch nicht das amerikanische oder das russische werden. Es wird das Jahrhundert der beginnenden Welt-Zivilisation oder es wird das Jahrhundert der beginnenden Welt-Barbarei — wenn nicht gar schon der vollendeten." Dieser beharrlichen Feststellung ist nichts hinzuzufügen, sie ist seitdem tausendfach erhärtet worden. Der junge Literat erwies sich als ein politisch äußerst klarblickender Seher, nicht wenigen Berufspolitikern um Bedeutendes überlegen. Von Deutschland sagt er, daß es sich nur läutern könne durch „Umkehr und Einkehr": „Dies tut es nicht, wenn es die etwa vorhandenen Gegensätze, den potentiellen Konflikt zwischen Moskau und Washington mit düsterem Schmunzeln beobachtet und hämisch schürt. Das Land der Mitte möge seine Funktion und raison d'être darin sehen, zu verbinden und zu versöhnen." Man beschritt gerade den entgegengesetzten, notwendig unheilvollen Weg und bestätigte düster alle Warnungen dieser Botschaft. Man greife zu diesem Buch. Vermittels solcher Substanz — wahr, bitter, ernst, nachdenklich — ließe sich mehr zur vielberedeten Bewältigung der Vergangenheit beitragen als durch die feierlichen Floskeln derer, die nichts mehr fürchten, als dem Vergangenen-Gegenwärtigen ins Gesicht zu sehen. Dieser Bericht wiegt so schwer, weil er „die Intensität, das echte Pathos, das aus dem Blute, aus dem Herzen kommt", besitzt, — Eigenschaften, die Klaus Mann so sehr an seinem Onkel bewunderte. „Der Wendepunkt", dessen sich Klaus Mann bewußt wurde, er muß noch immer ins deutsche Bewußtsein geprägt werden, um als Grundlage eines neuen Verhaltens zu dienen.

Heinz Abosch

Umrisse einer neuen Filmpublizistik

Seit 1957 versuchte eine kaum beachtete Zeitschrift, die Bundesrepublik mit einer bis dato fast unbekannten publizistischen Disziplin bekannt zu machen: mit der Filmkritik. Der Hinweis mag zunächst sophistische Akzente haben. Aber Nachforschungen bestätigen, daß die im Ausland hochentwickelte Filmpublizistik hierzulande bis vor wenigen Jahren keine Entwicklungs-Chancen hatte. Filmwirtschaftliche Fachblätter, Illustrierte vom Typ „Filmrevue" und Kinobetrachtungen auf Lokalteil-Niveau manipulierten die Publikumsmeinung. Das Ergebnis ist bekannt: der deutsche Film konnte es sich leisten, zu den miserabelsten der ganzen Welt zu zählen. Ein großer Teil des bundesdeutschen Filmpublikums hat noch heute eine völlig unkritische Einstellung zu der „massenwirksamsten und internationalsten aller Künste", wie es Eisenstein 1935 formulierte. Die Herausgeber und Mitarbeiter der kleinen Zeitschrift „Filmkritik" bemühten sich indessen, wenigstens einer interessierten Minderheit die gesellschaftspolitische Rolle des Films auseinanderzusetzen und die herkömmliche Betrachtungsweise der Generalanzeiger-Rezensenten als impotente ästhetische Reflexionsmethode zu denunzieren. Wie „Sequence" (England), „Positif" (Frankreich), „Film Culture" (USA) verkündete die „Filmkritik" unumwunden ihre sozialpädagogische und politisch oppositionelle Absicht. Überall, wo junge Regisseure als Rebellen gegen „Papas Kino" auftraten, wurden sie von diesen Kritikern unterstützt. Ihre Opposition gegen eine isolierte Filmästhetik, die die gesellschaftlichen Bedingungen und Wirkungen der Filmarbeit leugnet, ihr Zorn auf die etablierten Mächte können nicht einfach auf die üblichen Ressentiments zwischen den Generationen zurückgeführt werden. Die Aversion sitzt tiefer. Sie hat realpolitische Ursachen, die sich in der Bundesrepublik, im Klima der Restauration und Intellektuellen-Feindschaft, deutlicher noch als anderswo offenbaren mußten. Film und Fernsehen sind in der Bundesrepublik einem nicht zu unterschätzenden Kontrollsystem unterworfen. Um so mehr war die Entfaltung einer oppositionellen Filmkritik ein dringendes Gebot der Stunde. Einige Filmjournalisten haben den neuen kritischen Stil inzwischen auch in einige wenige Zeitungen, die noch mit nonkonformistischem Anspruch redigiert werden, hinein-

getragen (etwa Heinz Ungureit, „Frankfurter Rundschau", oder Uwe Nettelbeck, „Die Zeit"; beide sind auch Mitarbeiter der „Filmkritik"). Mit „FILM", herausgegeben von Hans-Dieter Roos und Werner Schwier, haben wir seit kurzem eine weitere repräsentative, wissenschaftlich und ästhetisch ernstzunehmende Zeitschrift. Auch die leider nur vierteljährlich erscheinende Schrift „Filmstudio" (Johann - Wolfgang - Goethe-Universität, Frankfurt) muß erwähnt werden. Ähnlich ist die Situation auf dem Gebiet der Filmliteratur. Eine vergleichende Betrachtung über die Quantität und Qualität der internationalen Filmpublizistik vermittelte bis vor kurzem ein fast beschämendes Ergebnis hinsichtlich des deutschsprachigen Anteils. In der Rückschau begegnet man allenfalls einem halben Dutzend markanter Namen, wie Kurt Pinthus, Béla Balász, Emilie Altenloh („Soziologie des Kinos", Jena 1914!), Rudolf Arnheim. Nach 1945 kommen nochmals ein paar Namen hinzu, so Walter Hagemann, Erich Feldmann, Siegfried Kracauer, Edgar Morin (diese beiden in Übersetzungen, da keine deutschen Staatsangehörigen).

Erst seit ungefähr drei Jahren regt sich etwas auf dem deutschen Büchermarkt. Suhrkamp machte mit dem Spectaculum-Band „Texte moderner Filme" in diesem Genre den Anfang. Der Marion von Schröder-Verlag folgte mit der Reihe „CINEMATHEK — Ausgewählte Filmtexte". Bertelsmann legte eine Schriftenreihe „Rundfunk Film Fernsehen" (worin vor allem filmwissenschaftliche Probleme untersucht werden) vor. Der Lechte-Verlag hat sich der publizistischen Filmforschung angenommen. Das Verlagsteam Arche und Sanssouci kümmert sich vorwiegend um klassische Texte der Filmpublizistik und Monographien. Dieser schweizer Verlagsgemeinschaft ist vor allem die Erschließung der filmpolitisch so bedeutsamen Werke sowjetischer Fachautoren zu verdanken.

An erster Stelle möchte ich auf die Schriften von Serge M. Eisenstein verweisen:

Gesammelte Aufsätze I. Aus dem Russischen von Lothar Fahlbusch, 406 Seiten, Leinen 19,80 DM.

Erinnerungen. Aus dem Russischen von Verena Vogt. Mit Zeichnungen von S. M. Eisenstein. 224 Seiten, Leinen, 14,80 DM.

Panzerkreuzer Potemkin. Filmszenarium. Aus dem Russischen von Ruth Herlinghaus und Renate Georgi, eingeleitet von Hermann Herlinghaus. 70 Seiten, kartoniert 3,80 DM.

Vom Theater zum Film. Photos, Schriften, Dokumente. 116 Seiten, Leinen 9,80 DM.

Charlie Chaplin. Eine Bildchronik. 86 Seiten, glanzkartoniert 5,80 DM (Galerie Sanssouci).

1948 starb Eisenstein. Zwei Jahre zuvor hatte ihn ein Herzanfall „gewaltsam zur Ruhe gezwungen . . . Ich dachte, daß ich nun endlich um mich schauen, zurückblicken und nachdenken könnte. Und alles verstehen würde: Von mir selbst. Vom Leben. Von 48 durchlebten Jahren. Ich will es gleich sagen: Nichts verstand ich . . . Nichts, außer einem: Daß das Leben im Galopp vorbeigegangen war . . . Nur genippt hatte man. Nirgends bis zur Neige getrunken . . . Eine unsinnige Lust überkommt mich da, diese Augenblicke der ‚verlorenen Zeit' einzufangen, damit sie im Niederschreiben Gestalt gewännen . . ."

Und so hinterließ Eisenstein der Nachwelt außer zahlreichen geistvollen Essays und seinen unsterblichen Filmen einen bemerkenswerten Memoirenband. Ein gewandter Stil verbindet sich mit einer Bildung von globaler Reichweite. Zwar sagt Eisenstein: „Ich will . . . beschreiben, wie ein mittelmäßiger Mensch als völlig unvorhergesehener Kontrapunkt durch ein erhabenes Zeitalter geht . . ." Aber wenn alle „mittelmäßigen" Menschen das Format Eisensteins hätten, gäbe es auf der Welt ein Heer von Genies. Diese Erinnerungen beschäftigen sich mit der Frage, „wie es möglich ist, in die Lektüre Maeterlincks vertieft, die Errichtung von Schützengräben für den Bürgerkrieg zu überwachen oder im Schatten eines militärischen Transportzuges Schopenhauer zu lesen. Wie man sich auf dem Zelluloidboden Hollywoods bewegt. Wie man sich bei Polizeiverhören in Amerika verhält und wie ganz anders in Frankreich. Wie man auf den tausendjährigen Pyramiden von Yukatan herumklettert und, an die Trümmerhaufen des ‚Tempels zu den Tausend Säulen' gelehnt, gespannt auf den Augenblick wartet, wo die Umrisse eines vertrauten Sternbildes — umgekehrt zur heimatlichen Stellung — hinter der ‚Pyramide der Krieger' im mexikanischen Himmel versinken . . ." Tausend Bilder solcher Art erstehen vor dem Leser. Alles ist voller Farbe, voller praller Begrifflichkeit: Menschen, Städte, Landschaften, Ateliers,

Kindheitsumrisse, Bücher, Filmprobleme, berühmte Zeitgenossen.

Die Aufsätze Eisensteins gehören nach wie vor zu den Elementarwerken der Filmtheorie. Ob nach dem Sozialwert des Films gefragt wird oder nach der Formung von Leitbildern, nach den Wechselbeziehungen von Psychologie und Montage, nach der Verwendung von Filmmusik, nach den Gesetzen der Bewegung und Bewegungslosigkeit in der Filmdramaturgie, nach dem Wahrheitsgehalt von Symbolik und Realistik, — irgendwo in diesen Schriften findet sich die Antwort. Der erste Band der Aufsätze enthält Material aus den Jahren von 1935 bis 1948. Interessant ist, daß Eisensteins Aussagen häufig die Position des Verteidigers verraten. Die Kunstdoktrin der Stalinära drängte auch ihn in die Opposition. Er begegnet dem dilettantischen Dogmatismus mit einer strengen und klaren Sachlichkeit in Form selbstsicherer fachkundiger Analysen. So begründete er in dem Essay „Montage 1938" zu einer Zeit, da dieses Aussageprinzip schärfsten Anfeindungen ausgesetzt war, mit kaum widerlegbarer wissenschaftlicher Präzision dessen elementare Notwendigkeit. Auch sonst fällt die bestechende Intelligenz und universelle Geistigkeit des großen Regisseurs auf. Bildende Kunst, Literatur und Musik sind ihm gleichermaßen vertraut. Die Filmkunst ist ihm „ein Kind des ganzen Sternbildes der voraufgegangenen und benachbarten Künste".

Die hier vereinigten Aufsätze behandeln alle denkbaren filmischen Form- und Stilprobleme. Dazu kommen persönliche Erinnerungen, Betrachtungen über Prokofieffs Filmmusik, über sozialistischen Realismus, über die sowjetische Dokumentarfilmbewegung und viele andere Objekte, die sich seinem aggressiven schöpferischen Geist zur Auseinandersetzung stellten. Auch der letzte, unvollendet gebliebene Artikel aus Eisensteins Feder — „Der Farbfilm" — wurde in diesen Band aufgenommen, der hoch über der zur Zeit greifbaren filmtheoretischen und filmgeschichtlichen Literatur steht.

Der Sammelband „Vom Theater zum Film" vermittelt in Text und Bild ebenfalls film- und kulturgeschichtliche sowie filmtheoretische Skizzen von subtilem Gehalt. Die knappe philosophische Abhandlung etwa: „Der Kinematograph der Begriffe" ist das Musterbeispiel einer dialektischen Kunsttheorie. Der Titelaufsatz „Vom Theater zum Film" gibt bemerkenswerte Aufschlüsse über die Integration von Form und Aussage im Sowjetfilm.

Die geistig und formal von radikalem Fortschrittsgeist bestimmte Proletkult-Bühne zu Moskau war Eisensteins Sprungbrett. Dieses Theater, ein „Instrument für soziale Proklamationen", bot seiner avantgardistischen Phantasie einzigartige Entfaltungs-Chancen. In seiner Inszenierung der Komödie „Eine Dummheit macht auch der Gescheiteste" von Ostrowski, die in die Theatergeschichte einging, ließ er einen kleinen Film einbauen. Das war 1923. Zwei Jahre später hatte er mit dem Film „Streik" jene Grenzen überschritten, die ihm das räumlich begrenzte Theater setzte. Der Meister der Massenregie kündigte sich an. Wieder zwei Jahre später konnte er seinen „Panzerkreuzer Potemkin" präsentieren, von allen weltberühmten Filmen wohl der berühmteste.

Das vom Arche-Verlag herausgegebene Szenarium läßt erkennen, warum dieser Streifen — abgesehen einmal von seiner rein optischen Wirkung — zum politischen Tribunal werden mußte. Die Montage wird zum rhetorischen Instrument einer revolutionären Poetik. Den dramatischen Höhepunkt erreicht der Film im 4. Akt. Das Volk von Odessa unterstützt die meuternden Matrosen mit Lebensmitteln. Da erscheinen zaristische Soldaten und füsilieren, in maschinenmäßig präzisem Amokmarsch, die Menge.

Der kleine Band gibt die Szenen des Films in der von I. W. Sokolow (sowjetischer Filmhistoriker) 1934 aufgezeichneten Reihenfolge wieder. Der Essay über Chaplin formt sich zu einer kühnen psychologischen Diagnose, die das Objekt von unerwarteten Gedankenwinkeln her einkreist: die chinesischen Kinder aus Malraux' Roman „La condition humaine", das „Märchengrauen" amerikanischer Prägung, angelsächsischer Humor und „slawische Seele", Baudelaire und der englische Pierrot, der Vergleich des Satirikers Chaplin mit Aristophanes, Erasmus, Rabelais, Swift und Voltaire. — (Ferner enthält dieser Band Bekenntnisse und Erinnerungen von Kosintzew, Tucholsky, René Clair, Cocteau, Tristan Bernard u. a.)

Ich muß die weiteren wesentlichen Bände des Arche-Verlages (Pudowkin, Pinthus usw.) hier leider zurückstellen, um noch

ein gewichtiges filmgeschichtliches Werk behandeln zu können:

Ulrich Gregor und Enno Patalas: Geschichte des Films. 524 Seiten, Leinen 39,80 DM. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh.

Patalas ist Herausgeber, Gregor Mitarbeiter der eingangs erwähnten Zeitschrift „Filmkritik". Ihre Filmgeschichte entwirft erstmals seit Kracauer („Von Caligari zu Hitler") eine kultursoziologische Typologie und Wesensbestimmung der Filmkunst. Indessen reiten die Autoren hier nicht die mitreißenden polemischen Attacken, die man an der „Filmkritik" so schätzt. Vielmehr konzentrieren sie sich auf die kulturpolitischen Zusammenhänge zwischen der Gesellschaft, ihren Leitbildern und deren Bekämpfung oder Glorifizierung im Film. So wird man — um nur ein gravierendes Beispiel zu nennen — bereits in den Filmen der Weimarer Republik Vorgriffe auf die faschistische Ideologie entdecken, wenn man den Verfassern konsequent in ihre klar abgegrenzten Gedankenbereiche folgt. Das Beispiel heißt in diesem Falle nun nicht etwa Gustav Ucicky oder Leni Riefenstahl, die bewußt dem Nazismus in die Arme arbeiteten, sondern Fritz Lang. In „Die Nibelungen" und „Metropolis" entdecken Patalas und Gregor „einen Katalog aller wesentlichen Bestandteile der NS-Ideologie: In den NIBELUNGEN den Kult des Nordischen, die Diffamierung des ‚Undeutschen', die Unterordnung unter den Willen des ‚Führers', die Vergötzung des ‚Heldentodes'; in METROPOLIS die Verschleierung der sozialen Gegensätze, die ‚Erlösung' des Proletariats durch den überlegenen, dem Klassenkampf entrückten Führerwillen ..."

Diese Bewertung der in den zwanziger Jahren entstandenen Filme wird noch umfangreich und gründlich belegt. Die zitierten Sätze sollen lediglich die eindringliche Art andeuten, mit der hier Ästhetik und gesellschaftspolitische Zeitkritik zu einem präzisen Urteil verbunden werden. Selbstverständlich wird an anderen Beispielen auch die positive Bewertung von Filmereignissen mit gleicher Intensität erarbeitet.

Überhaupt ist diese Filmgeschichte in ihrer historischen Übersicht und in den detailliert gezeichneten Regisseur-Porträts mit bemerkenswerter Sorgfalt ausgeführt. Die Einteilung in künstlerische Entwicklungsstadien, die Aufgliederung in Produktionsphasen, die politischen Ansprüchen unterworfen waren, und die Abgrenzung nach nationalen Aspekten erweisen sich als vorteilhaft. Dank dieser Anlage konnten so hervorragende Kapitel wie „Deutschland: Expressionismus und Neue Sachlichkeit" oder „Der sowjetische Revolutionsfilm" oder „Das Hollywood der zwanziger Jahre" oder „Der deutsche Film vor und unter Hitler" geschrieben werden.

Indessen vermißt man die im Vorwort erwähnte „wachsende Dichte . . . zur Gegenwart hin". Hier verengt sich die aufschlußreiche kritische Perspektive, die zumindest in der ersten Hälfte des Buches eine zuverlässige Orientierung gestattet, zur knapp kommentierten Aufzählung. Da man sich bewußt an „Zeitgenossen" wendet, werden sich vermutlich viele Leser die Frage stellen, warum den jüngeren und neueren Regisseuren nicht mit der gleichen Sorgfalt begegnet wird wie etwa Vigo, Feyder, Duvivier, Capra, Ford, Fellini. Natürlich wird auch Wesentliches über Malle, Chabrol, Godard, Resnais u. a. gesagt. Aber die Verteilung der Zensuren steht doch manchmal im Gegensatz zur Bedeutung ihres Objektes. Erfreulich ist es, daß in diesem Band Fehlurteile, über die man in der „Filmkritik" gestolpert war, korrigiert werden. Die Gegenüberstellung etwa des hymnischen Essays über Malles Bardot-Glorifizierung („Vie privée") in der „Filmkritik" und der freundliche Verriß des gleichen Streifens in der Filmgeschichte bezeugt den Willen Patalas' zur Revision von Irrtümern. Das kommt natürlich dem historischen Anspruch zugute. Dicht daneben finden sich dann wieder hochgezüchtete Wertungen: „Aber gerade die perspektivelose Welt aus ‚L'Année dernière à Marienbad', in der sich die Menschen wie Gefangene bewegen, scheint ein metaphorisches und verschlüsseltes Abbild des heutigen Daseins zu enthalten." An solchen Sätzen stimmt meist gar nichts, weil man sie umdrehen und reduzieren kann, ohne daß sie ihren Sinn oder Anti-Sinn einbüßen.

Lobenswert ist die Einbeziehung von Dokumentar- und Trickfilmen, fragwürdig die auf knapp zwei Seiten beschränkte Abhandlung über die Filmsituation in der „Ära Adenauer". Die lapidare Begründung der Misere: „Unfreiheit durch Abhängigkeit vom Markt" genügt nicht. Filmwirtschaft hin, Filmwirtschaft her. Gerade an dieser Filmgeschichte, die an treffsicheren Einsichten nicht arm ist, muß es enttäuschen, daß sowohl die Analyse als auch die Dif-

ferenzierung der Ursachen unterbleibt. Der Beweis müßte noch erbracht werden, daß beispielsweise ein einziger Film Käutners oder Hoffmanns unter anderen Produktions- und politischen Bedingungen einen künstlerischen Zuschnitt erhalten hätte. Man wünscht sich hier durchgehend die deutliche Sprache, die beispielsweise den Sauerbruch-Film als „Musterbild der Autorität" denunziert und Alfred Brauns „Stresemann"-Streifen als Geschichtsfälschung entlarvt, weil man hier „den demokratischen Staatsmann zum selbstherrlichen Autokraten" machte.

Jedenfalls sind an der Misere des deutschen Nachkriegsfilmes so viele Komponenten beteiligt, politische wie gesellschaftliche, ökonomische wie individuell-persönliche, daß jede einseitige Auslegung dem Spiel mit dem „Schwarzen Peter" gleicht. All diesen Spuren nachzugehen und die Ergebnisse zur Synthese zu ordnen, das wurde hier leider versäumt.

Warum fehlt der Name William Dieterle? Eine Bloßstellung seines überschätzten Talentes und seine zweckbedingte Ignoranz (im Zola-Film beispielsweise ist nicht der geringste Hinweis auf das grundsätzlich antisemitische Klima jener Epoche gegeben) gehören unbedingt in den Rahmen einer Filmhistorie.

Schließlich wäre auch das blamable Mißverhältnis von Anspruch und Leistung der jungen deutschen Filmhandwerker zu kritisieren gewesen. Der laut propagierte Neubeginn hat nicht stattgefunden. Außer dem Zensursystem sind noch andere Gründe für das Versagen der Nachwuchsregisseure maßgebend, beispielsweise die notorische Ahnungslosigkeit hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Situation. Es fehlt den meisten jungen Regisseuren an historischem Bewußtsein, aus dem heraus die Restaurationsideologien, die das deutsche Geistes- und politische Leben lähmen, zu deuten wären.

Die verlegene „Schützenhilfe", die etwa Herbert Veselys snobistischem Kunstgewerbe („Brot der frühen Jahre"; eine eklatante formalistische Verharmlosung der Böllschen Vorlage) zuteil wird, enthüllt sich als Unredlichkeit. Solch pubertärer Avantgardismus (der sich in anderen Streifen, etwa in Pohlands „Tobby", noch viel aufdringlicher gebärdet) läßt sich eigentlich nur mit dem Schlußsatz der vorliegenden Filmgeschichte kennzeichnen:

„Hier allerdings droht der Protest in sein Gegenteil umzuschlagen: in die Apologie blinden Außenseitertums." (Diese Wertung ist in dem Buch auf andere Filme bezogen).

Diese kritischen Hinweise entsprechen freilich dem hohen Anspruch und der überdurchschnittlichen Qualität dieser Filmgeschichte. Einem weniger prätentiösen Werk würde man auch weniger strenge Maßstäbe anlegen. Nach Abstrich aller Einwände bleibt immer noch die bestinformierende und in der ästhetischen Wertung zuverlässigste Filmgeschichte deutscher Sprache.

Man wünscht dem Buch schon deshalb eine zweite Auflage, daß die Irrtümer und Mängel beseitigt werden können. Unter allen Umständen müßte dann auch das Filmgeschehen in der Bundesrepublik in seiner ganzen postfaschistischen Verworrenheit und in seiner Abhängigkeit von einer autoritären Kulturbürokratie dargestellt werden. E. H.

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Jean-Paul Sartre, Marxismus und Existentialismus. Versuch einer Methodik. Rowohlt Verlag, Reinbek, 157 S., kart. 2,80 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie Bd. 196).

Jean-Paul Sartre. Dargestellt von Walter Biemel. Rowohlt Verlag Reinbek, 174 S., kart. 2,80 DM (Rowohlt Monographie Bd. 87).

Ernst Fischer, Probleme der jungen Generation. Ohnmacht oder Verantwortung. Europa Verlag, Wien/Köln/Zürich, 180 S., Paperback 10,50 DM.

C. Wright Mills, Politik ohne Verantwortung. Eine Analyse. Kindler Verlag, München, 175 S., kart. 2,50 DM (Kindler Taschenbücher Bd. 37). — Taschenbuchausgabe der soziologischen Studie: Die Konsequenz. Kindler Verlag, München, 240 S., Leinen 12,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Jacob Grimm über seine Entlassung. Texte und Dokumente. Nachwort von Werner Vordtriede. Insel Verlag, Frankfurt, 62 S., br. 3,— DM (Insel Bücherei Bd. 806). — Jacob Grimm gehörte zu den sieben

Göttinger Professoren, die im Jahre 1837 gegen die Aufhebung der Grundgesetze durch König Ernst August öffentlich protestierten. Grimm wurde mit zwei seiner Kollegen entlassen und des Landes verwiesen.

Zbynek A. Zeman, Der Zusammenbruch des Habsburger Reiches. Oldenbourg Verlag, München/Wien, 278 S., Ln. 19,80 DM.

Das Dritte Reich. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten. Herausgegeben von Heinz Huber und Artur Müller unter Mitwirkung von Prof. Dr. Waldemar Besson. Verlag Kurt Desch, München. Erster Band: Der Aufbau der Macht; Zweiter Band: Höhepunkt und Zusammenbruch der Macht. Umfang der beiden Großbände ca. 800 S. mit über 1000 Fotos, Karten, Schaubildern, Plakaten und Dokumenten, Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten sowie Bibliographie und Zeittafel. Subskriptionspreis 160,— DM, Ladenpreis ab 1. Juni 175,— DM.

Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Fischer-Bücherei, Frankfurt/Hamburg, Taschenbuchausgabe in zwei Teilen. Bd. I: Der Weg zur Macht; Bd. II: Der Weg zum Untergang, zus. 880 S., kart. je Band 4,80 DM (Fischer-Bücherei/Buch des Wissens/ Doppelbd. 583/584 und 585/586).

Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933—1945. Erster Band einer Veröffentlichungsreihe. Herausgegeben von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden. Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt, 553 S. im Lexikonformat, Ln. 24,— DM.

Edwin H. Robertson, Christen gegen Hitler. Deutsch von Stephan Wilms. Herausgegeben und mit Ergänzungen versehen von Oberkirchenrat D. Heinz Kloppenburg. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh, 136 S., Ln., 10,80 DM.

Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der 20. Juli 1944. Vierte, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Gotthold Müller Verlag, München, 560 S., Ln. 27,80 DM.

Klaus Mann, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht. Fischer-Bücherei, Frankfurt/ Hamburg, 416 S., kart. 4,80 DM (Fischer-Bücherei Doppelbd. 560/561). — Vgl. die Besprechung in diesem Heft.

Wolfgang Marienfeld, Konferenzen über Deutschland. Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941—1949. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 287 S., Ln. 24,80 DM. — Die breit angelegte Untersuchung, die wesentlich neue Erkenntnisse oder Details nicht zutage fördert, ist durch die Veröffentlichung der amerikanischen Protokolle über die Konferenzen von Teheran (1943) und Potsdam (1945) angeregt worden. Marienfeld behandelt zwar die Deutschlandpolitik aller vier Großmächte, verzichtet aber weitgehend auf französische und sowjetische Quellen. Offenbar unbenutzt bleiben u. a. der Briefwechsel zwischen den Regierungschefs der „Anti-Hitler-Koalition", die in Teheran angefertigten Sitzungsniederschriften der Sowjetdelegation, der umfangreiche Aktenband über die Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich (1941—1945) mit zahlreichen Belegen zur „deutschen Frage" und Dokumentar-Veröffentlichungen des französischen Außenministeriums aus den Nachkriegsjahren. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der alliierten Deutschlandplanung während des Krieges. Der Viermächteverwaltung und der Tätigkeit des Kontrollrats (1945—1949) sind nur drei der insgesamt 17 Kapitel mit rund 60 Druckseiten gewidmet.

Aktuelle Themen

Israels Weg zum Staat. Von Zion zur parlamentarischen Demokratie. Herausgegeben von Arno Ullmann. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 232 S., kart. 3,60 DM (DTV/Dokumente/Großbd. 181).

Helmut Steinberger, GATT und regionale Wirtschaftszusammenschlüsse. Eine Untersuchung der Rechtsgrundsätze des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vom 30. Oktober 1947 (GATT) über die Bildung regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse. Carl Heymanns Verlag KG, Köln/Berlin, XV u. 248 S., kart. 29,50 DM.

Besondere Kennzeichen. Selbstporträts zeitgenössischer Autoren. Herausgegeben von Karl Ude. List Verlag, München, 157 S., kart. 2,40 DM (List Taschenbuch Bd. 257). — Mit Beiträgen u. a. von Heinrich Böll, Erich Kästner, Wolfgang Weyrauch, Luise Rinser, Wolfdietrich Schnurre, Tadeus Nowakowski, Carl Amery, Heinz Piontek und Günter Bruno Fuchs.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Antwort Bundeskanzler Erhards auf die Neujahrsbotschaft Chrustschows

Am 26. Februar ließ die Bundesregierung in Moskau ein Schreiben überreichen, das die Antwort auf eine Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten an alle Staats- und Regierungschefs vom 31. Dezember 1963 darstellt, in der der Kreml ein weltweites Abkommen über den Gewaltverzicht bei der Regelung politischer und territorialer Streitigkeiten vorgeschlagen hatte (Wortlaut in „Blätter" Heft 2, S. 162 ff). Das Schreiben des Bundeskanzlers trägt das Datum 18. Februar 1964.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mit Befriedigung habe ich Ihrer Botschaft vom 31. Dezember 1963 entnommen, daß Sie Ihr Interesse einem Prinzip zuwenden, das seit langem Grundlage der Politik der Bundesregierung ist, nämlich dem Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Regelung von Grenzfragen und territorialen Streitigkeiten. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Bundesrepublik Deutschland sich bereits vor zehn Jahren vertraglich gegenüber den ihr durch den Nordatlantikpakt und den Brüsseler Vertrag verbündeten Staaten verpflichtet hat, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nicht mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen. Daher hat die Bundesregierung in Verhandlungen mit ihren Nachbarn alle Fragen ihrer Westgrenzen zur vollen Zufriedenheit der beteiligten Regierungen und in Übereinstimmung mit den Interessen der Bevölkerung geregelt. Ich bin der Überzeugung, daß es nach der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auch möglich sein wird, zu einer gerechten, die Interessen der betroffenen Bevölkerung berücksichtigenden Regelung über den Verlauf der deutschen Ostgrenze zu gelangen. Hier zeigt sich erneut, wie wichtig die Wiedervereinigung Deutschlands für die Entspannung und Normalisierung der Verhältnisse in Mitteleuropa ist.

So sehr ich es begrüße, daß Sie mit mir in der Ansicht übereinstimmen, daß zur Regelung von Grenz- und Territorialfragen keine Gewalt angewendet werden darf, so möchte ich doch auch den Gedanken hervorheben, daß Grenzen im Zeitalter des technischen Fortschritts und des hohen Entwicklungsstandes der Kommunikationsmittel nicht länger Trennungslinien zwischen Menschen und Völkern sein sollten. Das durch Staatsgrenzen ungehinderte Kennenlernen von Menschen anderer Völker, die Intensivierung des Reiseverkehrs zum Kennenlernen fremder Länder und der freie Austausch von Informationen, Zeitungen und Zeitschriften über die Grenzen hinweg sind eine Gewähr für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den Völkern und damit für die Erhaltung des Friedens. Zahlreiche europäische Staaten haben daher schon vor Jahren den Paßzwang für die Ein- und Ausreise abgeschafft. Selbstverständlich ist im Westen der Austausch von Informationen, Zeitungen und Zeitschriften frei von staatlicher Reglementierung. Wenn die Sowjetunion diesem Beispiel folgen würde, wäre dies ein bedeutsamer Schritt zur Förderung des Verständnisses zwischen den Völkern und ein Beitrag zur Festigung des Friedens und zur Entspannung.

Ein Widerspruch zu allen Entspannungsbemühungen und ein Anachronismus in unserem Zeitalter ist jedoch die Schaffung einer künstlichen Trennungslinie zwischen den Bewohnern einer Stadt, wie dies durch den Bau der Berliner Mauer geschah. Das Leid, das dieser brutale Akt für die Bevölkerung der geteilten Stadt hervorgerufen hat, ist in der ganzen Welt bekannt. Die Gewalttaten, die an Menschen begangen werden, die über die Mauer hinweg nach West-Berlin zu gelangen versuchen, erschweren den Glauben an eine echte Entspannungsbereitschaft der UdSSR.

Getragen vom Gefühl der Verantwortung möchte ich Ihnen, Herr Vorsitzender, daher mit Nachdruck sagen, daß es nicht die Grenz- und Territorialprobleme sind, die die Hauptursache der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Völkern bilden; Hauptursache der Spannungen in Europa ist vielmehr die künstliche Teilung Deutschlands. Dieser gefährliche Zustand kann nur beseitigt werden, wenn dem deutschen Volk endlich das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird, das bereits in weiten Teilen der Welt seinen Siegeszug angetreten hat. Wie leicht die Teilung Deutschlands zu einer Gefahr für den Frieden werden kann, haben die Zwischenfälle auf der Autobahn nach Berlin gezeigt. Im Interesse des Friedens muß der Zugang nach Berlin frei von jeder Behinderung bleiben. Lassen Sie mich das mit allem Ernst sagen, und erlauben Sie mir, auf einen Widerspruch in Ihrer Botschaft vom 31. Dezember 1963 hinzuweisen. Sie betonen zwar, „daß historisch zustande gekommenen Grenzen mit dem notwendigen Verständnis begegnet werden muß", sobald es sich aber um die Belange des deutschen Volkes handelt, nehmen Sie das „Recht des Stärkeren" in Anspruch. Wir alle wissen: Der Friede ist unteilbar. Alle Staatsmänner sollten jedoch bedenken, daß die Gerechtigkeit ebenfalls unteilbar ist.

Der Weg zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West wird nicht leicht sein. Hierbei kommt auch der Abrüstung wesentliche Bedeutung zu. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Vorschläge, die Präsident Johnson und Premierminister Douglas-Home in Beantwortung Ihres Briefes vom 31. Dezember 1963 gemacht haben.

Herr Vorsitzender, Sie haben mir zur Erläuterung Ihrer Politik eine ausführliche Botschaft übermittelt. Die Politik der Bundesregierung ist klar, einfach und für jedermann verständlich. Sie läßt sich in einem Satz wiedergeben: Friede, Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht in aller Welt; Friede, Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk.

Hochachtungsvoll
Ludwig Erhard

Erklärung des Exekutiv-Ausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen auf seiner Tagung in Odessa vom 10. bis 14. Februar 1964

Als Mitglieder des Exekutivausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, der in Odessa tagt, haben wir die weite Verbreitung, die die im August vom Zentralausschuß des Ökumenischen Rates angenommene Erklärung „Der Vertrag zum Kernwaffenversuchsverbot und die nächsten Schritte" in staatlichen und zwischenstaatlichen Kreisen gefunden hat, und ebenso ihre gute Aufnahme bei vielen Kirchen zur Kenntnis genommen. Nach einem vorliegenden Bericht haben die Amtsträger der „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten" (CCIA) diese Erklärung der wiederaufgenommenen Konferenz des Achtzehn-Mächte-Ausschusses für Abrüstungsfragen übermittelt und auf Grund dieses Dokuments insbesondere mit den Delegationsleitern der Atommächte beraten.

Wir begrüßen das Nachlassen der Spannungen zwischen den Großmächten, das dem Abschluß des Moskauer Vertrages über eine begrenzte Beendigung der Versuche mit Kernwaffen im vergangenen Sommer gefolgt ist. Jede Gelegenheit sollte genutzt werden, um vom Rüstungswettstreit zur Zusammenarbeit in der Abrüstung zu gelangen. Wenn die prekäre Entspannung des Augenblicks festeren Bestand erhalten und weitere Vereinbarungen erzielt werden sollen, müssen ernsthafte Hindernisse überwunden werden.

Regierungen neigen dazu, einen Plan nur für annehmbar zu halten, wenn er von ihrem eigenen Vertreter vorgeschlagen worden ist. Diese Einstellung muß der Bereitschaft weichen, jeden Plan auf Grund seiner eigenen Verdienste zu bewerten und ein sinnvolles Verhandlungsverfahren anzunehmen, durch das gemeinsam erarbeitete Vorschläge vorgelegt werden können. Das Bestreben, aus Abrüstungsmaßnahmen militärischen Nutzen zu ziehen, birgt die Gefahr eines Krieges in sich. Die Mächte sollten sich über Maßnahmen zu einigen suchen, die ein vernünftiges Gleichgewicht erhalten; denn der Frieden

hängt noch immer an dem dünnen Faden des Gleichgewichts der Kräfte. Örtliche Konflikte treten immer häufiger auf und führen mächtige Staaten in Versuchung, hier ideologische oder territoriale Gewinne zu erzielen — sei es durch militärische Hilfe, wirtschaftliche Ausbeutung oder Subversion. Gibt man dieser Versuchung nach, wird die Gefahr erweiterter Konflikte die Menschheit auch in Zukunft beunruhigen. Durch den erzwungenen Fortbestand fremder Aufsicht, die die Völker daran hindert, ihre eigene Regierungsform und Vertreter frei zu wählen, bleibt die internationale Situation weiterhin unruhig und unsicher.

Ungeachtet des mangelnden Vertrauens und trotz des Mißtrauens, das so lange dauern wird, wie derartige Hindernisse bestehen, muß eine allgemeine und umfassende Abrüstung das Ziel internationaler Bemühungen bleiben. Es wäre jedoch eine Selbsttäuschung, anzunehmen, daß ein leichter Weg uns schnell dorthin führt. Wir würden nur versäumen, vorhandene Gelegenheiten zu nutzen, die einen schnelleren Fortschritt in Richtung auf einen menschenwürdigen Weltfrieden in Gerechtigkeit und Freiheit gestattet.

Vorschläge, die in jüngster Zeit von beiden Seiten gemacht worden sind, können eine große Bedeutung für die internationale Sicherheit haben. Zu ihnen gehören Verhandlungen über einen Nicht-Angriffspakt; Abschluß eines internationalen Abkommens, durch das sich alle Staaten verpflichten, teritoriale Streitigkeiten und Grenzfragen ohne Gewaltanwendung zu lösen; Abschluß eines internationalen Abkommens, durch das sich alle Staaten verpflichten, auf jede direkte oder indirekte Form der Drohung oder jede Gewaltanwendung zur Verteidigung eigennütziger politischer oder wirtschaftlicher Interessen, auf jeden Angriff, jede Subversion und auf geheime Waffenlieferungen zu verzichten; Produktionsstopp für spaltbares Material, das militärischen Zwecken dient, und Umstellung der Kernenergieproduktion auf friedliche Zwecke; Errichtung von Kontrollposten als Vorkehrung gegen Überraschungsangriffe; Begrenzung der nuklearen Schlagkraft und nuklearer Trägerwaffen; Vorkehrungen gegen die Erweiterung des Kreises der Atommächte; Errichtung kernwaffenfreier Zonen; Einstellung unterirdischer Tests für militärische Zwecke. In einer Reihe von Fällen gleichen sich die einzelnen Vorschläge weit genug, so daß ein Übereinkommen möglich ist und erreicht werden kann.

Bei den fortschreitenden Bemühungen, durch multilaterale Vereinbarungen eine progressive Abrüstung zu erzielen, sollten die Mächte nicht vergessen, welche Rolle sie auch durch einseitige Maßnahmen spielen können. Die Herabsetzung der Ausgaben für militärische Zwecke, eine verantwortliche militärische Haltung, die eindeutig den Eindruck aggressiver Absichten vermeidet, die Verminderung der Truppenstärke, Zurückhaltung bei politischen Spannungen, zunehmende Verwendung von spaltbarem Material für friedliche Zwecke — all dies sind Maßnahmen, die anderen als Beispiel und Vorbild dienen können und damit einer internationalen Aktion den Weg ebnen sollten.

Die mittleren und kleineren Mächte, mag man sie auf gewisse Weise mit den großen Mächteblöcken oder den anerkannt Blockfreien identifizieren, haben auch ihre Rolle zu spielen. Es ist ihre Aufgabe, den Großmächten die Notwendigkeit von Konzessionen einzuschärfen, die, ohne die internationale Sicherheit zu gefährden, ein Übereinkommen fördern. Dabei werden sie im Auge behalten müssen, daß sie selbst eine Verantwortung zur Abrüstung haben, und gewissenhaft vermeiden, ihre eigene militärische Macht durch den Erwerb von Waffen, die andere aufgeben, zu erweitern. Ihr Beitrag kann in gewissen Fällen ausschlaggebend, auf jeden Fall aber immer hochbedeutend sein.

Die Zeit scheint uns reif zu sein für einen weiteren Schritt vorwärts im Kampf des Menschen gegen Krieg und Ungerechtigkeit. Der Fortschritt mag sich langsam und in kleinen Schritten vollziehen, aber er muß stetig und sicher sein. Wir appellieren an die Kirchen, ihren Friedenseifer zu intensivieren und , gemeinsam mit anderen Menschen guten Willens, die Regierungen zu Maßnahmen, wie wir sie vorgeschlagen haben, zu drängen. Laßt uns der Worte des Apostels Paulus gedenken, laßt sie uns beachten: Ist es möglich, soviel an euch ist, so habt mit allen Menschen Frieden (Röm. 12/18).

Prof. Dr. Golo Mann: Für eine illusionslose deutsche Außenpolitik

Prof. Dr. Golo Mann, Ordinarius für Politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Stuttgart, hat am 9. Februar 1964 in der „Deutschen Bibliothek" in Rom einen Vortrag über die „Ära Adenauer" und die Notwendigkeit einer Korrektur bestimmter ihrer außenpolitischen Vorstellungen gehalten. Seine Ausführungen über eine illusionslose deutsche Ost-Politik, sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber Polen, wurden vor allem von gewissen Kreisen der ostdeutschen Landsmannschaften heftig angegriffen. Außerdem richtete ein CDU-Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag eine Anfrage an die Landesregierung in Stuttgart, die am 27. Februar von Ministerpräsident Dr. Kiesinger beantwortet wurde. Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Stuttgart stellte sich in einer öffentlichen Erklärung vor Prof. Golo Mann und trat, ohne sich mit seinen Ausführungen selbst zu identifizieren, für das Recht der freien öffentlichen Meinungsäußerung ein. — Wir veröffentlichen im folgenden einige besonders wichtige Passagen des Vortrages von Prof. Golo Mann, nach dem am 27. Februar in der „Stuttgarter Zeitung" veröffentlichten Text. D. Red.

Der Widerspruch der deutschen Außenpolitik in der Ära Adenauer lag also in dem Nebeneinander der europäischen Integrationspolitik nach Westen hin und der starren Aufrechterhaltung des Nationalstaatenprinzips, mehr noch, des Reichs-Phantoms nach Osten hin, so als ob die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges im Osten, wo er begann und am schlimmsten wütete, ohne bleibende Folgen sein könnte. Im Westen nahm man die radikalsten Veränderungen in Kauf und wirkte selber tatkräftig bei ihnen mit: im Osten kehrte man zu der Politik des bloßen Nein zurück, das die deutsche Ostpolitik in den zwanziger Jahren bezeichnet hatte. Allerdings, ein gewaltloses Nein soll es sein; aber das kann die Polen schwerlich überzeugen, die den Übergang von einem gewaltlosen Revisionismus zu einem gewalttätigen schon einmal erlebt haben. Dabei schien das Ziel Adenauers nicht so sehr, wirkliche Veränderungen zu erreichen, wie, die Dinge dort zu belassen, wo sie 1950 angekommen waren: eine Verneinung des Status quo, um ihn, in dieser Form der Verneinung, unter der Bedingung des Kalten Krieges ad indefinitum zu erhalten. Nun bot der Kalte Krieg wohl diese Bequemlichkeiten, barg aber größere Gefahren; er war nicht eine Sache, die immer dauern könnte, ohne zu explodieren. Ebensowenig würde die in Deutschland gepflegte Illusion, man könne die Dinge in Osteuropa wieder zum Stande von 1937 zurückführen, immer wirkungslos bleiben. Solche Illusionen, solche theoretischen Verkennungen der Wirklichkeit, seien sie auch heimlich mit Zweifeln versetzt, führen zum Schluß zu Verirrungen in der Praxis, wie sie es gerade in der deutschen Geschichte schon mehrfach getan haben. Denn es ist ja viel Illusion, viel Wegsehen von der Wirklichkeit und ungeeignetes Ausharren bis zu einem schlimmen Ende in der neueren Geschichte dieses Landes.

Ich sagte, der Kalte Krieg böte viele Bequemlichkeiten. Für die Bundesrepublik tat er es offenbar; ihm verdankte sie ihre Entstehung, ihm die Hilfe der Vereinigten Staaten und einen guten Teil ihrer außenpolitischen Erfolge, ohne daß man die persönlichen Verdienste, die mit solchen Erfolgen belohnt wurden, verkleinern müßte. Darum auch ist Adenauer dem Begriff der west-östlichen Entspannung abgeneigt gewesen; wirkliche Entspannung mußte den negativen Aspekt seiner Politik, der ihr mitkonstitutionierender Bestandteil war, in Frage stellen und sie in unsicheres Neuland führen. Aber Neuland kann Politik nie vermeiden, selbst wenn die alte besser wäre, als das vom Kalten Krieg Geordnete war. Eben dies meinte Präsident Kennedy, als er in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche die Deutschen vor Fausts „Verweile doch, du bist so schön" warnte. Der Augenblick von 1950 konnte nicht immer verweilen und war so schön auch nicht.

Die gleiche Verbindung von Bequemlichkeit und Gefährlichkeit bezeichnet auch die ideelle Seite des Kalten Krieges, die Haltung, die man verkürzend Antikommunismus nennt. Er war nicht willkürlich von den Deutschen erfunden. Er war eine Reaktion auf Dinge, die nun ohne ihr Zutun geschahen; es scheint mir ein Fehler der an sich sehr schwachen radikalen Opposition in Deutschland, so zu argumentieren, als ob es den nuancenreichen, immer anpassungsbereiten, aber nie abdankungsbereiten kommunistischen Imperialismus nicht gäbe. Nicht minder falsch war es, die tiefen Veränderungen,

die in der Politik und in der Gesellschaft Osteuropas während der Ära Adenauer vor sich gingen, nahezu zu ignorieren und so zu tun, als ob sich dort seit 1953 nichts Wesentliches verändert hätte. Bedenklich war die von vielen genährte Illusion, es könnte alles das, was man unter dem vagen Sammelnamen „Kommunismus" zusammenfaßt, zum Schluß doch wieder aus der Welt geschafft werden. Der Antikommunismus ersparte den Deutschen das ernsthafte Nachdenken über ihre eigene Vergangenheit, das nach 1945 ihre Sache gewesen wäre. Schon war man wieder im Recht und Unrecht leidend; schon stand man wieder in der vordersten Front gegen einen absolut bösen Feind, und zwar, was nicht das am wenigsten Verwirrende war, gegen den gleichen Feind, gegen den auch Hitler gestanden hatte. Es ist kein Wunder, daß die Geistesrichtung, die ich vorhin als Revisionismus beschrieb, sich dieser Tatsache reichlich bedient.

Aus der Kritik ergeben sich gewisse Ausblicke auf die Zukunft. Deutschland wird seine Illusionen aufgeben und sich selber identifizieren müssen. Es wird die Veränderungen in Europa, einschließlich seiner eigenen neuen Grenzen, als das anerkennen müssen, was sie sind. Es wird nicht seine berechtigte und notwendige Defensive gegenüber dem Kommunismus aufgeben müssen, wohl aber den prätendierten Ehrgeiz, in diesem Konflikt endlich doch Sieger zu sein; in diesem Konflikt, wie Raymond Aron es einmal ausgedrückt hat, ist sich selber zu behaupten der einzige Sieg, der erstrebt werden kann. Es wird dann zu dem anderen Teil Deutschlands, mit dem es sich in absehbarer Zeit nicht verbinden kann, ein freieres Verhältnis suchen und so dort dringend wünschbare Veränderungen möglich machen müssen.

Offener Brief von Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin, an Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard zur Passierschein-Frage

Prof. D. Heinrich Vogel, der sowohl an der Humboldt-Universität ist Ost-Berlin wie auch an der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin Theologie lehrt, hat am 24. Februar 1964 den folgenden „Offenen Brief" an Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard gerichtet:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

In der Mitverantwortung für die Menschen unserer geteilten Stadt und aus der tiefen Sorge um den politischen Weg unseres getrennten Volkes weiß ich mich als einer der wenigen Grenzgänger, die noch von Berufs wegen die Mauer fast täglich passieren, in der Brückenfunktion, der meine ganze Existenz gehört, verpflichtet, Ihnen folgende Bitte ehrerbietigst nahezubringen:

Tun Sie, Herr Bundeskanzler, was in Ihren Kräften steht, daß der gute Weg, der mit dem Weihnachts-Passierschein-Abkommen beschritten wurde, wenn möglich doch noch zu Ostern seine Fortsetzung findet!

Das Befreiende an den Berliner Weihnachten 1963 war, daß endlich einmal dem Menschlichen vor dem Politischen der Vorrang gegeben wurde — von beiden Seiten! Diese Prävalenz des Menschlichen zu praktizieren, dürfte die einzige uns noch verbliebene Chance sein, den durch unser Volk gehenden Riß auch politisch zu heilen und damit dem Frieden der Welt zu dienen. Das Passierschein-Abkommen war ein erster, Hoffnung gebender Schritt in dieser Richtung. Der Strom von Freude, den es auslöste, war die Bestätigung seiner Richtigkeit. Soll, was so gut begonnen wurde, nun doch im Kampf der politischen Doktrinen, Forderungen und Ängste enden? Die Verfahrensfrage und ihre Problematik wiegt nicht schwer genug, um das zu riskieren, was hier auf dem Spiele steht: die währende Zerreissung der engsten menschlichen Bande und das Wiederaufleben von Mißtrauen, Haß, Angst und gegenseitiger Verhärtung an der Berliner Mauer. Wenn für unser im letzten Krieg so schuldig gewordenes Volk der Weg der Machtpolitik wirklich keine Verheißung hat, so gibt es nur die Friedens-Alternative von Verhandlungen, die ohne gegenseitige Konzessionen zu keinem positiven Ergebnis kommen können.

Ich glaube nicht als einzelner, sondern als Mund von Unzähligen an der Lösung der Passierschein-Krise zutiefst Beteiligten zu sprechen, wenn ich Sie, Herr Bundeskanzler, bitte, auch Ihre letzte Erklärung, wie sie durch die Presse ging, nicht das letzte Wort in der Sache sein zu lassen. Die Passierschein-Gespräche dürfen nicht in einer Ergebnislosigkeit enden, deren wahres Ergebnis nur der Kalte Krieg mit allen seinen unabsehbaren Gefahren sein würde. Helfen Sie zu einer guten Lösung!

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

Ihr sehr ergebener
gez.: D. Heinrich Vogel

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Prof. Dr. Gerhard Reintanz wurde 1914 in Cuxhaven geboren und ist Professor mit Lehrauftrag für Völkerrecht und Staatsrecht der asiatischen und afrikanischen Staaten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er ist mit einer Reihe von Beiträgen zu internationalen Problemen und zur Deutschland-Frage hervorgetreten.

Wir bitten unsere Bezieher, die Einbanddecken bestellt haben, sich noch ein wenig zu gedulden, da sich die Herstellung etwas verzögert.

Vorgesehen sind u. a.:

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Avantgardismus heute

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

Dr. Helge Pross:
Leben wir in einer klassenlosen Gesellschaft?

In den letzten Heften u. a.

Prof. Dr. Imre Vajda:
Ungarn als Handelspartner (1/64)

Prof. Dr. Werner Maihofer:
Staatsschutz im Rechtsstaat
(1 und 2/64)

Prof. Dr. Harold Rasch:
Deutsche Ostpolitik (2/64)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Virkar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Beyer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Carl Bioice, an Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockhäller, S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson, San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Döll
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Haftweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Haer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/6 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Helmut Kiret
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Ladermacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Mazzossig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Methiopoulos
Prof. Dr. L. L. Mathlas
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. Laszlo Merion von Pakozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schwalgart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seisi Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Steevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swinglet, M. P.
Dr. Ruth Tengelmann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Wellt
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Kunni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

IX. Jahrgang **März 1964** **Heft 3**

Chronik des Monats Februar 1964

1.—2. 2. — Frankreich. Die Sozialistische Partei nominiert auf einem außerordentlichen Kongreß den Bürgermeister von Marseille, Gaston Deferre, als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1965. Deferre lehnt es ab, dem Parteitag ein detailliertes Wahlprogramm vorzulegen, und erklärt, er wolle als Staatsoberhaupt an der durch General de Gaulle eingeführten Verfassung festhalten.

2. 2. — Zypern. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien unterbreiten in Nikosia den Plan, eine „gemischte Streitmacht der NATO" als „Ordnungstruppe" auf der Insel zu stationieren. — Am 3. 2. erörtert das Bundeskabinett eine evtl. Beteiligung der Bundeswehr, ohne jedoch eine Entscheidung zu treffen. Die französische Regierung läßt wissen, sie halte das bisherige Zypern-Statut für revisionsbedürftig und werde keine Kontingente für eine NATO-Truppe zur Verfügung stellen. — Am 4. 2. teilt Erzbischof Makarios den Westmächten mit, daß eine Stationierung weiterer ausländischer Streitkräfte nur unter dem Kommando der Vereinten Nationen für Zypern akzeptabel sei. — Am 12. 2. brechen in der Stadt Limassol neue Kämpfe zwischen griechischen und türkischen Bewohnern aus, die fast 100 Tote fordern. — Am 18. 2. erklärt Präsident Makarios in einem Interview, internationale Garantien gegen eine aggressive Bedrohung seines Staates würden die Aufstellung einer „Ordnungsstreitmacht" unnötig machen. Großbritannien verstärkt seine Truppeneinheiten über eine Luftbrücke.

5. 2. — China. Ministerpräsident Tschu En-lai beendet mit einem Besuch des Sudan eine mehrwöchige Afrikareise und kehrt nach Peking zurück. Schon am 14. 2. treten Tschu En-lai und sein Außenminister Tschen Yi eine Reise nach Burma und Pakistan an.

5.—11. 2. — Malaysia. In der thailändischen Hauptstadt Bangkok führen die Außenminister Malaysias, Indonesiens und der Philippinen „Friedensgespräche" über die Streitigkeiten auf Borneo. Die Regierung von Thailand und UN-Generalsekretär U Thant werden um Vermittlung und Überwachung der Feuereinstellung gebeten. Vor einem „Gipfeltreffen" der beteiligten Staaten wollen sich die Außenminister erneut treffen.

6. 2. — Passierscheinabkommen. Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt *setzen ihre Beratungen über eine Verlänge-*

rung des Passierscheinabkommens fort. — Am 12. 2. erhält der Berliner Senat nach einer Kabinettsitzung aus Bonn die Mitteilung, die Bundesregierung werde keiner neuen Vereinbarung für die Ostertage auf der Grundlage des Protokolls vom 17. Dezember 1963 zustimmen. — Am 13. 2. überreicht Staatssekretär Wendt seinem Verhandlungspartner einen Textentwurf, der die Anwendung des Berliner Protokolls auf die Oster- und Pfingstfeiertage und auf zwei weitere Tage im Jahr vorsieht. In dringenden Fällen sollen Besuchsgenehmigungen für Westberliner sofort erteilt werden. — Am 14. 2. kommt auf Initiative der Bundesregierung ein gemeinsames Kommunique von Bundesregierung und Senat zustande, in dem die „vom Osten vorgeschlagene Regelung für Osterbesuche" als „nicht annehmbar" bezeichnet wird. — Am 27. 2. beantragt Senatsrat Korber die Vertagung der Passierscheinverhandlungen bis Mitte April. — Am 28. 2. verteidigt Bürgermeister Brandt die früher getroffenen Vereinbarungen und verlangt eine neue Verhandlungskonzeption. Die Bundesregierung reagiert mit einer scharf formulierten Erklärung. (Vgl. „Die Lage".)

7. 2. — Bundeskabinett. Der Bundespräsident unterzeichnet die Entlassungsurkunde des bisherigen Vertriebenenministers Hans Krüger (CDU), der nach Enthüllungen über seine Tätigkeit im Dritten Reich aus dem Kabinett ausscheiden mußte. Krügers Amt übernimmt am 18. 2. der frühere Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer (CDU).

10. 2. — USA. Die schon von Präsident Kennedy eingebrachte Bürgerrechtsvorlage, die Maßnahmen zur Beseitigung der Rassenschranken vorsieht, passiert mit 290 gegen 130 Stimmen das Repräsentantenhaus. Die Vorlage geht nach der Abstimmung dem Senat zur Entscheidung zu. — Am 17. 2. beginnt vor einem Geschworenengericht in Dallas (Texas) der Prozeß gegen den Nachtklubbesitzer Jack Ruby, der den unter dem Verdacht des Mordes an Präsident Kennedy verhafteten Lee Harvey Oswald am 24. November 1963 im Gefängnishof von Dallas erschossen hatte.

— Irak. Die seit August 1961 andauernden Kämpfe zwischen der kurdischen Minderheit und Regierungstruppen werden mit einem Waffenstillstand beendet. Die Regierung gewährt ein Autonomiestatut und sichert eine Amnestie und die Wiedergutmachung der entstandenen Schäden zu.

— China/Frankreich. Die Regierung von Formosa verfügt den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und begründet diesen Schritt mit der am 27. 1. in Paris ausgesprochenen Anerkennung der Volksrepublik China.

11. 2. — Äthiopien/Somali. Die Regierungschefs beider Länder beantworten einen Friedensappell des UN-Generalsekretärs und geben Befehl, die Kämpfe an der rd. 2000 km langen gemeinsamen Demarkationslinie einzustellen. Wenige Tage später werden jedoch neue Gefechte aus dem Grenzgebiet gemeldet.

11.—14. 2. — Weltkirchenrat. Das Exekutivkomitee beschäftigt sich auf einer Tagung in Odessa (UdSSR) mit Themen der internationalen Politik und der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen. Von den Regierungen werden realistische Abrüstungsvorschläge gefordert. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

12. 2. — NS-Verbrechen. Wenige Tage vor Beginn eines Strafverfahrens wegen der Beteiligung an Euthanasie-Verbrechen kommt der Mitangeklagte Friedrich Tillmann unter mysteriösen Umständen ums Leben. 24 Stunden später wird der Hauptangeklagte, Prof. Heyde, in seiner Zelle des Untersuchungsgefängnisses Butzbach erhängt aufgefunden. Der angekündigte Prozeß vor dem Schwurgericht in Limburg beginnt am 17. 2. in Anwesenheit nur eines Beschuldigten.

— Afrika. Der Präsident von Tanganjika eröffnet in Dar es Salam eine Zusammenkunft der Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der Organisation für Afrikanische Zusammenarbeit (OUA). Die Minister erörtern die Situation in Ostafrika nach den jüngsten Vorgängen in Uganda, Tanganjika, Kenia und auf Sansibar und prüfen die Möglichkeit, die bisher in Tanganjika stationierten britischen Streitkräfte durch afrikanische Truppen zu ersetzen. Die Konferenz faßt am 13. 2. einen entsprechenden Beschluß. — Am 24. 2. tritt der Rat der OUA in Lagos (Nigeria) erneut zusammen.

13. 2. — Abrüstung. Die brasilianische Delegation auf der Genfer 18-Mächte-Konferenz schlägt in einem Arbeitsdokument allen Regierungen vor, nach dem Beispiel der USA und der Sowjetunion die Militärhaushalte zu reduzieren und mindestens 20 Prozent der eingesparten Mittel einem Fonds für Entwicklungsländer zuzuführen. — Am 25. 2. entwickelt der nach Genf gereiste britische Außenminister Butler ein Sechs-Punkte-Programm, das als „Sofortmaßnahme" Verhandlungen über ein Abkommen gegen die weitere Verbreitung von Kernwaffen und den Austausch von Beobachtungsposten zwischen Ost und West nennt.

— Welthandel. Anhaltende britisch-amerikanische Meinungsverschiedenheiten über handelspolitische Fragen zeigen sich nach einem Gespräch des Premierministers Douglas-Home mit Präsident Johnson. Der britische Regierungschef erklärt in Washington, sein Kabinett denke nicht daran, den Handel mit Kuba zu unterbinden, und behalte sich auch in Fragen der Kreditgewährung an Ostblockländer jede Entscheidung vor. Über zahlreiche politische Fragen habe ein Einverständnis mit Johnson erzielt werden können. — Am 18. 2. verfügen die Vereinigten Staaten die Einstellung aller Leistungen nach dem Auslandshilfeprogramm an Großbritannien, Frankreich und Jugoslawien. Diese Maßnahme, so begründet das State Department, sei wegen des Kuba-Handels dieser Länder getroffen worden.

13.—14. 2. — EFTA. Zur Vorbereitung der Welthandelskonferenz tritt in Genf der Ministerrat der Freihandelszone zusammen. Auf der Tagesordnung steht weiter die angestrebte 50%ige Zollsenkung innerhalb der Organisation.

15.—16. 2. — SPD. Die Delegierten eines außerordentlichen Parteitages wählen mit 320 von 334 Stimmen den Berliner Bürgermeister Willy Brandt zum Nachfolger des verstorbenen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer und zum Kanzlerkandidaten der SPD für die kommenden Bundestagswahlen. Stellvertreter werden Herbert Wehner und Fritz Erler, der auch den Fraktionsvorsitz im Bundestag übernimmt. Eine politische Aussprache findet auf dem Parteitag nicht statt.

16. 2. — Griechenland. Zum zweiten Male innerhalb eines halben Jahres finden Parlamentswahlen statt, aus denen die Zentrumsunion wiederum und mit vergrößerter Mehrheit als stärkste Partei hervorgeht. Ministerpräsident bleibt Georgios Papandreou.

18. 2. — Gabun. Eine Militärjunta verhaftet Präsident Leon Mba und bildet ein neues provisorisches Kabinett. Mba kann sein Amt erst nach Einmarsch französischer Truppen in die Hauptstadt wieder übernehmen.

— Kambodscha. Staatschef Prinz Sihanouk regt eine Konferenz von Vertretern der USA, Thailands, Südvietnams und Kambodschas im Mai d. J. an, um die Neutralität seines Landes völkerrechtlich garantieren zu lassen. In diesem Falle werde Kambodscha bereit sein, auf seinem Territorium keinerlei ausländische Stützpunkte zu dulden.

20. 2. — Hallstein-Doktrin. Die Bundesregierung nimmt die Umwandlung der DDR-Handelsvertretung in Colombo in ein Generalkonsulat zum Anlaß, die Einstellung ihrer Wirtschaftshilfe für Ceylon anzukündigen. — Am 24. 2. heißt es im Auswärtigen Amt, Bonn werde die seit dem 12. 1. amtierende Regierung auf Sansibar nicht anerkennen, da diese diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen habe.

22. 2. — USA/Sowjetunion. In Moskau unterzeichnen amerikanische und sowjetische Diplomaten ein neues Kulturabkommen für die Jahre 1964/65. Die einzelnen Vertragsklauseln betreffen den Informationsaustausch auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet, den gegenseitigen Besuch von Fachleuten und eine engere Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung der Kernenergie.

25.—26. 2. — EWG. Der Ministerrat faßt einen „Grundsatzbeschluß" über die Fusion der Exekutivbehörden von Euratom, Montanunion und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft.

26. 2. — Verfassungsschutz. Dem Bundeskabinett liegt ein Gesetzentwurf „zur Änderung des Grundgesetzes" vor, der die Post- und Telefonüberwachung durch

deutsche Behörden legalisieren soll. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz, den Landesämtern, dem Bundesnachrichtendienst und dem militärischen Abschirmdienst des Verteidigungsministeriums wird das Recht eingeräumt, eine Überwachung zu beantragen. — Am 28. 2. stellt Oberlandesgerichtspräsident a. D. Max Silberstein seinen im Auftrag der Bundesregierung angefertigten Bericht über die Praktiken des Verfassungsschutzamtes dem Bundeskanzleramt zu.

— Ost-West-Beziehungen. Der Bundeskanzler läßt in Moskau sein vom 18. 2. datiertes Antwortschreiben auf die Neujahrsbotschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten überreichen. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

29. 2. — Polen. Das Außenministerium erläutert den diplomatischen Vertretungen verschiedener Staaten in Warschau die von Parteisekretär Gomulka am 28. Dezember 1963 angekündigten Entspannungsvorschläge für Mitteleuropa. Das polnische Memorandum empfiehlt das Einfrieren der Rüstungen auf dem gegenwärtigen Stand, den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Warschauer Pakt und NATO, die Errichtung kernwaffenfreier Zonen und verstärkten zwischenstaatlichen Handel.

Berichte und Kommentare

Bonn, Berlin und deutsche Entspannung

Seit 1948 hat Berlin nicht mehr aufgehört, Krisenpunkt und Krisensymbol zu sein. Bis 1949 war es die erste große internationale Berlin-Krise, die die Welt in Atem hielt und schließlich mit dem Jessup-Malik-Abkommen zwischen Sowjetunion und USA ihr Ende in einem modifizierten Status quo fand. Diese Modifikationen betrafen nicht das globale Gleichgewicht USA—Sowjetunion, sondern „nur" das Zusammenleben der Deutschen im Osten und Westen Deutschlands und Berlins. Zwei Währungen in Deutschland, zwei getrennte Stadtverwaltungen in Berlin: das war die deutsche Bilanz nach Abschluß dieser ersten, eigentlich nur international beigelegten Berlin-Krise.

Von 1950 bis 1958 gab es, wenn man von der UNO-Debatte im Herbst 1951 in Paris mit West-Berlins Bürgermeister Reuter und DDR-Außenminister Bolz als Hauptkontrahenten absieht, de facto nur eine innerdeutsche Berlin-Krise, die auf Grund der günstigeren wirtschaftlichen Start- und Konkurrenzbedingungen des Westens zu Lasten der DDR ging. Das bis 1949 einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiet Groß-Berlins und seiner brandenburgischen Umgebung wurde im Zuge der einseitigen und fast ausschließlichen Westorientierung der Bundesrepublik und in seinem Gefolge auch West-Berlins Schritt um Schritt getrennt. Das kostete die ostdeutsche Wirtschaft viele neue Investitionen im Industrie- und Verkehrswesen, wozu in Zeiten stalinistischer Zuspitzungen noch spürbare Verluste an qualifizierten Spezialisten und Fachkräften traten, vor allem 1952/53. Nach der Ablehnung des Wiedervereinigungs-Angebotes der Sowjetunion vom März 1952 durch Bundesregierung und Westmächte, vor allem aber nach Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO (1955) schwanden die Hoffnungen auf eine inner-